KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 173 Mai/Juni 2014 3,– €

Aktuelle Bewertung
Und was kommt nach den Kommunalwahlen ...?
Songül Karabulut 4

Zeit für Verhandlungen
Abdullah Öcalans Botschaft zu Newroz 2014 9

Über politische Entwicklungen nach den Kommunalwahlen
Das Plädoyer der Wähler für die Autonomie stellt eine neue politische Tatsache dar
Sırrı Süreyya Önder, Parlamentsabgeordneter der HDP, Istanbul 11

Kommunalwahlen in Pîran
Demokratische Wahlen? – Nicht in Nordkurdistan!
Mako Qocgirî 14

Eine Bewertung der Kommunalwahlen
Viele Möglichkeiten zum Widerstand
Dr. Nazan Üstündağ, Lehrbeauftragte an der Boğaziçi-Universität Istanbul 18

Resümee der Kommunalwahlen
Ein Wahlsieg für den Fortschritt in Nordkurdistan
Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin 22

Interview mit Leyla Imret, neue Bürgermeisterin von Cizîr
Dies ist der Ort, nach dem du suchst, hier ist das, was du willst!
Aus einer Reportage von Ayşe Arman, Hürriyet 25

Der tiefe Staat und seine Werkzeuge
Die Morde an Dink, Santoro, im Zirve-Verlag und in Paris sind das Werk derselben Gruppe
İsmet Kayhan, Journalist 29

Allianzen und Rivalitäten und die islamistische Destabilisierung
Die Sackgasse des Mittleren Ostens und des Iraks
Mustafa Delen 33

Humanitäre Hilfe als Waffe
Warum keine humanitäre Hilfe an die Flüchtlinge in Rojava fließt
Devriş Çimen, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V. 36

Sucht man nach friedenspolitischen Ansätzen, muss man sich auf die Ursachen für die Außeneinmischungen in diesen Konflikt konzentrieren
Mittlerer Osten aus friedenspolitischer Sicht und Perspektiven der Friedensbewegung
Prof. Dr. Andreas Buro 39

Bericht von der ersten europäischen Jineolojî-Konferenz in Köln
Jineolojî – radikales Denken aus Frauensicht
Anja Flach, Ethnologin, Rat der kurdischen Frauen in Hamburg 43

Die International Free Women's Foundation und der weltweite Frauenkampf
Der Unterdrückung von Frauen ein Ende setzen
Canan Polat, International Free Women's Foundation 51

Atomkraftwerke in der Türkei
Kommt der nukleare Wahnsinn nun auch in die Türkei?
Ercan Ayboğa 54

»Halim hat die gleichen Symbole plakatiert, die wir heute auf unseren Pullis oder als Halskette tragen. Müssen wir nun Angst haben, dass uns deutsche Bullen erschießen?«
Kampagne Halim Dener: gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.
Interview mit den AktivistInnen Medya (Ciwanên Azad) und Thomas (YXK) 58

4. Konferenz der Kampagne TATORT Kurdistan
Ulf Petersen, Köln 62

Die Care Revolution:
Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!
Interview mit Gabriele Winker 63

Nur im Internet | www.kurdistanreport.de:

Besuch im Nähinstitut
Kleider machen Leute – Schneiderei – Ala Hadji Schneiderin
Susanne Roden



Trotz vieler Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen konnten die Parteien für Frieden und Demokratie, BDP und HDP, ein positives Ergebnis verzeichnen.



Newroz und Kommunalwahlen lagen in diesem Jahr zeitnah zusammen. Zu dem Newrozfest in Amed (Diyarbakır) kamen Millionen, um die Botschaft Öcalans zu hören.



Der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava soll weiter isoliert werden. Um das Embargo gegen die Bevölkerung durchzusetzen, werden die Grenzen geschlossen.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit den Worten: »Der Frieden ist schwieriger als der Krieg, aber jeder Krieg hat seinen Frieden. Wir haben furchtlos Widerstand geleistet, wir werden auch den Frieden nicht fürchten.«, wandte sich der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan zum Newroz-Fest in einer Botschaft an die kurdische Bevölkerung. Er mahnte die Freiheitsbewegung nicht nur zur Geduld, sondern rief sie auch auf, sich aktiv in den nun über einjährigen Lösungsprozess einzubringen. Auch an die türkische Regierung war seine Botschaft gerichtet. Das letzte Jahr sei eine Phase gewesen, in der kurdische und türkische Seite einen Dialog geführt und die Forderungen und Empfindlichkeiten der Gegenseite kennengelernt hätten. Eine solche Phase sei notwendig gewesen, doch nun sei es an der Zeit zu verhandeln. Und dafür müsse der türkische Staat den rechtlichen Rahmen schaffen.

Aber von dort kommt wie gewohnt sehr wenig. Zwar wurden in den KCK-Hauptverfahren einige der teilweise fünf Jahre in U-Haft sitzenden Angeklagten erst einmal freigelassen. Doch bleibt ein Großteil von ihnen praktisch als Geiseln des Staates in Haft. Selbst bei solch einem dringlichen Thema wie der Freilassung kranker Gefangener verweigert die AKP Maßnahmen. Und die Forderung nach einem rechtlichen Rahmen für den Lösungsprozess legt die Regierung in ihrem Sinne aus und winkt Mitte April einen Gesetzesvorschlag durch das Parlament, der die Geheimdienstbefugnisse massiv ausweitet. Kurdische Forderungen nach ernsthaften Schritten im Prozess beantwortet die AKP mit dem Vertrösten auf die Zeit nach den Kommunalwahlen vom 30. März, doch was bislang geschah, entspricht bei Weitem nicht dem Geist eines wirklichen Friedensprozesses.

Der BDP gelang es am 30. März, mit einem leichten Ausbau ihrer Stimmenzahl in drei weiteren kurdischen Provinzen die BürgermeisterInnen zu stellen. Allerdings ist in einer dieser Provinzen, in Agirî, nach anhaltenden Beschwerden der AKP und 15-maliger Neuauszählung der Stimmen eine Neuwahl angesetzt worden. Dabei ist Agirî kein Einzelfall, überall in Kurdistan gab es Unregelmäßigkeiten und Beschwerden der BDP.

Aus Westkurdistan/Rojava erreichten uns in letzter Zeit positive Nachrichten. Denn die Volksverteidigungseinheiten YPG vermeldeten die erfolgreiche Abwehr einer mehr als einmonatigen Angriffswelle der islamistischen ISIS gegen den Kanton Kobanê. Doch kaum kann sich die Bevölkerung über diesen Befreiungsschlag freuen, schon steht sie dem nächsten Angriff gegenüber: einer Verschärfung des Embargos durch den Bau von Grenzgräben an den Grenzen Rojavas, angeführt durch die südkurdische PDK Barzanîs.

Sowohl in Rojava als auch in Nordkurdistan sind von den politischen Gegnern keine freiwilligen Schritte in Richtung einer politischen Lösung zu erwarten. Darum heißt es weiterhin, mit aller Kraft das eigene politische System, die Demokratische Autonomie, stärken und der Gegenseite Schritte in Richtung einer nachhaltigen Lösung abringen. Das bleibt die stärkste Waffe der kurdischen Freiheitsbewegung.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Und was kommt nach den Kommunalwahlen ...?

Songül Karabulut

Für die Kurdinnen und Kurden waren die vergangenen zwei Monate geprägt von Newroz am 21. März, den Kommunalwahlen in der Türkei am 30. März sowie den Entwicklungen im Zusammenhang mit Rojava (Westkurdistan).

Als Erstes möchte ich auf die Kommunalwahlen eingehen. Um die Ergebnisse bewerten zu können, kann ein kurzer Rückblick auf die politische Konstellation vor der Wahl sinnvoll sein.

In der Türkei werden seit Ende 2012 zwischen dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan und der Delegation des türkischen Staates Friedensgespräche geführt. In deren Folge blieben militärische Auseinandersetzungen aus, auch wenn sie wegen der fehlenden Schritte der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) seit Sommer letzten Jahres ins Stocken geraten sind. Die kurdische Bewegung hatte erklärt, bis nach den Kommunalwahlen zu warten, bevor sie im Falle ausbleibender Verhandlungsfortschritte eine Neubewertung der Situation vornehmen würde. Also wurde ein Prozess eingeleitet, der zu großen Hoffnungen führte, die aber nicht erfüllt worden sind.

Der Machtkampf Erdoğan/Gülen

Außerdem war das Land seit Dezember 2013 von einem erbitterten Machtkampf zwischen der AKP und der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen geprägt. Ein elfjähriges Bündnis zerbrach, als beide Seiten den politischen Einfluss der jeweils anderen zurückzudrängen versuchten. Die AKP warf der Gülen-Gemeinde vor, einen Parallelstaat zu bilden und staatliche Institutionen wie Polizei und Justiz, das Bildungswesen etc. infiltriert zu haben. Die Gülen-Gemeinde hingegen deckte die Korruptionspraxis der AKP-Regierung auf. Ein Kampf, der vorwiegend durch die Veröffentlichung von Tonbandaufnahmen und Dokumenten über das Internet ausgetragen wurde. Auf diese Angriffe reagierte Ministerpräsident Erdoğan mit der Versetzung von Beamten, der Aushöhlung des Prinzips der Gewaltenteilung sowie durch das Verbot von Twitter und Facebook mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Ein Machtkampf, der das politische Leben in der Türkei erschüttert hat, bislang aber nicht entschieden werden konnte.

Der türkische Ministerpräsident ist aufgrund seiner Innen- als auch Außenpolitik national und international immer mehr in die Kritik geraten, nachdem die anfängliche Euphorie über ihn und die AKP verflogen ist. Diese Entwicklung wurde sichtbar innenpolitisch während der Gezi-Aufstände und außenpolitisch, als Erdoğan in Ägypten klar für Mohammed Mursi Partei ergriff und somit den Interessen der westlichen Staaten, allen voran der USA, zuwiderhandelte. Vor diesem Hintergrund kann der Angriff Fethullah Gülens nicht als Alleingang gewertet werden. Weil Erdoğan seine Grenzen überschritten hat, wurde beschlossen, ihn in die Schranken zu weisen und zu schwächen.

Gibt es Gewinner der Wahl?

Die unter diesen politischen Umständen durchgeführten Kommunalwahlen hatten natürlich eine weiter reichende als nur kommunale Bedeutung. Während die Gegner der AKP hofften, sie würde unter 35 % bleiben und Verluste einstecken müssen, setzte sie selbst alles daran, die Kommunalwahlen zu einem allgemeinen Vertrauensvotum zu stilisieren. Sie bzw. Erdoğan ist der Stimmenauszählung zufolge mit 45 % bestätigt worden. Doch obwohl inzwischen zwei Wochen vergangen sind, konnte die Wahl bis heute noch nicht endgültig für abgeschlossen erklärt werden. Gegen die AKP werden schwere Vorwürfe des Wahlbetrugs erhoben und folglich gibt es zahlreiche Anträge auf Neuauszählung der Stimmen oder Wahlannullierung. Diese Anklagen werden sowohl von der Hohen Wahlkommission als wahrscheinlich auch vom Verfassungsgericht behandelt.

Mag sein, dass die AKP wieder als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen ist, aber ihr angekratztes politisches Image hat sie nicht aufpolieren können. Das durch Korruptionsvorwürfe und undemokratischen Führungsstil ohnehin angeschlagene Ansehen von AKP und Erdoğan ist auch noch durch Wahlbetrug weiter geschädigt worden.

Und warum wurde die AKP gewählt?

Viele fragen sich natürlich zu Recht, wie die AKP denn trotz dieser Anschuldigungen und ihres lädierten Ansehens die Wahl für sich hat entscheiden können. Meiner Meinung nach lag es unter anderem daran, dass sich unter den etablierten Parteien keine Alternative zur AKP abzeichnet. Die anderen Parteien wie die Republikanische Volkspartei (CHP) oder die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) haben keinerlei Vision für das Land. Auch der Westen muss sich mit diesem Dilemma auseinandersetzen: Er hat Erdoğan zwar abgeschrieben, aber mangels Alternative kann er nicht wie gewünscht zu dessen Untergang beitragen. Die Menschen in der Türkei haben in der Ära der AKP zumindest einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Auch hat die Türkei mit der AKP durch ihr sowohl in der Region als auch weltweit erlangtes »scheinbares« politisches Gewicht an Selbstbewusstsein gewonnen. Scheinbar, weil dieses politische Gewicht bewusst im Rahmen der Mission aufgebaut wurde, welche die AKP im Rahmen des Projekts »Großer Mittlerer Osten« spielen sollte (das Modell des liberalen Islam gegen den radikalen Islam). Die AKP hatte hoffähig gemacht werden müssen.

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs haben sich viele Menschen verschuldet, so dass sie sich nicht auf ein politisches Abenteuer einlassen, es nicht riskieren wollen. Sie wissen nicht, wie es sich auf die Wirtschaft auswirken würde, wenn das Land instabil wird. Deshalb schien es für viele sinnvoll, mit der Partei, die seit zwölf Jahren regiert, weiterzumachen.

Ausschlaggebender für das Wahlergebnis ist wohl die in der Bevölkerung fest verankerte Mentalität. Seit der Gründung der türkischen Republik sind deren BürgerInnen auf die Aufgabe getrimmt worden, den Staat zu verteidigen, zu schützen. Sie sind äußerst staatstreu. Wenn wir uns die Argumente der etablierten Parteien im Wahlkampf anschauen, sehen wir, wie sehr auf genau diese Mentalität gesetzt wurde.

Die AKP stellte die Angriffe gegen sich als einen Angriff auf die moderne, sich entwickelnde Türkei dar und forderte alle auf, den Staat und somit die AKP zu verteidigen. Gleichzeitig erklärte sie die Friedensgespräche mit der PKK zu einem Meisterwerk und propagierte, wenn die AKP ginge, fiele damit auch dieser Dialog.



Die Partei für Frieden und Demokratie BDP und die Demokratische Partei der Völker HDP gehören eindeutig zu den Gewinnern der Kommunalwahl. Foto: DIHA

Die CHP hingegen beanspruchte das Patent auf die Verteidigung des Laizismus und rief alle auf, das Land nicht den Islamisten zu überlassen. Auch waren die Korruptionsvorwürfe ein wichtiger Teil ihrer Wahlpropaganda.

Die MHP machte gegen die Friedensgespräche mobil und beschuldigte die AKP, mit Öcalan zusammen das Land spalten zu wollen. Also, wer sein Land liebe, dürfe die AKP nicht wählen, sondern die einzige Adresse sei die MHP.

Alle drei Parteien haben im Wahlkampf zur Verteidigung des »Landes« und der »staatlichen Werte« aufgerufen, keine bediente sich kommunalpolitischer Argumente. Die Polarisierung der politischen Parteien und Argumente hat sich auch auf die Gesellschaft ausgewirkt. Es ist eine Realität, dass die Gesellschaft zu keiner Zeit derart polarisiert war wie gegenwärtig.

Die Menschen im Westen der Türkei konnten bei den Kommunalwahlen nicht den Mut aufbringen, allen etablierten Parteien die rote Karte zu zeigen und sich ihrer eigenen Alternative zu widmen. Seit Längerem gibt es dieses Massenverhalten (erinnern wir uns an das Verfassungsreferendum): »Es reicht zwar nicht, aber ja!« Dabei sind die objektiven Bedingungen für eine Alternative mehr als je zuvor gegeben. Die Unzufriedenheit, Gereiztheit und Polarisierung in der Gesellschaft sind sehr groß. Wie sich dieser Unmut entladen wird, ist ungewiss. Zwar gibt es die Demokratische Partei der Völker (HDP), aber sie ist eine sehr junge Partei und auch ihr gegenüber bestehen Vorbehalte (aufgrund nationalistischer Voreingenommenheit). Denn sie ist eine Schwesterpartei der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und folglich für viele »zu kurdisch«. Immerhin war sie in Istanbul drittstärkste Partei nach AKP und CHP, dennoch hat sich ihr Stimmenpotential an der Urne nicht gänzlich ausgewirkt.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach den Gewinnern und Verlierern dieser Wahl nicht allein mit der Stimmenzahl zu beantworten.

Und wer sind die Gewinner dieser Wahl?

BDP und HDP gehören hier eindeutig zu den Gewinnern. Nicht nur, dass sie an der Zahl errungener Kommunen zulegen konnten, sondern weil sie wichtige Errungenschaften zu Freiheit, Demokratie und Frieden beigetragen haben. Gewinnerinnen sind die Frauen, weil BDP und HDP zum ersten Mal bei Kommunalwahlen nicht eine Kandidatin oder einen Kandidaten aufstellten, sondern ein Mann und eine Frau zusammen als KobürgermeisterInnen kandidierten. Somit sind in den von der BDP gewonnenen Kommunen 98 Frauen Kobürgermeisterin. Das ist eine langfristige Errungenschaft für das Land. Gewinner sind des Weiteren bislang immer im Verborgenen gebliebene unterschiedliche ethnische und kulturelle Identitäten. AssyrerInnen, ArmenierInnen, AlevitInnen, EzidInnen etc. traten mit ihrer Identität offen zur Wahl an. Also hat statt dem Nationalstaat die demokratische Nation gewonnen.

Die Mentalität, Politik sei etwas für die Elite, hat eine Schlappe einstecken müssen, weil von den BDP-Kandidatinnen die 25-jährige Studentin Rezan Zuğurlu (in Licê/türk.: Lice), die Syrische Christin Februniye Akyol (in Mêrdîn/Mardin), die in Deutschland aufgewachsene Leyla Imret (in Cizîr/Cizre), die als Kind ihren Vater durch einen »Mord unbekannter Täter« verlor, und die im Alter von 16 Jahren zwangsverheiratete, häuslicher Gewalt ausgesetzte und dann geschiedene Berivan Elif Kılıç (in Karaz, Provinz Amed/Kocaköy, Prov. Diyarbakır) zu (Ko-)Bürgermeisterinnen gewählt wurden. Es sind nicht mehr nur »Türken« (wenn sie es auch nicht waren, sie hatten sich als solche ausgeben müssen), »Männer« und »Wohlhabende«, die zu Wahlen antreten. Das herrschaftsgeprägte Politikverständnis hat bei dieser Wahl also eine Niederlage erlitten. Die BDP- und HDP-KandidatInnen haben gezeigt, dass das Bürgermeisteramt nicht dafür gedacht ist, die eigene Macht und Stellung zu sichern, sondern der Bevölkerung zu dienen.

Nur diese wenigen Beispiele signalisieren, dass Gewinn und Verlust bei dieser Wahl ganz anders zu bemessen sind.

Und was passiert in Rojava?

Schauen wir uns nun in diesem Zusammenhang auch mal die Entwicklungen in Rojava an:

Seit März gibt es dort drei Selbstverwaltungskantone. Der dritte Weg, auch als das Projekt der demokratischen Nation (bzw. Gesellschaft) zu bezeichnen, nimmt immer mehr Gestalt an. Alle ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen bringen sich auf demokratische Weise in die Selbstverwaltungsstrukturen ein. Sie bieten eine Alternative zu den bestehenden Nationalstaatsmodellen in der Region. Daher haben sie viele sichtbare und unsichtbare Gegner und Feinde. Ich werde diese Gruppen anhand der aktuellen Angriffe darzustellen versuchen.

Rojava wird gegenwärtig von allen Seiten attackiert. Seit Sommer letzten Jahres überfallen radikal-islamistische Gruppen mit unterschiedlichen Namen Rojava, mal Al-Qaida, dann Al-Nusra, und jetzt versuchen seit mehr als einem Monat Kräfte von Islamischer Staat in Irak und Syrien (ISIS) ununterbrochen, Kobanê (Ain al-Arab) anzugreifen und zu belagern. Es kommt zu schweren Kämpfen mit vielen Toten.

Es heißt, dass die ISIS-Kräfte aus vom syrischen Regime kontrollierten Gebieten abgezogen worden seien, um diese Angriffe durchführen zu können, mit anderen Worten, das Regime billige sie. Auch kommt es immer wieder zu Angriffen des Regimes, wie jetzt am 12. April, als sechs ZivilistInnen in Helep (Aleppo) ums Leben kamen.

Seit etwa einer Woche ist auch in Südkurdistan Bewegung zu verzeichnen. Nachdem die Türkei an der Grenze zu Rojava die »Mauer der Schande« baut, wird nun an der Grenze zwischen Süd- und Westkurdistan ein drei Meter tiefer und zwei Meter breiter Graben ausgehoben. Bei Protesten auf beiden Seiten der Grenze gegen diese Grenzbefestigung kam es zu Zusammenstößen mit Verletzten.

In den vergangenen Tagen wurde bekannt, dass Barzanîs Demokratische Partei Kurdistans (PDK) im südkurdischen Hewlêr (Arbil) ein Treffen mit vier Parteien aus Rojava (El-Parti, Yekîtî und den beiden Azadî-Parteien) durchgeführt und sie unter dem Namen Demokratische Partei Kurdistans in Syrien (PDK-S) zusammengeschlossen hat. Nicht nur in Rojava verfolgt sie eine solche Politik, sondern sie instruiert und finanziert die PDK-Ableger in allen Teilen Kurdistans. Auch in der Türkei und im Iran gibt es ähnliche Vorbereitungen.

Die bisherige politische Position der PDK liegt nicht im Interesse des kurdischen Volkes. Vielmehr verfolgt sie beschränkte Parteiinteressen und strebt die nationale Führung an. Dafür scheut sie nicht vor strategischen Bündnissen mit Kräften wie der AKP zurück, um sowohl in Nordkurdistan als auch in Rojava in der kurdischen Frage am selben Strang zu ziehen. Auf ihre Haltung ist es zurückzuführen, dass bislang kein kurdischer Nationalkongress zusammenkommen konnte. Sie attackiert erbarmungslos die Errungenschaften in Rojava und lehnt die Widerstandsbewegung ab.

Dass die Türkei ebenfalls zu den Gegnern Rojavas gehört, ist ja kein Geheimnis. Dass sie dafür mit radikalfundamentalistischen Gruppen zusammenarbeitet und sie unterstützt, wird seit Längerem immer wieder vor allem von KurdInnen aufs Tapet gebracht. Jetzt wurde am 27. März ein Video auf YouTube veröffentlicht, der Mitschnitt eines Gesprächs auf Regierungsebene, in dem Außenminister Ahmet Davutoğlu, Geheimdienstchef Hakan Fidan, Unterstaatssekretär Feridun Hadi Sinirlioğlu und der stellvertretende Armeechef Yaşar Güler zu hören sind. Die Beteiligten beraten darin, wie eine inszenierte Operation in Syrien als Rechtfertigung für einen Krieg durchgeführt werden könnte. Sie erwägen Anschläge auf Grabstätten oder wie türkische Agenten von syrischem Boden aus Raketen auf türkisches Territorium feuern. Auch erklärt Hakan Fidan, dass bislang über 300 LKWs mit Munition nach Syrien transportiert worden seien. Erinnern wir uns nur daran, dass LKWs des Geheimdienstes MIT in Adana angehalten und durchsucht wurden. Diese Aktion hat ein Nachspiel, die verantwortlichen Sicherheits- und Militärangehörigen sind mit Verfahren und Festnahmen konfrontiert.



Die Grenze zu Rojava/Nordsyrien wird sowohl von türkischer als auch von Seiten der Regierungspartei PDK der Autonomen Region Kurdistan/Nordirak befestigt, die Grenzübergänge geschlossen. Foto: DIHA

Kurze Zeit nach der YouTube-Veröffentlichung meldete sich der renommierte US-Journalist Seymour Hersch in einem Beitrag für die »London Review of Books« mit ähnlichen Aussagen. Er behauptet, dass der Sarin-Giftgasangriff vom August vergangenen Jahres in Ghuta bei Damaskus von der Türkei organisiert worden sei, um die USA zu einem Militärschlag gegen die syrische Regierung zu bewegen.

Die KurdInnen haben immer wieder darauf verwiesen, dass zwar seit über einem Jahr ein inoffizieller beidseitiger Waffenstillstand in der Türkei bestehe, die AKP-Regierung aber den Krieg gegen die KurdInnen nach Rojava verlagert habe.

Die Türkei versucht von innenpolitischen Problemen auch durch einen Krieg im Ausland abzulenken. Auf diese Weise kann sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen die Errungenschaften in Rojava verhindern und ersticken und zum anderen die polarisierte Gesellschaft im Inland durch einen Krieg zusammenhalten und von den Problemen ablenken.

Was haben diese oben genannten Kräfte gemeinsam, dass sie sich gegen Rojava wenden?

Sie alle sehen es als Gefahr für ihr System, wenn die Bevölkerung ihre Selbstverwaltungsstrukturen aufbaut und die Kultur der Demokratie, der Freiheit und des Friedens in der Region verankert. Sie setzen auf Nationalismus, Krieg, Unterdrückung, Macht, dagegen geht es im Modell Rojava um die Geschwisterlichkeit der Völker, gesellschaftlichen und politischen Frieden, Gleichberechtigung, Partizipation, Emanzipation, Koexistenz, Befreiung. Rojava ist ein dritter Weg gegen die Systeme, die von diesen Akteuren errichtet und instandgehalten werden.

Wie die weitere politische Entwicklung in der Türkei – innen- wie auch außenpolitisch – aussehen wird, kann also auch aus ihrem Verhalten zu der Entwicklung in Rojava abgeleitet werden.

Und wie weiter?

Zwar sind die Kommunalwahlen durchgeführt worden, aber das Land steht vor zwei weiteren wichtigen Wahlen. Wenn es nicht zu einer Vorverlegung kommt, wird die Bevölkerung im August den Staatspräsidenten erstmals direkt wählen, im Juni 2015 dann findet die Parlamentswahl statt. Das heißt, wir haben eine lange Wahl(kampf)phase vor uns. Nach den Kommunalwahlen ist die unübersichtliche politische Lage in der Türkei keineswegs klarer geworden. Im Gegenteil, Ungewissheit und Unsicherheit haben zugenommen. Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun, die tiefgründige Entwicklungen birgt.

Der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan hat die gegenwärtige Lage der Türkei in seiner diesjährigen Newroz-Botschaft so beschrieben: »Die Geschichte hat uns gezeigt, dass wenn es keine entschlossene Führung für einen Frieden gibt, historische Probleme sich fortsetzen und meist mit Wendungen antworten, die große Verluste mit sich bringen. Die drängendste Frage, vor der wir stehen, ist, ob wir den Weg mit sich ständig wiederholenden Putschen oder einer vollständigen und radikalen Demokratie fortsetzen werden.

Konkret und aktuell zeichnet sich seit dem letzten Newrozfest diese Weggabelung ab. Entweder wird sich ein Regime der Putsche und Verschwörungen, gestützt auf die kapitalistische Moderne der letzten 200 Jahre, restaurieren und fortsetzen, oder die türkisch-kurdischen Beziehungen werden auf neuen Kurs gebracht und ein demokratisches Verfassungsregime wird durch umfassende demokratische Reformen die verschwörerischen und putschistischen Mechanismen zerschlagen. Die Zeit für alle Mittelwege und Übergangsformen ist abgelaufen.«

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist die, welcher Weg gegangen wird. Werden die Gespräche in sinnvolle Verhandlungen münden, die rechtlich garantiert sind, und werden Demokratisierungsschritte eingeleitet, die zu einer neuen demokratischen Verfassung führen, oder werden, wie die Anzeichen andeuten, weiterhin aufgrund fehlender Führung für den Frieden die bestehenden Probleme erneut mit Gewalt zu noch mehr Verlusten führen? Diese Frage muss in erster Linie die Türkei beantworten, aber auch ihre Verbündeten, und sie wird sich an folgenden Kriterien messen lassen müssen:

Werden Demokratisierungsschritte eingeleitet, wird die bisherige Verbots- und Unterdrückungspolitik beendet und werden Freiheiten ausgeweitet?

Wird eine demokratische Verfassung ausgearbeitet, wird die Gesprächsphase in eine rechtlich abgesicherte Verhandlungsphase übergehen?

Wird die Türkei aufhören, die Errungenschaften in Rojava als Gefahr zu sehen und sie anzugreifen?

Wenn es in diesen Punkten zu keinen Entwicklungen kommt, ist klar, was es bedeutet und was passieren wird: Die Systemkrise und die politischen und gesellschaftlichen Probleme der Türkei und der Region werden sich mit dem Abgang der AKP immer mehr vertiefen. ♦

Abdullah Öcalans Botschaft zu Newroz 2014:

Zeit für Verhandlungen

Ich grüße alle Freundinnen und Freunde, deren Herzen mit dem Newrozfeuer für Frieden und Freiheit brennen!

Ich grüße unser Volk, das in Mesopotamien, der Wiege der Zivilisationen, das prächtige Newrozfeuer in einen Aufbruch und ein Fest der Demokratie verwandelt.

Ich sende Euch stellvertretend für alle Jugendlichen und Frauen meines Landes meine Liebe. Ich rufe alle, die ihre Herzen für den Frieden geöffnet haben, die unsere Stimme hören, die gesamte Türkei auf, sich im Geiste der Solidarität der Jahrhunderte zusammenzuschließen.

Ich gratuliere auch den Geschwistervölkern des Mittleren Ostens und Asiens, der Wiege der Zivilisationen der Welt, zu diesem ihren Fest.

Ich sende Euch allen meine herzlichen Grüße. Seid gegrüßt!

Beim letzten Newroz, an einem Tag wie diesem, haben wir das Feuer des Krieges ausgelöscht, das junge Menschen, Leben, Liebe und Arbeit in Asche verwandelt, und eine große Fackel des Widerstandes für den Frieden entzündet.

Verehrtes Volk der Türkei!

Die Geschichte hat uns gezeigt, dass wenn es keine entschlossene Führung für einen Frieden gibt, historische Probleme sich fortsetzen und meist mit Wendungen antworten, die große Verluste mit sich bringen. Die drängendste Frage, vor der wir stehen, ist, ob wir den Weg mit sich ständig wiederholenden Putschen oder einer vollständigen und radikalen Demokratie fortsetzen werden.

Konkret und aktuell zeichnet sich seit dem letzten Newrozfest diese Weggabelung ab. Entweder wird sich ein Regime der Putsche und Verschwörungen, gestützt auf die kapitalistische Moderne der letzten 200 Jahre, restaurieren und fortsetzen, oder die türkisch-kurdischen Beziehungen werden auf neuen Kurs gebracht und ein demokratisches Verfassungsregime wird durch umfassende demokratische Reformen die verschwörerischen und putschistischen Mechanismen zerschlagen. Die Zeit für alle Mittelwege und Übergangsformen ist abgelaufen.

Bisher gab es einen Dialogprozess, der wichtig war. In diesem Prozess haben beide Seiten gegenseitig die guten Absichten, den Realismus und die Angemessenheit getestet. Dabei hat sich ergeben, dass beide Seiten zur Suche nach Frieden entschlossen sind, auch wenn die Regierung verzögert, verschiebt, einseitig agiert und eine gesetzliche Grundlage vermeidet. Dialogprozesse sind wichtig, doch beinhalten sie keine Verbindlichkeit. Daher können sie keine ausreichende Gewähr für einen dauerhaften Frieden bieten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es unvermeidlich geworden, der Systematik von Verhandlungen einen gesetzlichen Rahmen zu verleihen.

Der Frieden ist schwieriger als der Krieg, aber jeder Krieg hat seinen Frieden. Wir haben furchtlos Widerstand geleistet, wir werden auch den Frieden nicht fürchten.

Unser Widerstand richtete sich nicht gegen die Geschwistervölker, sondern gegen ein System mit hegemonialem Charakter, das ignorierte, vernichtete, verleugnete und unterdrückte. Daher ist auch unser Frieden nicht für die Regierungen oder Staaten, sondern für die Völker Anatoliens, Kurdistans und Mesopotamiens, die sich die Jahrtausende alten Werte dieses Bodens zu eigen gemacht und ein kulturelles Welterbe geschaffen haben. Regierung und Staat fällt die Aufgabe zu, eine dementsprechende Ernsthaftigkeit an den Tag zu legen.

Unsere große Reise zum Frieden war zahlreichen Angriffen ausgesetzt, von Oslo bis Paris, von Gever bis Licê, von den KCK-Operationen bis zu dem an Grausamkeit heranreichenden Verhalten gegenüber den kranken politischen Gefangenen. Diese Bewegung, also Ihr, werdet alle diese schmutzigen Spiele, die internationale Herrschaft von GLADIO erschüttern und vereiteln.

Unser Kampf hat einen großen Anteil daran, dass in der gesamten Region die Systeme der Bevormundung beseitigt werden. Wir stehen in der historischen Verantwortung, internationale Verschwörungen, die uns in verschiedenen Formen gegenübertreten, aufmerksam zu begegnen.

Ein verantwortungsbewusster Sprachstil wird sowohl verschiedene Methoden der rassistischen psychologischen Kriegs-

führung ins Leere laufen lassen als auch einen wesentlichen Charakterzug unseres großen Friedens darstellen.

Dieser Frieden wird in Rojava und der gesamten Region erst durch Lösungen im Rahmen demokratischer Verfassungen gefestigt werden.

Die Frauen haben nicht nur ein großes Potenzial für Freiheit und Gleichheit akkumuliert, sie werden auch durch neue ethische und ästhetische Werte, die sie der demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung hinzufügen, die eigentlichen Garanten dieses Friedens sein.

Unsere Bewegung hat als Jugendbewegung begonnen und ist stets jung geblieben. Die Jugend wird auch diesen Frieden gegen alle Angriffe und Provokationen beherzt verteidigen.

Unser im Exil verstreutes Volk, vor allem in Europa, wird die Stimme sein, die der Welt unseren Frieden und unser freies Leben in Würde verkündet.

Alle unsere Genossinnen und Genossen, die mit ihrem beispiellosem Willen dort, wo die Hoffnung zu versiegen droht, ohne mit der Wimper zu zucken ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Freiheit aufs Spiel setzen, werden unsere wichtigste Stütze sein.

Die Völker der Türkei mit unserer tausendjährigen Tradition der Geschwisterlichkeit werden die beste Antwort auf rassistische, spaltende, überhebliche und wuterfüllte Hassreden geben.

Ich grüße Euch alle in meinem Glauben an ein freies und vollständig demokratisches Land, in dem sich alle Glaubensrichtungen, Völker, Kulturen und Werktätigen frei fühlen können, und mit revolutionären Gefühlen.

Ich rufe alle auf, die Verantwortung für ihre Zeit und die Menschheit empfinden, zum Baustein für unseren großen Frieden zu werden.

Gegrüßt seien alle, die Verantwortung für die Geschwisterlichkeit der Völker übernehmen.

Es lebe Newroz!

Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker! ♦

[Übersetzung aus dem Türkischen und Dokumentation: Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«]



Pervin Buldan (BDP) und Sırrı Süreyya Önder (HDP) verlesen die Botschaft Öcalans auf dem Newrozfest in Amed (Diyarbakır) Foto: DIHA

Über politische Entwicklungen nach den Kommunalwahlen

Das Plädoyer der Wähler für die Autonomie stellt eine neue politische Tatsache dar

Sırrı Süreyya Önder, Parlamentsabgeordneter der HDP, Istanbul

Bei der Parlamentswahl 2011 war ein weiteres Mal klar geworden, dass die kurdische Bewegung bei Wahlen stetig zulegt und sich somit als politische Akteurin in der Türkei etabliert. Parallel zu dieser Expansion und dem Erstarken auf politischer Ebene waren auch immer öfter und umfangreicher die grundlegendsten Elemente ihrer politischen Vision für den Nahen/Mittleren Osten zu vernehmen. Als der Friedensprozess begann, äußerten die Kurden oft: »Heval *[kurd. für: Genosse],* das ist ein Prozess!«

Wir können uns aktuell der Politik in der Türkei nur aus der Perspektive der Völker widmen, deren Agenda von der Demokratischen Autonomie und dem Friedensprozess bestimmt ist.

Wenn wir uns den Prozess vergegenwärtigen, werden wir feststellen, dass er eigentlich gar nicht so außergewöhnlich verläuft. Denn wie bei allen Lösungsprozessen auf dieser Welt ist auch dieser von Hindernissen und Krisen begleitet. Wer den Staat als vollkommen versteht, kann dem Begriff des »Prozesses« keine Bedeutung beimessen. Bei vereinfachter Betrachtung der Lage können wir die aktuelle Situation so beschreiben: Die kurdische Bewegung hat ihren Willen zu einem Waffenstillstand eindeutig bewiesen und von türkischer Seite dafür nichts als Ignoranz erfahren. Der türkische Staat hat keinerlei rechtliche oder militärische Schritte unternommen, um den Rückzug der kurdischen Guerilla zu unterstützen, und entweder die Initiative für einen dauerhaften Frieden vermissen lassen oder überzogen ängstlich agiert. Die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) ist, gemessen an den Maßstäben der Türkei, gealtert und es fehlt ihr nun auch an Dynamik, so dass die Erwartungen der Kurden an den Prozess keine Erfüllung finden. Aus dieser Enttäuschung heraus entsteht Frust, der die Vertiefung des Friedensprozess und die Konzentration auf ihn verhindert. Für die Kurden sind von nun an alle Schritte von staatlicher Seite her bestimmend. Wir stehen an einer sehr scharfen Weggabelung, da die AKP, anstatt etwas zu unternehmen, andauernd darauf hinweist, was sie denn bis dato schon gemacht haben will.

Da auch Ministerpräsident Erdoğan bei seinen Wahlkampfauftritten in den kurdischen Gebieten so gut wie nichts zum Friedensprozess geäußert hat, zweifelt die Bevölkerung an seinen Absichten. Das hat mitunter auch dazu geführt, dass der Block um die BDP/HDP in der Region als einzige Alternative wahrgenommen wird. Das ist nicht einzig und allein auf die Bemühungen der legalen politischen Ebene zurückzuführen. Hierbei hat sich trotz aller Schwierigkeiten die kollektive Linie zwischen Öcalan, der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) und dem Block um die BDP/HDP positiv ausgewirkt. Das hat zur Folge, dass alle Teile der kurdischen Bewegung gemeinsam handeln können. Auch wenn die Akteure in der kurdischen Bewegung im Großen und Ganzen konform gehen, so sind die unterschiedlichen Töne als Beleg für die pluralistische demokratische Gesinnung dieser Bewegung anzusehen. Aus meiner Perspektive kann ich sagen, dass in diesem »Prozess« der größte Vorteil der kurdischen Bewegung im Gegensatz zur AKP darin liegt, dass sie ihre Basis nicht von oben nach unten überzeugen muss. Der Friedensprozess wird nur dann zu einem dauerhaften Frieden führen, wenn die Basis ihn anführt und trägt. Dieser Aspekt stimmt uns, die politischen Vertreter der kurdischen Seite, hoffnungsvoll, da unsere Basis diesen Prozess auf einem sehr hohen Niveau anführt und vertritt.

Der Gesellschaft gegenüber wird der Eindruck vermittelt, dass der Waffenstillstand, der Dialog, viel eher ein Friedens-

prozess ist. Ja, wir stecken in einem Verhandlungsprozess, aber er bedeutet bis dato nichts anderes als die Einstellung kriegerischer Handlungen. Auch dieser Zustand ist aufgrund ausbleibender Schritte und der Entwicklungen im Nahen/Mittleren Osten höchst fragil. Es wäre sinnlos, den Dialog zwischen den Konfliktparteien in der Türkei unabhängig von Rojava und der Tatsache, dass in Syrien Leib und Leben der Armenier, Alawiten und Kurden höchst bedroht sind, und der Gewaltspirale im Nahen/Mittleren Osten zu betrachten. Allgemein wird diese Phase als Rückzug der kurdischen Kämpfer vom Staatsgebiet der Türkei interpretiert. Fakt ist jedoch, dass der Sachverhalt keinesfalls derart simpel gesehen werden kann.

Die Wahlen in der Türkei haben uns ein weiteres Mal vor Augen geführt, dass eine politische Kraft ohne Selbstverteidigungsmechanismen von der AKP bedrängt, neutralisiert und bei Bedarf eliminiert wird. Es wäre töricht, zum aktuellen Zeitpunkt von einem Friedensprozess zu sprechen, da die AKP die kurdische Bewegung unentwegt um Zugeständnisse bittet, aber selbst keinerlei Anstalten zu einem Beitrag zu möglichen Friedensgesprächen macht. So wäre es auch angebracht gewesen, die kurdischen Kämpfer nicht nur zum Rückzug aufzufordern, sondern ihnen parallel auch die nötige politische und rechtliche Sicherheit zu gewähren, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Solange diese Sicherheiten nicht gewährt werden, sind die Erwartungen der AKP realitätsfern. Der Prozess hängt nun vom Wohlwollen der AKP ab, die bei den Wahlen zwar quantitativ keinen wirklichen Einbruch erlebt, qualitativ aber im Zuge des Machtkampfes mit der Gülen-Bewegung und des darauffolgenden Korruptionsskandals stark eingebüßt hat. Eben diese Tatsache ist keine ausreichende Basis für vertrauenswürdige Gespräche.

Wenn wir die nationalistischen Kräfte außer Acht lassen, lässt sich durchaus zutreffend behaupten, dass die Gesellschaft in der Türkei keine Zweifel mehr am Friedenswillen der BDP/HDP hat. Die AKP nutzt ihre Möglichkeiten nicht, alle gesellschaftlichen Gruppierungen, allen voran die Kurden und Türken, in diesen Prozess einzubinden. Um die Kurden zu überzeugen, sollte die AKP keine »besseren Haftbedingungen« schaffen, sondern sie freilassen. Eine Regierung, die sich einer Demokratisierung der Gesellschaft und des Staatsapparates widersetzt, wird folglich nur einen Weg einschlagen, und zwar denjenigen, zu einem autoritären Regime zu werden, so dass es selbst das größte Hindernis für eine Lösung/den Frieden darstellt.

Die gesamte Bevölkerung hat sich für eine Autonomie ausgesprochen

Das Plädoyer der Wähler für die Autonomie stellt eine neue politische Tatsache dar. Diese Tatsache wird plastisch sichtbar, wenn wir uns allein schon die Landkarte der Türkei im Hinblick auf die Wahlergebnisse anschauen. Dabei erkennen wir unwiderruflich das Bedürfnis der Türkei nach einer Demokratischen Autonomie der Regionen.



In der Türkei haben sich im Zuge dieser Wahl die unterschiedlichen soziopolitischen Profile der Regionen noch klarer herauskristallisiert. Foto: DIHA

Ganz bewusst spreche ich nicht von einer Region, sondern von der Gesamttürkei. Ich beziehe mich dabei nicht allein auf die kurdischen Landesteile, denn wenn wir uns die Region um Izmir anschauen, werden wir feststellen, dass sich hier die Republikanische Volkspartei (CHP) tief verwurzelt hat, und in nationalistisch gesinnten Gegenden gilt dasselbe für die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). In der Türkei haben sich im Zuge dieser Wahl die unterschiedlichen soziopolitischen Profile der Regionen noch klarer herauskristallisiert.

Die einheimische Bevölkerung in Anatolien hat sich für eine religiös-konservativ-rechte Platt-

form, und meistens für die AKP und mit ihr vergleichbare Parteien, entschieden. Die Türkei hat mit ihrer Wahl bereits von sich aus eindeutig die Demokratische Autonomie skizziert. Betrachten wir diese Regionen aus soziologischer Perspektive näher, erkennen wir schon bei der Lebensweise die Unterschiede überdeutlich. Es ist sinnlos, mit diesem offensichtlichen Tableau zu hadern und dagegen anzukämpfen. Es wäre nur der Versuch, andersartige Menschen zwangsweise den eigenen Vorstellungen anzupassen. Ein solches Vorhaben würde niemanden stärken, sondern nur die gesellschaftlichen Energien unnötig verschwenden.

... es ist nicht mehr allein das Thema der BDP-geführten Kommunen, sich zusammenzuschliessen, um eine Form der Autonomie zu proklamieren. Die Autonomie überhaupt ist kein Gegenstand der Proklamation an sich, da sie sich in der Praxis herauskristallisiert. Denn die Wähler in der kurdischen Region haben bereits durch ihre Stimmabgabe den Bedarf an einer Autonomie eindeutig formuliert.

Kurz gesagt, es ist nicht mehr allein das Thema der BDP-geführten Kommunen, sich zusammenzuschließen, um eine Form der Autonomie zu proklamieren. Die Autonomie überhaupt ist kein Gegenstand der Proklamation an sich, da sie sich in der Praxis herauskristallisiert. Denn die Wähler in der kurdischen Region haben bereits durch ihre Stimmabgabe den Bedarf an einer Autonomie eindeutig formuliert. Es ist daher Fakt, dass dieses Bedürfnis auf die eine oder andere Weise seine Erfüllung finden muss. Diejenigen, die meinen, wegen des Prozesses seien die Kurden politisch gedämpft und somit passiv geworden, irren, wenn sie den Zugewinn an neuen Kommunen und die erstarkende kurdische Bewegung mit den von CHP und MHP gewonnenen Regionen auf eine Stufe stellen.

Die Autonomie hat sich quasi in Amed (Diyarbakır) und Izmir gleichzeitig manifestiert. Das aktuelle Tableau macht uns deutlich, dass die Hauptakteure des aktuellen Prozesses, BDP/HDP und AKP, als einzige politische Kräfte den Anspruch hegen, sich in der gesamten Türkei zu organisieren und zu etablieren. Das ist der Hauptgrund, warum sich der Prozess lediglich zwischen diesen zwei Parteien entwickelt hat.

Dieser Fakt ist auch der Grund dafür, dass nun in der Türkei alle gesellschaftlichen Gruppierungen, von Reaktionären bis hin zu Fortschrittlichen, sich mit dem Prozess auseinandersetzen und dieser an Legitimität gewonnen hat. Um im Namen der Türkei Politik machen zu können, ist es Vorrausetzung, die Türkei erst einmal zu verstehen. Um sie zu verstehen, müssen die gesellschaftlichen Unterschiede, die in eine praktische Autonomie münden, berücksichtigt und verstanden werden. Denn die Autonomie der Regionen ist nicht nur ein Projekt, um der Türkei Frieden zu bringen, sondern sie ist als Lösung für die gesellschaftlichen Probleme unausweichlich. Die Demokratische Autonomie wird nicht nur Frieden bringen, sondern ihn auch für die Zukunft garantieren. Der bedeutendste Beleg dafür ist nicht irgendein Bürgermeister oder eine Partei, sondern die friedliche Koexistenz und die Gestaltung der Autonomie vollkommen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen in vollkommen unterschiedlichen Städten.

Es ist traurig und bedrückend zu sehen, dass Menschen und Gruppierungen mit linker Erscheinung und Rhetorik sich am stärksten dem Kampf gegen diese Realität widmen. Und die permanente Bekundung des Hasses dieser Gruppen auf BDP-/HDP-Politiker ist unausstehlich und eklig.

Es ist unschwer erkennbar, dass diese sich freiheitlich und links darstellenden Gruppen, die sich den Kurden stets überlegen fühlen und ihnen immer Vorschriften machen wollen, mit diesem Verhalten lediglich im Lager der kemalistisch-nationalistischen CHP landen werden.

Dafür gibt es zwei Gründe:

- Der erste wäre, dass sie zu saumselig sind bei der Arbeit und beim Widerstand.

- Der zweite, dass ihre hierarchischen Strukturen durch den ungeheuren politischen Erfolg der Kurden erbarmungslos entlarvt wurden.

Diese antworten auf diese Ohnmacht lediglich damit: »Heval, das ist ein Prozess!« ♦

Sırrı Süreyya Önder, geboren 1962 in Semsûr (Adıyaman), ist ein türkischer Regisseur und Journalist und Parlamentsabgeordneter der Demokratischen Partei der Völker (HDP).
Er wurde bei der Parlamentswahl 2011 als unabhängiger Kandidat für Istanbul gewählt, anschließend trat er der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) bei. Er gehörte zu der BDP-Delegation, die sich auf der Gefängnisinsel İmralı Anfang 2013 mit Abdullah Öcalan traf, um den Lösungsprozess zu begleiten; heute ist er als HDP-Abgeordneter dabei.
Önder war auch der erste Abgeordnete, der sich 2013 im Istanbuler Gezi-Park gegen die Polizei stellte und folglich die Protestwelle mit auslöste.
Im Oktober 2013 verließ er mit weiteren vier Abgeordneten die BDP, um sich der HDP anzuschließen. Bei der Kommunalwahl kandidierte er als Oberbürgermeisterkandidat der HDP in Istanbul.

Kommunalwahlen in Pîran

Demokratische Wahlen? – Nicht in Nordkurdistan!

Mako Qocgirî, 01.04.2014

Zwei Tage nach den Kommunalwahlen in der Türkei am 30. März wird überall auf den Straßen von Amed (Diyarbakır) immer noch über die Wahlergebnisse gesprochen. Siegerin in den kurdischen Gebieten ist die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), daran besteht kein Zweifel. Sie hat in insgesamt 102 Bezirken die meisten Stimmen erhalten, dabei sind ganze elf Provinzen. Das sind drei mehr als noch bei den letzten Kommunalwahlen 2009.

Doch trotz des aus Sicht der BDP erfolgreichen Wahlausgangs war der Wahlverlauf in den kurdischen Gebieten vielerorts von Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet. Das hatten die Verantwortlichen der BDP auch nicht anders erwartet. Um sich gegen mögliche Versuche von Wahlfälschung besser zu wappnen, hatten sie deshalb bereits zwei Monate vorher gemeinsam mit dem Menschenrechtsverein IHD international zur unabhängigen Wahlbeobachtung aufgerufen. Dem folgten Dutzende Menschen aus Europa. Auch ich reiste nach Amed, um dort sowohl das Newrozfest am 21. März als auch die Wahlen mit zu verfolgen. Am Wahltag führte mich meine Reise nach Pîran (Dicle), einem Vorort von Amed.

Pîran – Heimatstadt des Ensarioğlu-Clans

Als ich am Tag vor den Wahlen gemeinsam mit einem jungen italienischen Journalisten und zwei Mitgliedern der sozialistischen Rødt-Partei aus Norwegen in die Gruppe nach Pîran eingeordnet wurde, wusste ich nicht wirklich viel mit dem Ort anzufangen. Die erste Information, die ich erhielt, besagte, dass der AKP-Kandidat für Amed, Galip Ensarioğlu, aus der Stadt stammt. Ensarioğlu ist der Name einer einflussreichen Familie in Amed, die seit jeher über enge Beziehungen zum türkischen Staat verfügt. Der Onkel des Ameder AKP-Kandidaten Salim Ensarioğlu war drei Perioden Staatsminister im türkischen Parlament, sowohl unter der Regierung von Tansu Çiller als auch unter Necmettin Erbakan. Selbst in den Zeiten des schmutzigen Krieges in Kurdistan tauchen somit Mitglieder dieses Clans in staatlichen Positionen auf. In der Parlamentswahl 2011 scheiterte besagter Ensarioğlu als unabhängiger Kandidat in Amed, erzielte aber immerhin mehr als 18000 Stimmen. Bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr war für die AKP außer in der Großstadt Amed auch in Pîran ein Ensarioğlu aufgestellt, und zwar ein gewisser Faysal Ensarioğlu, der Cousin von Salim Ensarioğlu.

Nun war für Amed ein Scheitern der Ensarioğlus abzusehen, aber in Pîran wollten sie für einen künftigen Bürgermeisterposten alles in Bewegung setzen. Zuvor hatte die BDP in Pîran zweimal hintereinander die Kommunalwahlen gewonnen. Doch dieses Mal war in ihren Kreisen eine gewisse Nervosität zu spüren. Es gab Gerüchte, dass bis zu 2000 Mitglieder der Spezialeinsatzkräfte in der Region zusammengezogen worden seien, um dort als Stimmberechtigte die Stimmenzahl für die AKP in die Höhe zu treiben. Später erfuhren wir von einem Anwalt aus Pîran, dass dies rechtlich gar nicht möglich sei, und der Fall trat dann auch tatsächlich nicht ein. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Wahlvorgang insgesamt sauber verlief.

»Ihr setzt die Wähler unter Druck«

Wir fuhren am Abend des 29. März in Richtung Pîran. Der Ort liegt etwa 70 km vom Stadtzentrum Ameds entfernt. Die Nacht verbrachten wir bei einer Familie in einem Dorf, das an Pîran angebunden ist. Die Familienmitglieder und Nachbarn befragten uns bis spät in die Nacht, wie demokratische Wahlen in Europa ablaufen, und erzählten von ihren Erfahrungen in Pîran. Sie mahnten uns, am Folgetag äußerst aufmerksam zu sein, denn die AKP würde gemeinsam mit Polizei und Militär alles in Bewegung setzen, um ihren Bürgermeisterkandidaten durchzubringen. Nach einer ziemlich kurzen Nacht wachten wir bereits um fünf Uhr morgens auf. Eigentlich wollten wir eine Stunde später aufstehen, doch die Umstellung von Winter- auf Sommerzeit brachte nicht nur uns, sondern auch unsere Gastgeber durcheinander. Eigentlich hätte die Zeitumstellung am 30.03. stattfinden sollen, doch aufgrund des Wahltags

hatte die AKP-Regierung sich dazu entschlossen, die Umstellung um einen Tag zu verschieben.

Unsere Arbeit begann um sieben Uhr. Um diese Zeit öffneten die Wahllokale in den kurdischen Gebieten der Türkei. So besuchten wir gleich zu Beginn die zwei Wahllokale im Stadtzentrum von Pîran und eines in einem nahe gelegenen Dorf. Die meisten Wahllokale waren in staatlichen Schulen untergebracht, in einigen Dörfern auch in Containern. Sofort bei unserem ersten Besuch in einer Schule in Pîran bekamen wir einen Eindruck davon, wie die Wahl dort abläuft. Ein Panzerwagen des Militärs war eindrucksvoll vor dem Eingang der Schule platziert, vor und in der Schule hielten sich Dutzende Polizeibeamte auf. Und von Letzteren wurden wir nicht gerade freundlich empfangen. Sie fragten aggressiv, was wir dort zu suchen hätten. Es sei lediglich türkischen Staatsbürgern gestattet, die Wahllokale zu betreten. Wir schilderten in ruhigem Ton, dass wir unabhängige Wahlbeobachter seien, doch die Reaktion blieb zunächst dieselbe. Schließlich erklärte uns ein Herr in Zivil, dass wir uns kurz umsehen könnten und dann die Schule zu verlassen hätten. Das taten wir dann zunächst auch und informierten uns schließlich bei einem Rechtsanwalt vor Ort über unsere Rechte als unabhängige Wahlbeobachter, um bei der nächsten Konfrontation dieser Art besser vorbereitet zu sein. Es hieß, dass wir das Recht hätten, uns in den Fluren der Schulen umzusehen und in die Klassenräume mit den Wahlurnen hineinzuschauen. Mit Erlaubnis des Wahlurnenleiters hätten wir auch das Recht, in die Klassen zu gehen und mit den Mitarbeitern über den bisherigen Wahlverlauf zu sprechen. Dann wurden wir über die Rechte der Polizei aufgeklärt. Diese dürfte sich nur bis auf fünfzehn Meter der Wahlurne nähern und selbst dürften sie nur unbewaffnet wählen gehen. Ansonsten dürften sie bei einem Konflikt an der Wahlurne nur nach Aufforderung des Wahlurnenleiters die Klassenräume betreten. Was wir beim ersten und bei so gut wie allen weiteren Wahllokalen zu sehen bekamen, stand im eklatanten Widerspruch zu diesen Regeln.

So standen beispielsweise an der zweiten Schule, die wir nach dem Gespräch mit dem Anwalt besuchten, bewaffnete Polizisten direkt an den Türen der Klassenräume und musterten die Gesichter der Eintretenden. Wir machten einen Polizisten auf die 15-Meter-Regel aufmerksam. Er war recht verblüfft und versuchte zu erklären, dass diese Regel bei den engen Fluren kaum einzuhalten sei, was nicht der Wahrheit entsprach. Während wir im Gespräch mit dem Polizisten waren, schrie uns dann ein kleinerer Mann in Zivil von etwa 45 Jahren an, was wir dort zu suchen hätten. »Ihr setzt die Wähler unter Druck«, behauptete er halb nervös, halb aggressiv und rief den Polizeichef herbei. Wir baten ihn, uns diejenigen persönlich vor-



... So standen beispielsweise an der zweiten Schule, die wir nach dem Gespräch mit dem Anwalt besuchten, bewaffnete Polizisten direkt an den Türen der Klassenräume und musterten die Gesichter der Eintretenden. ... Foto: DIHA

zustellen, die sich durch unsere Präsenz unter Druck gesetzt fühlten, was er natürlich nicht tat. Der Polizeichef ersuchte uns diesmal in freundlichem Ton, die Schule zu verlassen, was wir dann auch taten, um die Situation nicht unnötig zu eskalieren. Vor der Tür haben wir dann erfahren, dass derjenige, der uns so hastig aus dem Wahllokal heraushaben wollte, der AKP-Vorsitzende in Pîran war.

Keine BDP-Mitarbeiter an den Wahlurnen erwünscht

Unsere weiteren Besuche in Wahllokalen konzentrierten sich auf die umliegenden Dörfer. Die dort eingesetzten Gendarmeriekräfte waren in der Regel etwas zurückhaltender und hielten auch öfter die 15-Meter-Regel ein. Doch vielerorts sahen wir, wie bewaffnete Soldaten oder Dorfschützer ihre Stimme an der Wahlurne abgaben. Zum Teil waren die Schulen überfüllt, und wenn erneut irgendwo der Strom ausfiel, herrschten chaotische Zustände. Später haben wir erfahren, dass es auch in zahlreichen anderen Orten immer wieder zu Stromausfällen kam. In einer solchen Situation war es recht leicht, den Überblick über die Lage an den Urnen zu verlieren. Ob es dabei zu versuchten oder tatsächlichen Wahlmanipulationen kam, können wir nicht sagen. Doch Befürchtungen dieser Art wurden von vielen Menschen geäußert, mit denen wir in Pîran sprachen. Auch nach 16 Uhr, als die Wahllokale in den kurdischen Gebieten geschlossen waren und die Auszählung begann, soll es immer wieder zu Stromausfällen gekommen sein. Es hatte keinerlei Vorbereitungen auf mögliche Stromausfälle gegeben. Die Auszählung sei zum Teil mithilfe der Leuchtfunktion von Mobiltelefonen vorgenommen worden.

Den traurigen Höhepunkt unserer Wahlbeobachtung in Pîran erlebten wir in einem Dorf des Ensarioğlu-Clans. Dort fand die Wahl in zwei überfüllten Containerräumen statt. Wir schauten kurz vorbei, sprachen mit einem sichtlich nervösen und überforderten Wahlurnenleiter und wollten uns gerade verabschieden, da bedeutete uns der italienische Journalist aus unserer Gruppe, noch einen Moment zu warten. Er erklärte mir schließlich auf Englisch, dass eine an der Wahlurne arbeitende Person allein in der Zeit unserer Präsenz mit sechs oder sieben älteren Frauen in die Wahlkabine gegangen sei und den Wahlzettel für sie gestempelt habe. Ich übersetzte dem Wahlurnenleiter diese Beobachtung, aber er stritt sie vehement ab. Dann fragte ich direkt die Person, die für die Frauen gestempelt hatte, und er gab es zu, erklärte uns aber, dass er das Recht dazu habe. Man sei schließlich im Dorf miteinander verwandt und nach dem Wahlgesetz dürfe ein Verwandter einer Person helfen, die nicht mehr in der Lage ist, selbst zu wählen. So weit trifft das zwar zu, wenn der Wahlurnenleiter diese Hilfe für angemessen erachtet. Allerdings darf der Helfer nicht zugleich Mitarbeiter an der Wahlurne sein. Darauf machte dann, vermutlich ermutigt durch unsere Präsenz, der Mitarbeiter der BDP an der Wahlurne aufmerksam. Und was daraufhin folgte, war eine wüste Massenschlägerei, die ohne Vorankündigung



Vor einem Wahllokal in der Provinz Amed: bewaffnete »Sicherheitskräfte« der Regierung   Foto: DIHA

im Wahllokal ausbrach und sich davor fortsetzte. Eigentlich war es eher ein Lynchversuch an zwei oder drei BDP-Angehörigen in dem Wahllokal, die von Hunderten vermeintlichen AKP-Mitgliedern und -Sympathisanten gejagt und verprügelt wurden. Uns blieb nichts anderes übrig, als fluchtartig den Ort zu verlassen. Während wir zu unserem Fahrzeug rannten, bekamen wir mit, wie die Gendarmerie in die Luft schoss, um die Situation zu beruhigen. Später haben wir erfahren, dass die AKPler vermutlich nur auf einen Anlass gewartet hatten, um den BDP-Mitarbeiter von der Wahlurne zu verjagen. Diesen Anlass hatten wir ihnen anscheinend gegeben. Zum Glück beruhigte sich die Situation nach den Schüssen der Gendarmerie und es kam zu keinen schwereren Verletzungen.

Bei unseren folgenden Besuchen in Wahllokalen passierten keine weiteren Zwischenfälle dieser Art. Neben den üblichen Stromausfällen, der Nichtbeachtung der 15-Meter-Regel und bewaffneten Wählern versuchte die Gendarmerie uns noch zwei Mal an unserer Beobachtung zu hindern und verlangte unsere Ausweise. Doch nach einigen Telefonaten mit ihren Vorgesetzten ließen sie uns dann doch weiterarbeiten.

Wahlsieg der BDP und letzte verzweifelte Provokationen

Kurz nach 18 Uhr erreichten uns dann die ersten Wahlergebnisse. Während die BDP nach den ersten Hochrechnungen noch weit unter den Erwartungen lag, holte sie über den ganzen Abend hinweg Stück für Stück auf und erreichte dann doch ein Ergebnis, das sich sehen lassen konnte. In Pîran wurde gegen 19 Uhr erst erklärt, dass die BDP mit mehr als 1000 Stimmen vor der AKP liege, und es brachen spontan Jubelfeiern im Stadtzentrum aus. Das am Folgetag verkündete Endergebnis für Pîran lautete schließlich knapp 50 % der Stimmen für die BDP und rund 45 % für die AKP.

Doch kaum waren die Freudenbekundungen der Bevölkerung ausgebrochen, änderte sich die Stimmung im Stadtzentrum schlagartig. Es wurde vermeldet, dass AKP-Anhänger die Feiernden mit Steinen und Latten angegriffen hätten, später war auch von Schüssen die Rede. Wir bekamen mit, wie zwei verletzte junge Frauen provisorisch auf der Straße versorgt und anschließend ins Krankenhaus gefahren wurden, doch den genauen Überblick über die Lage in der Stadt hatten wir verloren. Es wurde uns berichtet, dass der Angriff der AKP-Anhänger aus der Nähe eines Polizeireviers gekommen sei. Viele Menschen marschierten anschließend in Richtung städtisches Krankenhaus. Noch bevor sich die Lage beruhigt hatte, kam die nächste Schreckensmeldung: Aus einem fahrenden Auto sei in der Nähe des Krankenhauses auf Menschen geschossen worden. Auch unsere Gruppe begab sich daraufhin in Richtung Krankenhaus. Dort erzählte uns jemand, der sich vor dem zweiten Zwischenfall im Krankenhaus befunden hatte, dass mehrere verletzte und blutüberströmte Menschen in das Krankenhaus gebracht worden seien. Zwei der Verletzten wurden aufgrund ihrer schweren Verletzungen später am Abend noch in die Universitätsklinik von Amed verlegt.

Einige Menschen aus dem Krankenhaus erklärten, es seien die Männer des unterlegenen AKP-Kandidaten Faysal Ensarioğlu gewesen, die aus dem Auto geschossen hätten, manche meinten sogar, er selbst. Wir konnten diese Information nicht verifizieren. Doch die Leute meinten, dass die Angriffe allein das Ziel hätten, für Verwirrung zu sorgen, um anschließend möglicherweise Wahlurnen verschwinden zu lassen. Denn nach der Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen selbst sollten alle Wahlurnen noch in ein staatliches Gebäude des Hohen Wahlausschusses in der Stadt gebracht werden, wo nach einer erneuten Auszählung das offizielle Ergebnis verkündet werden sollte. Die Menschen begaben sich deswegen vom Krankenhaus vor dieses staatliche Gebäude und harrten dort trotz Temperaturen um den Gefrierpunkt aus. Wir blieben allerdings nur kurz bei ihnen, denn unser Auto fuhr aufgrund der Zwischenfälle mit einiger Verspätung kurz nach Mitternacht aus Pîran in Richtung Amed.

Pîran ist kein Einzelfall

Zwei Tage nach den Wahlen erreichen uns immer neue Meldungen über Unregelmäßigkeiten. So gut wie alle Wahlbeobachtungsdelegationen sprechen von Stromausfällen mit teilweise einhergehenden chaotischen Zuständen in den Wahllokalen. In der Presse ist von weggeworfenen oder verbrannten Wahlzetteln wie in Serêkaniyê/Riha (Ceylanpınar/Urfa) oder Hezo/Êlih (Kozluk/Batman) die Rede. In anderen Orten wurde erst nach mehrfacher Auszählung der Stimmzettel die AKP oder MHP anstelle der BDP zur Siegerin erklärt.

Doch trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse beim Wahlkampf und Unregelmäßigkeiten bei der Wahl selbst kann das Wahlergebnis als politischer Erfolg für die kurdische Bewegung insgesamt gewertet werden. Gelingt es der BDP und der kurdischen Freiheitsbewegung insgesamt, mit den gewonnenen Stadtverwaltungen das Konzept einer demokratischen, pluralistischen und progressiven Selbstverwaltung zu etablieren, werden sie diese Verwaltungen nicht nur halten, sondern weitere hinzugewinnen. Vor dem 30. März war die Wahl von der BDP zum Referendum über die Demokratische Autonomie erklärt worden. Es kann in weiten Teilen als erfolgreich bewertet werden. Nun heißt es, die Demokratische Autonomie umzusetzen. ♦

Eine Bewertung der Kommunalwahlen

Viele Möglichkeiten zum Widerstand

Dr. Nazan Üstündağ, Lehrbeautragte an der Boğaziçi-Universität Istanbul

In dem Zeitraum zwischen dem Beginn der Gezi-Aufstände am letzten 1. Juni und den Kommunalwahlen vom 30. März gab es in der Türkei wichtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Sie führten dazu, dass sich drei unterschiedliche politische und gesellschaftliche Oppositionsgruppen gegenüber der AKP formiert haben.

Die erste hat sich aus dem Umfeld der kurdischen Freiheitsbewegung und einer Vielzahl sozialistischer Gruppen aus der Türkei organisiert und im Block der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der Demokratischen Partei der Völker (HDP) zusammengefunden. Ihre Kritik an der Regierung konzentriert sich darauf, dass die AKP ihrer Verantwortung im Lösungsprozess nicht gerecht werde und statt eines Demokratisierungskurses einen zunehmend autoritären Politikstil verfolge. Es geht um einen Kampf für Fortschritte im Lösungsprozess, eine Entwicklung kommunal-demokratischer Strukturen und für die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Klassen und der Völker. Auch wenn sie in der türkischen Politik eine Minderheit darstellt, so ist sie dennoch eine politische Kraft, die zu einem Wandel beitragen kann. Am 30. März trat die HDP in 58 Provinzen und die BDP in 23 kurdischen Provinzen zur Wahl an. Beide zusammen erhielten rund 6,5 % der WählerInnenstimmen.

Eine zweite oppositionelle Front, die sich im Zuge der Gezi-Aufstände zusammenfand, ist eine recht heterogene und teilweise in sich widersprüchliche Gruppe, die aus den AlevitInnen, LaizistInnen, KemalistInnen und sogar Ergenekon-Mitgliedern und -AnhängerInnen besteht. Ein Teil erachtet die AKP als Gefahr für die eigene Existenz, ein anderer hält sie »lediglich« für zunehmend autoritär und plädiert deshalb für eine Beschränkung ihrer Macht. Die Mehrheit aus dieser Front unterstützte, ohne auf die KandidatInnen und die Inhalte der Parteien zu achten, die Republikanische Volkspartei (CHP) oder die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und hoffte, dass womöglich eine Koalition dieser beiden Parteien die AKP zu Fall bringen könnte. So stellte beispielsweise die CHP in Ankara mit Mansur Yavaş einen ehemaligen MHPler als Spitzenkandidaten gegen die AKP auf, um sowohl rechte als auch linke, sowohl nationalistische als auch liberale Stimmen auf sich zu vereinigen.

Der dritte und letzte Oppositionsblock ist die Bewegung von Fethullah Gülen. Auch wenn die Wahl verdeutlicht hat, dass die Gülen-Gemeinde wohl den geringsten Stimmenanteil der drei genannten Gruppen ausmacht, so kann sie, was die öffentliche Schlagkraft angeht, der AKP vermutlich am meisten schaden. Die Gülen-Bewegung, selbst bis vor Kurzem noch Bündnispartnerin der AKP, war die treibende Kraft hinter den Korruptionsoperationen vom 17. Dezember. Zugleich haben ihre Mitglieder durch die Veröffentlichung von Tonbandaufzeichnungen in den sozialen Medien die Drohpolitik gegenüber den Medien und der Justiz, die Regelwidrigkeiten bei der Auftragsvergabe im Bau- und Infrastruktursektor und die mit einer Vielzahl von Makeln behaftete Syrienpolitik der Regierung entlarvt. Die Bewegung, die daraufhin vom türkischen Ministerpräsidenten aufgrund der Korruptionsaffäre eines internationalen Komplotts und eines Putschversuchs bezichtigt wurde, unterstützte bei dieser Wahl auch die CHP-MHP-Koalition.

Auf dem Weg zur Wahl

Bekanntlich fährt Ministerpräsident Erdoğan gegenüber KritikerInnen seiner Regierung seit längerer Zeit eine äußerst feindselige Politik. Seine Taktik lautet stets, sie direkt anzugreifen und zu diffamieren, sodass der Inhalt der Kritik von allein obsolet wird. Andererseits höhlt er die Gewaltenteilung immer weiter aus, stellt seine Regierung praktisch unter Immunität und kriminalisiert die gesamte Opposition.

Die AKP und Erdoğan wandten diese, für ihre Zwecke praktische, aber letztlich illegitime, Politik zunächst gegen die kurdischen Opposition an. Das fand seinen Ausdruck in den KCK-Festnahmewellen, dem Gerichtsurteil zu Roboskî, wonach es sich um einen Unfall gehandelt haben soll, und der ver-

ächtlichen Haltung des Ministerpräsidenten zum Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen. Trotz alldem ließ der bewaffnete und zivile Widerstand der KurdInnen der Regierung dennoch keinen anderen Ausweg, als sich im Januar 2013 erneut mit der kurdischen Bewegung an einen Tisch zu setzen und über eine Lösung der Frage zu diskutieren.

Im Juni 2013 ließ dann der Ministerpräsident die an den KurdInnen erprobten Strategien auch bei den Gezi-AktivistInnen anwenden. Es wäre sicherlich nicht falsch zu behaupten, dass gerade durch seine Anfeindungen, es handle sich bei den Gezi-ProtestlerInnen um marginale, kemalistische PutschistInnen oder VaterlandsverräterInnen, der Prozess der politischen und oppositionellen Identitätsbildung innerhalb der AktivistInnen erst recht vorangetrieben wurde.

Mit der Korruptionsaffäre vom 17. Dezember nahm der Ministerpräsident schließlich die Gülen-Gemeinde ins Visier und beschuldigte sie, eine parallele und illegale Struktur innerhalb des Staates geschaffen zu haben. Sowohl Bewegung als auch AKP definieren sich zwar über eine islamische Identität, doch infolge des Bruchs mit der bisherigen Bündnispartnerin erklärte Erdoğan sie zur Feindin des nationalen Willens und Partnerin der elitären und laizistischen Opposition. Es kann allerdings auch nicht geleugnet werden, dass die Bewegung in der Zeit vor der Wahl über ihre Medien manchmal ganz offen, manchmal über Umwege Wahlwerbung für die KandidatInnen der CHP und MHP betrieb. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass vor den Kommunalwahlen die Spaltungen in der Gesellschaft tief, die Fronten verhärtet waren. Aus Sicht des Ministerpräsidenten stellte sich das Tableau so dar, dass er, als selbsternannter Repräsentant des nationalen Willens, seinen Platz auf der einen Seite und eine Koalition aus Gülen-Bewegung, CHP und MHP, die allesamt der Wunsch eint, den nationalen Willen auszuhöhlen, ihren Platz auf der anderen Seite einnahm.

Die BDP hingegen führte ihren Wahlkampf in den kurdischen Gebieten so weit wie möglich abseits jener Debatten. Die Topics ihrer Wahlkampagne waren die Schaffung kommunaldemokratischer Selbstverwaltungsstrukturen, sprich der Aufbau der Demokratischen Autonomie, und im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit die Umsetzung des KobürgermeisterInnenpostens. Eine ähnliche Kampagne führte die HDP außerhalb Kurdistans. Doch sie wurde schnell zum Angriffsziel sowohl der AKP als auch der Dreierkonstellation Gülen/CHP/MHP. Egal, wo sie in der Türkei ihre Wahlkampfbüros eröffnen wollte, sie wurden schnell zur Zielscheibe eines nationalistischen Mobs, unterstützt von lokalen VerwaltungsbeamtInnen.

Aus dem oben gezeichneten Bild wird also deutlich, dass der Weg zur Wahl von äußerster Anspannung und Anfeindungen geprägt war.

Die Wahlergebnisse

Die Wahl hat trotz aller Spannungen, vielleicht auch gerade deswegen, weder große Gewinner noch deutliche Verlierer hervorgebracht. Die politischen Gleichgewichte sind weitgehend konstant geblieben. Die Politik und die Rhetorik des Ministerpräsidenten in den letzten zwei Jahren haben zu einer Lagerbildung geführt, derjenigen, die den »nationalen Willen« der AKP repräsentieren, und derjenigen, die dabei ausgeschlossen sind. Und beide Lager haben jeweils ihre eigene Identität ausgebildet, die trotz ihrer internen Heterogenität vor allem im Westen der Türkei einen erbitterten Kampf um den Wahlsieg führten. Nehmen wir die kurdische Politik hinzu, zeigt sich, dass insgesamt drei unterschiedliche politische Identitäten die Stadtverwaltungen der Türkei unter sich aufgeteilt haben. Die MHP-CHP-Koalition hat in zahlreichen Orten der Küstengebiete den größten Stimmenanteil auf sich vereinigt, die BDP ist in Kurdistan als stärkste Partei hervorgegangen und die AKP hat vor allem in den übrigen Gebieten gewonnen. Ironischerweise verteidigt jeder dieser Blöcke, die auch die Landkarte der Türkei dreigeteilt haben, auf seine Weise die Ganzheit der Türkei …

Es ist nicht gerade eine positive Nachricht, dass, während diese drei politischen Blöcke sich gegenseitig bekämpfen und dadurch auch gegenseitig reproduzieren, bald auch die Präsidentschafts- und anschließend die Parlamentswahl nahen. Doch wie ich weiter unten genauer ausführen werde, wird bei einem Anhalten der derzeit angespannten Politik kein Wahlkampf oder Wahlausgang zu einem Wandel führen können.

CHP/MHP

Wie schon erwähnt, führte unserer Ansicht nach die CHP einen aus ihrer Sicht falschen Wahlkampf. Eine Partei, die nicht in der Opposition, sondern an der Macht sein wollte, hätte nicht der Spannungspolitik der AKP dienen sollen, sie hätte sich politisch nicht nur auf die Feindseligkeit gegenüber der AKP beschränken sollen. Dies half der AKP, ihre Stimmen zu konsolidieren, und dem Bestreben des Ministerpräsidenten, seine StammwählerInnen von den anderen zu separieren, um einen Austausch oder eine Beeinflussung zwischen den Gruppen unmöglich zu machen. Obendrein haben sich die Kommunalwahlen zu einem Identitätskampf entwickelt, vielmehr hätte der Ruin thematisiert werden müssen, den die AKP-Kommunalpolitik bewirkt hat.

Auf der anderen Seite muss erwähnt werden, dass die CHP innerhalb dieser politischen Grenzen eine maximale Ausbeute geschafft hat. Damit die Stimmenzahl nicht geteilt wird und auf lokaler Ebene insgesamt gegen die AKP Verwendung fin-

det, wurde in sozialen Netzwerken die »Tatava-Kampagne« organisiert. In diesem Rahmen sollten die Stimmen der stärksten Partei auf lokaler Ebene gegen die AKP gebündelt werden, womit die CHP insbesondere in den Großstädten Stimmen sammeln konnte.

Die CHP hat weder für die Lösung und den Frieden noch für demokratische Rechte, lokale Verwaltung, Neoliberalismus und Ungerechtigkeit eine verlässliche Politik entwickeln können. Indessen schaffte sie es, die Jugendlichen des Gezi-Aufstands unter ihrem Dach zu vereinen, und es ist ihr großes Glück, dass sie mit einer solchen Dynamik in Verbindung gebracht wird. Von der Wahlbeobachtung bis hin zu Twitter, diese Gruppe hat das Potential für eine neue militante Politik. Sie ist sehr gut ausgestattet, kann Informationen hervorragend verwerten, ist demokratisch und kommt politisch aus einer ganz anderen Richtung, aber die CHP hat es geschafft, diese demokratische Gruppe im Rahmen der Anti-AKP-Hegemonie unter ihrem Dach zu vereinen. Wenn wir bedenken, dass diese Gruppe ihre Stimmen der CHP nur geliehen hat und sich politisch von deren Parteipolitik distanziert, hat sie das Potential, die CHP in Bedrängnis zu bringen und bei deren Demokratisierung behilflich zu sein. Darüber hinaus kann sie dazu beitragen, dass die CHP ihre harte Linie in Bezug auf die KurdInnen und die nationalistische Symbolik überdenkt. Die Mehrheit der AlevitInnen (ausgenommen in Dêrsim/Tunceli) stimmte für die CHP. Das muss diese würdigen, sie muss sich anstelle der Anfeindungen gegen die AKP mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen; dies bietet ihr die Möglichkeit, sich mit dem Friedenswillen der Unterdrückten zu befassen. Aufgrund der Tatsache, dass sie in Kurdistan gar keine Stimmen erhalten hat, kann die CHP den Oppositionsstatus nicht überwinden. Solange sie den kurdischen Frieden nicht radikal und universellen Standards entsprechend angeht, wird sie von den KurdInnen nicht akzeptiert werden; das wird dann weiterhin ihr größtes Hindernis bleiben auf dem Wege, stärkste Partei zu werden.

Die mit der CHP zusammenarbeitende MHP hat auch ihren Stimmengewinn gesteigert. Allerdings hatte sie augenscheinlich wie Erstere keine andere Kampagne geführt als die gegen die AKP gerichtete. Aufgrund der historischen Gegnerschaft und der damit verbundenen Rolle bei der Wahl hat sie die normalerweise nicht an die CHP gehenden Stimmen dorthin kanalisiert und an anderen Standorten, wo sie die stärkere Partei ist, CHP-Stimmen an sich gebunden.

Kurz, CHP und MHP haben ein dem Anschein nach gutes Wahlergebnis erzielt. Es ist jedoch offensichtlich, dass sie über kein politisches Programm verfügen, das am bestehenden Gleichgewicht rütteln könnte.

AKP

Die Stimmen für die AKP bedeuten nicht die Befürwortung von Unterdrückung und Korruption. Die AKP-WählerInnen haben ein weiteres Mal ihre Treue zur AKP ausgedrückt und gezeigt, dass die Zugehörigkeit zur AKP eine Identitätsfrage ist. Einige Untersuchungen belegen, dass die historisch ausgegrenzten armen Muslime sich mit der AKP und insbesondere dem Ministerpräsidenten als Teil der Macht fühlen. Ein Teil der WählerInnen ist sicherlich an der Korruption beteiligt und aufgrund dessen bestrebt, die AKP an der Macht zu halten. Die Mehrheit gab ihre Stimme der AKP aber nicht, damit diese an der Macht bleibt, sondern nicht durch CHP oder MHP ersetzt wird. Bedenken bestehen gegen den Nationalismus und den Elitismus der CHP, wegen der Annahme, dass die MHP keine Lösung in der kurdischen Frage suchen werde, und aus Sorge um die religiöse Freiheit und die wirtschaftliche Stabilität. Gleichwohl zeigen Untersuchungen, dass die Gesundheitsreform und die Politik gegen die Armut die Armen an die Partei gebunden haben. Das größte Problem der Opposition ist nach wie vor ihre Unfähigkeit, die AKP-WählerInnen zu verstehen. Als Beispiel mag hier der Istanbuler CHP-Kandidat Sarıgül dienen, der dachte, sie mit alternativen Mega-Projekten zu gewinnen und mit der Versprechung, Staudämme zu errichten. Solche Äußerungen demonstrieren, dass die Rationalität der armen AKP-WählerInnen nicht verstanden wird. Die Aussagen und die praktische Politik, die den Alltag der AKP-AnhängerInnen nicht berühren, ihre Ängste nicht lindern, sich mit ihre Vergangenheit nicht auseinandersetzen, sie emotional nicht berühren – hier sind nicht nur die religiösen Faktoren gemeint –, können in der Türkei, das ist offensichtlich, keine Mehrheit bilden.

Gülen

Vermutlich ist das wichtigste Ergebnis der Wahl, dass die MachthaberInnen in der Türkei nicht durch eine Erpressungspolitik mit Tonaufnahmen, die Intervention durch die Gülen-Bewegung, mit Hilfe internationaler HandlangerInnen, also mit äußerer Einmischung, gestürzt werden können. Jedes Mal wird bei Wahlen in der Türkei auf die Überraschungen verwiesen, die von den WählerInnen bereitet, oder »Ohrfeigen«, die verteilt werden. Dieses Mal hat die Gülen-Bewegung eine Ohrfeige bekommen. Es ist offensichtlich, dass die Türkei weder die »tiefe Politik« der Gülen-Bewegung noch die der Ergenekon-Strukturen braucht. Eine Veränderung in der Türkei kann nur mit Dynamiken, die aus der Gesellschaft kommen, gelingen. Die Veröffentlichungspolitik, die die Gemeinde vor der Wahl praktizierte, hat die Bedenken gegen die Regierung bestätigt, aber die Opposition als VoyeurInnen und VerschwörungstheoretikerInnen dargestellt. Dadurch wurden alle Kanäle zu einer

wirklichen Grundsatzdiskussion geschlossen und die AKP-AnhängerInnen schlossen sich vorübergehend zusammen.

Auf der anderen Seite geriet die Gemeinde mit ihrer staatlichen Ideologie in Widerspruch und wollte so die Regierung angreifen, womit sie aber den ganzen Staat aus seiner heiligen Position herausgenommen und verweltlicht hat. Der Staat ist in Verruf geraten und die Opposition dadurch zu etwas Normalem verkommen. Deshalb müsste mensch sich ironischerweise bei der Gemeinde bedanken, die ihr ganzes Dasein der Aufgabe gewidmet hat, innerhalb der Staatsstrukturen eine Kaderstruktur zu schaffen.

HDP/BDP

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei der HDP um eine neue Partei handelt und sie keine Aussicht auf Erfolg hatte, hat sie die angestrebten demokratischen Stimmen nicht erhalten. Allerdings brachte sie mehr als den Wahlsieg die Demokratisierung der Türkei sowie die praktische Entwicklung in den Diskurs ein, wodurch sie mit ihrer demokratischen Haltung die Demokratisierung der ganzen Parteien in der Türkei fördern könnte.

Ich denke, dass die Diskussion zwischen CHP- und HDP-WählerInnen, die HDP würde die Stimmenzahl der CHP splitten und die CHP sei eine nationalistische und rechtsorientierte Partei, bei den CHP-WählerInnen, insbesondere bei den Frauen, DemokratInnen und AlevitInnen, Spuren hinterlassen hat und der Einfluss der HDP in diesen Bereichen in Zukunft wachsen wird.

Diese Wahl war in der Tat historisch. Alle Gesellschaftsbereiche wurden dadurch mobilisiert. Diese gesellschaftliche Organisierung wird ihrerseits eine Opposition hervorbringen und ihrer Verantwortung bei der Demokratisierung der Türkei und den Friedensbestrebungen gerecht werden.

Die HDP hat außer den kurdischen wenige Stimmen erhalten. Allerdings ist deren Einfluss nicht zu unterschätzen. Nur die KurdInnen votieren außerhalb der religiös-laizistischen Dualität und sind dadurch eine der wenigen Gruppen, die mit der Linken und den AKP-WählerInnen in Verbindung gebracht werden könnten. Das zeigt uns auch, wie eine starke Opposition gegen die AKP aussehen kann, oder ist ein deutliches Indiz, wie in einer zur AKP alternativen Welt die Gläubigen und Armen eingebunden werden könnten.

Wenn wir auf die BDP zu sprechen kommen, stellen wir fest, dass sie ihren größten Erfolg in der Region Serhat errungen hat. Ihr Einfluss ist damit vergrößert worden. Obwohl sie bei der Wahl das Gezänk ablehnte und ihre eigenen Prioritäten setzte. Damit stellte sie die eigentliche Opposition dar. Allerdings beginnt die eigentliche Prüfung der BDP, die als einzige Partei eine alternative Administration vertritt, jetzt.

Sie stützt sich vor allem auf die kurdische Identität. Unter dem Dach der HDP kann sie jedoch mit SozialistInnen, FeministInnen, ÖkologInnen, LGBTlerInnen, ArbeiterInnen und anderen Gruppen (inter)agieren. Bei der heutigen konjunkturellen Landkarte der Wahlen in der Türkei stellt sie, im Gegensatz zu den anderen Parteien, die mit ihrer Identitätspolitik am Ende sind, die einzige Alternative dar. Ansonsten würde in der Türkei für lange Zeit nichts passieren.

Fazit

Derzeit besteht eine aufgrund der Wahl starke Regierung, doch steht sie in institutioneller und Legitimitätshinsicht äußert lädiert da. Meiner Ansicht nach ist das ein Umstand, der nicht traurig, sondern froh stimmen sollte. Er bietet viele Möglichkeiten zum Widerstand und zum ersten Mal die Gelegenheit zur Kontrolle einer mit über 50 % gewählten Regierung in der Türkei. Mensch ist bestrebt, auch jeden einzelnen Fehler dieser Regierung öffentlich zu machen sowie seine eigene Identität und seine Wünsche zu verteidigen. Der organisierte Kampf gegen den Wahlbetrug von Ankara bis nach Kurdistan war ein Beispiel dafür. Das ist eine bedeutende Errungenschaft. Bei der gesellschaftlichen Organisierung werden die KurdInnen, AlevitInnen, Frauen, Jugendlichen und RentnerInnen weiter in Bewegung bleiben. Diese Wahl war in der Tat historisch. Alle Gesellschaftsbereiche wurden dadurch mobilisiert. Diese gesellschaftliche Organisierung wird ihrerseits eine Opposition hervorbringen und ihrer Verantwortung bei der Demokratisierung der Türkei und den Friedensbestrebungen gerecht werden. In dem Kampf, eine starke Opposition zu entwickeln, war das ein wichtiger Meilenstein. Allerdings wird dieser Kampf nicht durch die Marginalisierung einzelner Gruppen, sondern durch das Schaffen von Frieden, nicht über die Identität, Lebensart, Intelligenz- und Anstandswettbewerbe geführt werden, sondern mit einer starken gesellschaftlichen Organisierung und mit dem Zugewinn, dass statt der Zwietracht die Eintracht vorherrschen wird. ♦

Resümee der Kommunalwahlen

Ein Wahlsieg für den Fortschritt in Nordkurdistan

Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Die Kommunalwahlen in der Türkei wurden von allen Seiten als besonders entscheidend gesehen. Von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung und der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wurde sie wie ein Referendum über das Projekt der Demokratischen Autonomie und die Unterstützung der Position der kurdischen Freiheitsbewegung im stockenden Friedensprozess bewertet. Für die AKP ging es um die eigene Zukunft, einerseits um die BDP aus den kurdischen Gemeinden zu drängen und symbolträchtige Metropolen wie Wan (Van), Amed (Diyarbakır) oder Agirî (Ağrı) wiederzugewinnen. Andererseits war der Wahlkampf ebenfalls vom Konflikt mit der Gülen-Bewegung geprägt. Schon im Vorfeld tauchten immer wieder Leaks (Veröffentlichungen) auf, die auf Korruption, Kriegstreiberei und Waffenlieferungen an islamistische Banden hindeuteten. Vor diesem Hintergrund ging es der AKP und Erdoğan auch im Hinblick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen um einen möglichst deutlichen Wahlsieg.

Mehr noch als bei vorherigen Wahlen kennzeichneten die Wahlen Unregelmäßigkeiten, Wahlbetrug, Gewalt im Vorfeld, während und infolge der Wahlen.

> Mehr noch als bei vorherigen Wahlen kennzeichneten die Wahlen Unregelmäßigkeiten, Wahlbetrug, Gewalt im Vorfeld, während und infolge der Wahlen.

Grundsätzlich ist allerdings erst einmal der Umstand festzustellen, dass die Ausgangslage für die Parteien sehr unterschiedlich gewesen war. Zum einen befinden sich mehrere tausend BDP-FunktionärInnen und -AktivistInnen, darunter einige Dutzend gewählte Parlamentsabgeordnete und BürgermeisterInnen, zum Teil seit Jahren im Gefängnis, zum anderen bekam die BDP im Gegensatz zu ihren Konkurrentinnen, der AKP, CHP und MHP, keinerlei Finanzmittel für den Wahlkampf aus staatlichen Töpfen. Dies wurde damit begründet, dass die BDP bei den Wahlen zum Nationalparlament im Gegensatz zu den anderen drei Parteien unter der geltenden 10%-Hürde geblieben und nur durch ihre gut 30 direkt gewählten KandidatInnen ins Parlament gekommen sei.

Der Wahlkampf der AKP

Während des Wahlkampfes der AKP kam es zu massiven Übergriffen und Bestechungsversuchen. Aufgehetzte, oft mit Messern und Steinen bewaffnete Gruppen, der islamistischen Hüda Par (Hür Dava Partisi) begingen Übergriffe auf Büros und VertreterInnen der BDP und der türkeiweit angetretenen Demokratischen Partei der Völker (HDP), oft unter dem Schutz oder mit der Unterstützung der »Sicherheitskräfte«. In vielen Regionen wurden insgesamt 30 Büros bis hin zur Unbenutzbarkeit zerstört. In Êlih (Batman) wurde sogar ein Vertreter der BDP von mit Sturmgewehren bewaffneten Mitgliedern der Hüda Par ermordet. Besonders in der Region Êlih ist die Vorgängerorganisation bekannt. Die damalige türkische Hisbullah ermordete in den 90er Jahren als staatliche Konterguerilla Tausende und terrorisierte in den Straßen die Bevölkerung. Die Hisbullah wurde, nachdem sie außer Kontrolle geraten war, vom türkischen Staat zerschlagen und ihre Führungskader wurden inhaftiert. Erdoğan hat diese Kader wieder freigelassen und unterstützte damit den Aufbau neuer islamistischer Kontrabanden in Kurdistan.

Der Wahlkampf gegen die BDP und HDP in der kurdischen Region wurde vor allem auch von Bestechungsversuchen der Bevölkerung geprägt. So wird von unterschiedlichen Wahlbeobachtungsdelegationen, beispielsweise aus Xinûs (Hınıs/Bellitaş) berichtet, dass die AKP vor der Wahl Baumaterial verteilte oder Goldmünzen im Wert von 150 TL an Menschen ausgab, die schworen, die AKP zu wählen. Diese Praxis der AKP ist aus vielen Regionen bekannt und es ist kein Zufall,

dass die Erdoğan-Regierung eine Woche vor den Wahlen tausende Tablets an den Schulen verteilen ließ. Eine Schülerin bemerkte dazu ironisch, das passe ja gut zusammen, auf der einen Seite verteilt Erdoğan Computer, während er gleichzeitig Twitter, Facebook und YouTube verbieten lässt.

Der Wahltag in den kurdischen Regionen

Der Wahltag in den kurdischen Regionen zeigte deutlich, dass demokratischen, freien Wahlen in der Türkei und insbesondere in den kurdischen Regionen schwere Hindernisse entgegenstehen. So meldeten die meisten Wahldelegationen aus Amed, Xinûs, Serê Kaniyê (Ceylanpınar), Nisêbîn (Nusaybin) und aus anderen Orten die Präsenz von bewaffneten »Sicherheitskräften« oft bis hinein zu den Wahlkabinen, was deutlich gegen türkisches Recht verstößt. Es liegen mehrere Berichte von Delegationen vor, die beschreiben, dass insbesondere ältere Menschen häufig daran gehindert worden sind zu wählen oder ihre Wahlzettel schon abgestempelt waren. Die Berichte, dass Wählerinnen und Wähler gezwungen wurden, ihre Stimmen offen abzugeben, häuften sich ebenfalls aus für die AKP besonders kritischen Regionen. Teil dieser Strategie waren auch etliche Scheinparteien, die auf den Wahlzetteln antraten, wie z. B. die Partei der Unabhängigen Türkei (BTP), die direkt neben der BDP platziert worden war, und auch in Orten auf dem Wahlzettel stand, an denen sie nicht einmal einen Kandidaten aufgestellt hatte, die dann aber trotzdem Stimmen bekam. Dies trifft vor allem auf die Region Colemêrg (Hakkari) zu. Der Wahlsieg der BDP zeichnete sich in vielen kurdischen Regionen schon recht früh ab. Als in Serê Kaniyê etwa 60 % der Stimmen ausgezählt waren und die BDP in Führung ging, fiel plötzlich der Strom aus. Danach befand sich laut Auszählung die AKP in Führung. Kurz darauf wurden 1 500 Wahlzettel mit BDP-Stimmen im Müll gefunden.

Die gleichen Stromausfälle fanden in über 40 Wahlkreisen mit ähnlichem Ergebnis statt. Viele sprechen von einem »Notfallplan« der AKP, um ihre Chancen bei der Wahl zu verbessern. Darauf weisen ebenso die verbrannten Wahlzettel hin, die u. a. im Ort Heskîf (Hasankeyf) mit Stimmen für die BDP am Straßenrand gefunden worden sind. In vielen Regionen, auch im Westen der Türkei, wurden für die AKP vorgestempelte Wahlzettel festgestellt.

Dennoch erreichte die BDP ein gutes Ergebnis und konnte mehrere Landkreise hinzugewinnen und teilweise ausbauen. Dennoch blieb die Strategie der AKP nicht ohne Folgen, die Kombination aus Bestechung, Erpressung und systematischem finanziellen Ausbluten der von der BDP regierten Stadtverwaltungen führte in verschiedenen Regionen, unter anderem der Hochburg Colemêrg, zu einem »nur« 60-prozentigen Wahlsieg der BDP und in anderen Orten wie in Amed ebenfalls zu einem leichten Stimmenrückgang.

Nach den Wahlen

Nach den Wahlen begannen die Proteste gegen die offiziellen Ergebnisse. Der Kandidat der BDP für Riha (Urfa) und ehemalige Bürgermeister von Amed, Osman Baydemir, bezeichnete die Wahlen als die »dunkelsten Wahlen aller Wahlperioden«. Diese Dunkelheit war nicht nur metaphorisch gemeint, da insbesondere auch in der entscheidenden Region Riha/Serê Kaniyê massive Stromausfälle auftraten, die der AKP auffällig viele Stimmen in der Auszählung brachten, während verbrannte Stimmzettel der BDP später aufgefunden wurden. Dies führte insbesondere in Serê Kaniyê zu massiven Protesten. Es kam zu heftigen Übergriffen der Polizei auf die Bevölkerung und der Ausnahmezustand wurde in der Stadt für 30 Tage ausgerufen. Die Stadt befindet sich für den Monat April im polizeilichen und militärischen Belagerungszustand, Personengruppen mit mehr als drei Personen werden aufgelöst. Insbesondere in Serê Kaniyê wurde jedoch nicht nur der Wahlbetrug von Seiten der AKP deutlich. Infolge des Wahltags zog der AKP-Kandidat begleitet von schwer bewaffneten Kämpfern der Al-Nusra-Front (offizieller Ableger der Al-Qaida in Syrien) durch die Geschäfte der Stadt und versuchte die Bevölkerung einzuschüchtern. Serê Kaniyê, türkisch Ceylanpınar, ist einer der Orte, von denen aus große Kontingente von Djihadisten mit Hilfe der AKP-Regierung und des MIT einerseits mit Waffen versorgt und andererseits auch mit Truppen und Fahrzeugen gegen die kurdische Selbstverwaltung in Rojava (Nordsyrien) über die Grenze geleitet worden sind.

Diese Wahl, die von Betrug und Betrugsversuchen geprägt wurde, ist vielerorts vor den Wahlbehörden beanstandet worden. Widersprüche der BDP wurden meist, wie auch in Serê Kaniyê, systematisch zurückgewiesen. Beanstandungen durch die AKP wurde oft auch in Serie stattgegeben. So ließ die AKP 15 Mal die Stimmen in Agirî neu auszählen, bis schließlich die BDP einen Antrag auf Annullierung der Wahl stellte. Dort soll nun am 1. Mai 2014 neu gewählt werden. Diese Annullierung auf Antrag der BDP hat einen ganz praktischen Hintergrund. Zumindest die Zahlen der Neuauszählungen weisen darauf hin, dass die Wahlkommissionen oft wie eine Unterstützungsagentur der AKP arbeiten. Dies können die Zahlen aus Ahlat verdeutlichen; in Ahlat siegte die BDP mit 104 Stimmen. Die AKP focht dieses Ergebnis vier Mal an. Bei jeder Neuauszählung wurden weitere Stimmen der BDP annulliert, so dass nach der vierten Auszählung die AKP mit 237 Stimmen gewann. Auch hier wurde die Bevölkerung massiv von der Jandarma angegriffen und mindesten 30 Personen wurden festgenommen. In Norşin gewann die BDP die Wahlen knapp,

daraufhin hat die AKP die Wahl dreimal angefochten. Als die AKP immer noch nicht erfolgreich war, ließ sie die Wahlen annullieren. Sowohl in Norşin als auch in Agirî haben in der Zwischenzeit kommissarisch die von der Regierung eingesetzten Gouverneure das Amt übernommen.

So wie die Proteste weiteten sich auch die Übergriffe auf DemonstrantInnen auf die ganze Türkei und die kurdische Region aus. Vielerorts wurden AktivistInnen von der Polizei und dem Militär teilweise schwer verletzt. So wurden allein in Wan Dutzende verletzt, einem jungen Mann wurde von der Polizei in die Brust geschossen und ein 12-Jähriger wurde von einem Panzerfahrzeug überfahren und schwer verletzt. Hinzu kommen hunderte Verletzungen durch Gasgranaten, Plastikgeschosse und Schlagstockeinsätze durch Sicherheitskräfte.

Einschätzung der Wahlstrategien und Erfolge

Wenn wir die Kommunalwahlen der Türkei betrachten, dann müssen wir diese vor dem Hintergrund der Machtkonstellationen und ihrer jeweiligen Interessenssphären analysieren. Wie in der Einleitung beschrieben, sind die Wahlen stark vom Konflikt zwischen der Gülen-Bewegung und der AKP geprägt worden. Die Gülen-Bewegung schloss ein Bündnis mit den Kemalisten der CHP und den Ultranationalisten der MHP. Dieser Block sollte eine Alternative zur AKP-Regierung darstellen, tat sich aber im Wahlkampf weniger mit Inhalten als mit massiven Attacken auf die AKP hervor. Hier muss man sagen, dass das Kalkül dieser Parteien nur begrenzt aufging. Die in der alevitisch-kurdisch geprägten Region Dêrsim eigentlich starke CHP, die das Ziel verfolgte, die BDP-Stadtverwaltung zu übernehmen, erlitt, wie an vielen anderen Orten, eine entscheidende Niederlage. Das lag unter anderem auch daran, dass der Vorsitzende der CHP offen mit den faschistischen Grauen Wölfen sympathisierte und damit viele AlevitInnen vor den Kopf stieß. Andererseits konzentrierte sich der Wahlkampf der AKP sehr stark auf die Einschränkung des politischen Gegners durch Twitter- und YouTube-Verbot, Festnahmeoperationen und Drohungen. Die Wahlen zeigten in diesem Kontext, dass insbesondere in der Region Mittelanatolien die AKP eine derartig stabile religiös-konservative Basis besitzt, die über alle Rechtsverstöße der AKP hinwegzusehen bereit sind und an Erdoğan und seiner Partei festhalten. Dieser Konflikt beschränkte sich, wie in anderen Wahlkämpfen zuvor, auf den Westen der Türkei; in Kurdistan gingen die Machtblöcke gemeinsam gegen die kurdische Bewegung vor. Neben Angriffen auf die Büros der HDP im Westen kam es ebenfalls durch CHP-Anhänger zu Angriffen auf HDP- und BDP-VertreterInnen in Kurdistan – geschehen in Gurgum/Bazarcix (Maraş/Pazarcık).

Gegenüber diesem Machtkampf können wir beobachten, dass BDP und HDP trotz aller Einschränkungen einen politischen Wahlkampf entlang der Bedürfnisse der Menschen in den Regionen geführt haben. Dies schlug sich insbesondere im Neugewinn der Regionen Bedlis (Bitlis) und Têtwan (Tatvan) nieder. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 2009 konnte die BDP 2014 27 weitere Stadtverwaltungen hinzugewinnen. Dennoch ist zu beachten, dass wichtige Ziele – wie die Region Riha zu gewinnen – nicht erreicht werden konnten. Das liegt sicherlich einerseits an der Konservativität der Region, aber vor allem daran, dass es Strategie der AKP gewesen zu sein scheint, eine Dominanz der BDP an der Grenze zu Rojava nicht zuzulassen. Dies gilt insbesondere für Serê Kaniyê. Serê Kaniyê, türk. Ceylanpınar, ist eine geteilte Stadt, deren Südhälfte in Rojava liegt und von der kurdischen Rätebewegung geführt wird. Einerseits ist die Region ein Zentrum der Bekämpfung der kurdischen Selbstverwaltung in Rojava und Hinterland für islamistische Milizen, andererseits soll mit der AKP-Regierung in dem Gebiet eine engere Verbindung zur selbstverwalteten anderen Stadthälfte verhindert werden. Denn das Projekt, das die kurdische Bewegung in Rojava umsetzt, ist gleich dem Projekt der Demokratischen Autonomie in Nordkurdistan. Andere Regionen, in denen der Wahlbetrug besonders massiv war, sind symbolische Regionen mit verhältnismäßig starker AKP-Basis, das betrifft die Region Bedlis (z. B. Ahlat, Norşin), Têtwan, Teile von Wan, Çewlik (Bingöl), Kreise in Êlih (wie Heskîf) und Agirî. Hier sollte eine AKP-Mehrheit ebenfalls durch das Mittel des Wahlbetrugs gewonnen werden. In Regionen, in denen die AKP chancenlos war, wurde die Strategie gewechselt. Hier ging es ausschließlich um eine Reduktion des BDP-Stimmenanteils, was durch Unterstützung der zehntausenden Soldaten und massiven Bestechungskampagnen möglich war. So reduzierten sich die Wählerstimmen für die BDP u. a. in Amed und Colemêrg, der Wahlsieg der BDP ist aber immer noch deutlich.

Für die BDP stellen die Wahlen trotz allem einen Erfolg dar, der sich in der Umsetzung der Demokratischen Autonomie in der Region niederschlagen wird. Dabei soll es, ähnlich wie in Rojava, um den verstärkten Aufbau basisdemokratischer Strukturen und alternativer Ökonomien und einen geschlechterbefreiten Gesellschaftsentwurf gehen. Viel hängt jetzt jedoch daran, ob der Friedensprozess in der Türkei ein einseitiger, von kurdischer Seite, bleibt oder er in der Türkei endlich als Dialog auf eine rechtliche Basis gehoben wird. Abhängig davon wird sich die Lage in der Türkei, Kurdistan und dem ganzen Mittleren Osten verändern. Leider stellt das Verhalten der AKP und des Staates einen Schritt weg von Demokratisierung hin zu einer neuen Eskalation dar. ♦

Interview mit Leyla Imret, neue Bürgermeisterin von Cizîr

Dies ist der Ort, nach dem du suchst, hier ist das, was du willst!

Aus einer Reportage von Ayşe Arman, Hürriyet, 06.04.2014

Seit den Kommunalwahlen am 30. März ist die Lebensgeschichte Leyla Imrets, die als Kandidatin der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) zur Bürgermeisterin der Stadt Cizîr (Cizre) gewählt wurde, Thema in allen Nachrichten. Mit sieben Jahren hatte sie ihren Vater verloren und war gemeinsam mit der Familie nach Deutschland geflüchtet. Um mehr von ihrer Lebensgeschichte zu erfahren, führte die Journalistin Ayşe Arman ein Interview mit ihr.



Leyla Imret zu Besuch bei der Bevölkerung Foto: DIHA

Leyla Imret ... dürfen wir Dich kennenlernen?

In welcher Sprache soll ich sprechen?

In der Sprache, in der Du Dich wohlfühlst?

Dann fange ich mit Deutsch an. Ich werde öfter mal ins Türkische wechseln. Und wenn ich mich bei einem Thema nicht gut auskenne, spreche ich Kurdisch.

Einverstanden.

Ich bin 1987 in Cizîr geboren und habe dort bis zu meinem siebten Lebensjahr gelebt.

Hast Du Erinnerungen an Deine Kindheit dort?

Enge Straßen, nicht endender Lärm von Schießereien, und jeden Abend wurden wir in den Keller gebracht. Angesteckte Häuser, fliehende Menschen, schreiende und weinende Mütter. Das ist der Boden, der gebrandmarkt ist von Leid ... Uns wurde immer gesagt, dass wir das Haus nicht verlassen sollten. Eines Tages ging ich trotzdem und werde das, was ich gesehen habe, nie vergessen. Hunderte von Menschen lagen draußen auf der Straße. In diesem Moment dachte ich als Kind: »Wieso schlafen sie auf der Straße, haben sie denn kein Zuhause?« Ich habe erst viel später erfahren, dass diese Menschen ermordet worden waren. Es gibt noch eine Geschichte von einem Panzer, die sich in meine Träume einschleicht ...

Um was für eine Geschichte handelt es sich?

Eines Tages, als ich vor unserer Haustür in der engen Straße spielte, kam es auf einmal zu einer Streiterei und Schüsse waren zu hören. Plötzlich fuhr ein Panzer in die enge Straße hinein. Alle versuchten zu fliehen. Während ich rannte, schaute ich mich um und sah, dass der Panzer dicht hinter mir war. Ich geriet in Panik, und genau in diesem Moment sah ich eine offene Haustür und schlüpfte sofort hinein. Der Panzer fuhr an mir vorbei. Ich hatte an diesem Abend so viel Angst, dass ich bis heute noch von diesem Panzer träume.

Wie viele Geschwister seid Ihr?

Drei.

Was hatten Deine Eltern für einen Beruf?

Meine Mutter war nie berufstätig. Und mein Vater arbeitete überall dort, wo er gerade Arbeit fand. Er war ein Freiheitskämpfer. Die Geschehnisse in den 90er Jahren in Cizîr waren grauenhaft. Tote, Morde durch »unbekannte« Täter, vermisste Menschen ... Es wurde eine Politik der Vernichtung angewandt. Wie tausende andere Menschen auch haben wir durch diese Erlebnisse schwer gelitten ...

Stimmt es, dass Dein Vater vor Deinen Augen erschossen wurde?

Nein, ich war nicht dort. Meine Mutter war damals schwanger. Wir waren aus Sicherheitsgründen an diesem Tag an einem anderen Ort. Später haben sie erzählt, dass genau in dem Moment, als mein Vater nach Hause kam, eine Razzia durchgeführt wurde. Ohne zu schauen, wer er ist, ob er schuldig ist oder nicht, wurde das Haus mit Schüssen durchlöchert. Mein Vater rettete alle aus dem Haus, konnte aber selbst nicht vor den Schüssen fliehen und starb ...

Welchen Einfluss hatte der Tod Deines Vaters auf Dich?

Meine Familie ist daraufhin geflohen ... in verschiedene Städte geflohen. Das, was ich in meiner Kindheit erlebte, war der Grund dafür, dass ich mich später in Pädagogik ausbilden ließ. Um Kinder noch besser zu verstehen. Vielleicht auch, um die Erlebnisse meiner Vergangenheit besser zu verstehen. Ich habe eine schwere Kindheit gehabt. Der Verlust meines Vaters ist nicht mein einziger Schmerz ...

Hast Du irgendwelche Erinnerungen an Deinen Vater?

Ich sah ihn nicht so oft, er kam nicht oft nach Hause. Wenn er dann kam, brachte er immer Schokolade mit. Deshalb hat Schokolade eine ganz besondere Bedeutung für mich. Wenn er uns verließ, habe ich immer geweint; am Ende mussten wir uns auf ewig voneinander trennen ...

Meine Mutter konnte ich nach 13 Jahren umarmen

Wie sah Dein Leben nach dem Tod Deines Vaters aus?

Zunächst sind wir zu meinem Onkel in Mersin gegangen und von dort dann nach Deutschland. Unsere Absicht war, mit der ganzen Familie nach Deutschland umzusiedeln und dort von null zu beginnen ...

Und hat sich das verwirklicht?

Nein. Mein Onkel, meine Schwägerin mit ihren drei Kindern und ich sind zuerst nach Deutschland geflogen. Meine Mutter und meine Geschwister sollten nachkommen, sind sie aber nicht …

Warum?

Weil meine Papiere vollständig waren, die meiner Mutter jedoch nicht. Ich bin mit dem Gedanken nach Deutschland geflogen, dass sie nachkommen werden, doch das ist nicht geschehen ...

Nie?

Niemals! Die Lebensumstände hatten sich nämlich auch verändert. Meine Mutter verlor ihre Mutter und ihren Vater, mein jüngster Onkel trat auf eine Mine und verlor ein Bein. Vor Gericht haben sie ihn älter gemacht und ihn zu 36 Jahren Haft verurteilt, er sitzt nun seit 22 Jahren. Meine Mutter wollte ihren Bruder nicht alleinlassen. So war seine Situation. Und ich konnte nicht zurückkehren. Mir bleib nichts anderes übrig, als in Deutschland ein neues Leben aufzubauen ...

Das bedeutet, seit Deinem siebten Lebensjahr hast Du keinen Vater, keine Mutter, keine Geschwister gehabt ...

Ja. Später starb mein Onkel. Meine Schwägerin hat mich zusammen mit ihren Kindern großgezogen.

Siehst Du es als Chance oder als Unglück an, dass Du in Deutschland aufgewachsen bist?

Als Unglück. Es ist für ein Kind ein großes Trauma, ohne Vater und Mutter aufzuwachsen. Natürlich habe ich eine gute Schulbildung erhalten. Ich wurde zu dieser Frau, die ich heute bin. Ich war eine erfolgreiche Schülerin und sozial eingestellt. Aber ich war immer traurig, gebrochen und hatte immer etwas Trauriges im Inneren, das sich nicht beschreiben lässt. Ich kannte meine Mutter nur von Fotos und habe manchmal mit ihr telefoniert, mehr nicht. Es war eine traurige Situation. Viele Menschen leben mit großen Schmerzen. Entweder gewöhnt man sich daran oder man lernt damit umzugehen. Ich habe es gelernt.

War es für Dich nicht schwierig, in Deutschland zu leben, wolltest Du nicht in die Türkei zurückkehren?

Nein, überhaupt nicht. Ich habe mich daran gewöhnt. Ich kann sehr gut Deutsch sprechen und habe mich gut anpassen können. Ich hatte nie die Absicht zurückzukehren. Alles, was uns voneinander getrennt hat, war immer noch dort, die Repression, die Lebensgefahr ... Wieso sollte ich dorthin zurückkehren wollen?

Und danach?

2008 ist etwas Wundervolles passiert. Ich bin das erste Mal nach 13 Jahren in die Türkei gereist.

Der Moment, als ich mit meiner Mutter und meinen Geschwistern zusammenkam, war filmreif. Wir haben uns umarmt, geweint und waren fassungslos, uns wiederzusehen, nach all den Jahren mit so vielen Sehnsüchten …

Was hat Deine Mutter gemacht, als sie Dich zum ersten Mal sah?

Sie war überrascht, sie hatte sich wohl nicht vorstellen können, dass ich so gewachsen war. Ich bin danach fünf Jahre lang ständig in die Türkei gereist. Immer wieder habe ich mir die Frage gestellt: »Kann ich hier leben?« Es war sehr schwierig, das zu entscheiden.

In Deutschland hatte ich ein Leben und ein Umfeld, an das ich mich gewöhnt hatte. Ich hatte einen Freundeskreis. Ich war frei und konnte tun, was ich wollte. Ich habe eine Zeit lang in verschiedenen Bereichen gearbeitet. Aber am Ende habe ich mich dann entschieden, dass ich hierher zu meiner Familie gehöre, und bin vor sieben Monaten endgültig hierher zurückgekehrt.

Es gab sechs Kandidaten und ich habe die meisten Stimmen bekommen

Wie hast Du Dich entschieden, in die Politik zu gehen?

Ich war immer an Politik interessiert. Ich lese viel, verfolge die Entwicklungen und setze mich mit der kurdischen Geschichte auseinander. Natürlich haben mich meine Erlebnisse, das Leid, das ich erleben musste, dazu gebracht, aktiv in die Politik zu gehen.

Als Du endgültig in die Türkei zurückgekehrt bist, warst Du direkt in Cizîr?

Nein, zunächst in Mersin. Zwei, drei Wochen bin ich dort geblieben. Die Entscheidung, nach Cizîr zu fahren, war für mich nicht einfach, weil dort mein Vater ermordet worden war. Später habe ich mich zusammengerissen und bin voller Mut hierhergefahren. Ich habe unser altes Haus gefunden, ich bin die engen Straßen, auf denen ich als Kind gespielt hatte, entlanggelaufen. Nach 24 Jahren habe ich das Grab meines Vaters besucht. Am Grab habe ich dann gespürt: »Das ist der Ort, nach dem du suchst, das hier ist das, was du willst!« So habe ich gefühlt. Ich wollte für die Frauen meiner Heimat, für meine Bevölkerung etwas tun und habe deswegen meine Kandidatur angeboten. Es gab fünf weitere Kandidaten, ich habe mit einem Unterschied von 209 Stimmen gewonnen ...

Hat Dich niemand in Frage gestellt? Hat niemand gesagt »Was will eine, die jahrelang in Bremen gelebt hat, hier erreichen?«?

Ganz im Gegenteil, ich wurde sehr warmherzig empfangen. Jeder kennt meine Familie und das, was wir erlebt haben. Sie haben mich alle unterstützt.

Und traust Du Dir das auch selbst zu? Wirst Du alle Deine Pläne umsetzen können?

Natürlich, deshalb bin ich ja hier. Ich bin sehr glücklich, wenn ich für die Frauen etwas machen kann.

Was möchtest Du hier umsetzen?

Ich will Möglichkeiten schaffen, dass Frauen auf eigenen Füßen stehen können. Kooperativen aufbauen, Arbeitsmöglichkeiten schaffen und ihren Schritt in das gesellschaftliche Leben fördern. Es gibt noch vieles, was wir tun müssen, wir werden Schritt für Schritt alles umsetzen.

Wird es nicht problematisch mit der Doppelspitze, wenn zwei Personen zu einem Thema entscheiden müssen?

Nein, ganz im Gegenteil, es wird die Arbeit vereinfachen. Der Kovorsitz ist ein System, das die machtbesessene Mentalität nicht akzeptiert, das die Gleichheit zwischen den Geschlechtern nicht nur in der Theorie belässt, sondern praktisch umzusetzen versucht. Wenn nur die Soziologen, Psychologen,

Schriftsteller und Journalisten diese Arbeitsweise verfolgen würden. Dieses System bringt den Frauen große Freiheit.

Und wie wird dieses System praktiziert?

Cizîr hat eine Einwohnerzahl von insgesamt 140 000. Entscheidungen über Cizîr werden im Grunde nicht wir als Kovorsitzende treffen, sondern die ganze Bevölkerung von Cizîr. Die Möglichkeit für die Bevölkerung, selbst zu entscheiden, bezeichnen wir als »Demokratische Autonomie«. Die Verwaltung von Cizîr wird außer von uns beiden auch von unserem Rat und den Institutionen sowie von der gesamten Bevölkerung bewerkstelligt werden.

Dieses System gibt es nur bei der BDP und bei keiner anderen Partei, oder?

Nein, gibt es nicht, nirgendwo auf der Welt. Die BDP ist beim Thema Frauen die demokratischste Partei. Ich als Bürgermeisterin werde versuchen, meine Aufgaben mit Freude zu erfüllen. Das Schönste wird sein, wenn ich etwas beitragen kann. Für etwas zu kämpfen ist das Schönste überhaupt auf der Welt, und erst recht, wenn es für die Freiheit ist ...

Weil es in Deutschland kein Verbot gab, konnte ich meine Kultur behalten

Bist Du mit der kurdischen und der deutschen Kultur aufgewachsen?

Ich habe in deutschen Schulen gelernt und bin mit der deutschen Kultur aufgewachsen. Doch weil es in Deutschland kein Verbot gab, war ich nicht von meiner eigenen Kultur abgetrennt, sondern war noch stärker mit ihr verbunden. Ich habe sowohl deutschen als auch kurdischen Unterricht bekommen. Ich habe mich in kurdischen Musikvereinen engagiert ...

Dein Kurdisch soll im Gegensatz zu demjenigen vieler in der Türkei aufgewachsener kurdischer Frauen besser sein ... Wie kommt das?

Nicht nur, dass es hier keine kurdische Bildung gab, hier war es sogar verboten, überhaupt Kurdisch zu sprechen. Ich dagegen konnte zweimal in der Woche am kurdischen Sprachkurs teilnehmen. Deutsch habe ich sehr schnell gelernt ...

Wurdest Du in Deutschland nie ausgegrenzt?

In Deutschland gibt es keine Probleme, wenn man die Sprache spricht, der Kultur gerecht wird und erfolgreich ist. Auch das Auftreten ist wichtig. Ich habe mich diesen Bedingungen angepasst und sah auch modern aus.

Und irgendeine Unterdrückung?

Durch meine Familie oder mein Umfeld? Nein, keinerlei Unterdrückung. In Deutschland wurde mir nicht einmal geglaubt, dass ich Ausländerin bin. Ein Teil der Ausländer, die in Europa groß werden, bleiben zwischen zwei Kulturen. Auf der Straße sind sie mit der deutschen Kultur konfrontiert und zuhause mit ihrer eigenen. Sobald man sich von seiner eigenen Kultur entfernt, eignet man sich stark die deutsche Kultur an. Mir erging es nicht so, ich habe meine eigene Kultur immer wertgeschätzt. ♦

Leyla Imret auf einer Kundgebung gegen die Angriffe der Dschihadisten auf Kobanê   Foto: DIHA

Der tiefe Staat und seine Werkzeuge

Die Morde an Dink, Santoro, im Zirve-Verlag und in Paris sind das Werk derselben Gruppe

İsmet Kayhan, Journalist

Alperen Ocakları ist die Jugendorganisation der Partei der Großen Einheit *[BBP, rechtsextrem-islamistische Partei in der Türkei]*, deren ehemaliger Vorsitzender Muhsin Yazıcıoğlu 2009 bei einem zweifelhaften Hubschrauberabsturz ums Leben kam. Ihr Name taucht auf in Verbindung mit den Morden an dem jüdischen Geschäftsmann Üzeyir Garih 2001, dem katholischen Priester Andrea Santoro 2006, dem armenischstämmigen Journalisten Hrant Dink 2007, mit dem Massaker im christlichen Zirve-Verlag in Meletî (Malatya) 2007 und der Ermordung der drei kurdischen Aktivistinnen in Paris 2013. Die BBP, die Pogromstimmung und -aufmärsche gegen Kurden organisiert, wird in den letzten Jahren im Zusammenhang mit mehreren undurchsichtigen Morden genannt.

Mustafa Öztürk ist Vorsitzender der Alperen Ocakları in Trabzon. Er hat gestanden, dass die Ermordung Hrant Dinks von der Alperen-Ocakları-Gruppe in Trabzon geplant und dieser Plan acht Monate vor der Tat ausgeheckt worden sei. In seinem Verhör im Dezernat für Terrorbekämpfung am 22. März 2007 in Istanbul sagt er aus, dies nach dem Mord an Dink auch zwei nach Trabzon geschickten BBP-Inspekteuren mitgeteilt zu haben.

Nach dieser wenig interessierenden Aussage gibt er zu, dass im April oder Mai 2006 im Gebäude der Trabzoner Alperen Ocakları »die Erschießung von Dink« geplant worden sei.

Noch vor dessen Ermordung kommt es in Trabzon zu weiteren Fällen mysteriöser Gewalt. Bei einem davon handelt es sich um die Explosion in einer dortigen McDonald's-Filiale 2004. Zuvor kündigt Erhan Tuncel, Drahtzieher bei der Ermordung Dinks, in der Alperen-Ocakları-Hauptgeschäftsstelle in Ankara an, sie würden »im Ramadan die Türkei auf den Kopf stellen«.

Yasin Hayal jagt am 24. Oktober 2004 in Trabzon das McDonald's in die Luft. Sechs Personen, darunter fünf Kinder, werden dabei verletzt. Erhan Tuncel ist der Drahtzieher, der hinter Hayal steht und ihm sogar die Bombe hergestellt und übergeben hat. Die Trabzoner Polizei verhaftet ihn zwar nach der Explosion, lässt ihn dann aber wieder laufen. Tuncel wird später als Gegenleistung für die ausbleibende Verurteilung zum Informanten der Trabzoner Polizei. Alle Beweise gegen ihn werden unterdrückt.

Hayal sagt vor Gericht aus, er selbst habe die Bombe hergestellt. Obwohl an dieser Tat mehr als eine Person beteiligt waren und sie politisch motiviert war, stufen Polizei und Staatsanwaltschaft in Trabzon diesen Fall nicht als »terroristisch« ein, sondern als Straftat. Ansonsten wären auch die Verbindungen zur Organisation untersucht worden. Doch das bleibt aus. Hayals Rechtsanwalt beantragt nach 11 Monaten, während das Verfahren noch läuft, die Entlassung aus der Untersuchungshaft und erreicht sie. Die erste Anlaufstelle Hayals

nach seiner Entlassung ist der Sitz der Antiterroreinheit der Trabzoner Polizei.

Das Gericht in Trabzon verkündet am 14. Juni 2006 das Urteil im Falle der Explosion bei McDonald's und verurteilt Yasin Hayal zu 6 Jahren und 8 Monaten Gefängnis. Aber da die Frist zur Berufung durch das Revisionsgericht abgewartet werden soll, wird er nicht erneut verhaftet.

Gülen-Gemeinde und BBP Hand in Hand

Nach diesen Geschehnissen beginnt Hayal, die Ermordung Hrant Dinks zu planen.

Das berichtete Erhan Tuncel am 17. Februar 2006 der Polizei in Trabzon, was er auch später wiederholt. Die Tatsache, dass die Schlüsselpersonen bei der McDonald's-Explosion und dem Mord an Dink dieselben sind, bedarf einer näheren Betrachtung. Aber darüber liegt ständig eine »schützende Hand«. Manche sind der Meinung, sie gehöre der Bewegung von Fethullah Gülen, andere sagen, dem türkischen »tiefen Staat«.

Erhan Tuncel ist in einem der Işık-(Licht-)Häuser der Gülen-Bewegung aufgewachsen und BBP- und Alperen-Ocakları-Mitglied. Er ist »Nachrichtenlieferant« für Ramazan Akyürek, Polizeichef von Trabzon. Tuncel steht Akyürek so nahe, dass er ihn »Bruder Ramazan« nennt. Dass er zudem auf Muhsin Yazıcıoğlus Reise nach Elaziz (Elazığ) dessen Bodyguard ist, wird im Nachhinein durch Fotos bekannt. Ramazan Akyürek gehört der Gülen-Bewegung an. Er war vor dem Mord an Dink Chef des Polizeinachrichtendienstes und wird nachher zum Chef des Aufsichtsrats des Polizeipräsidiums befördert.

Ali Fuat Yılmazer ist der damalige Direktor der Abteilung C des Polizeinachrichtendienstes. Er steht zusammen mit Akyürek auf einer »Liste mit 57 Namen von Gülen-Anhängern im Sicherheitsapparat«, die der Vertreter des Generaldirektors des Sicherheitsdienstes, Necati Altıntaş, Anfang 2008 an fünf wichtige staatliche Stellen leitet.

Im Bericht des Aufsichtsrats des Ministerpräsidentenamtes mit der Unterschrift von Ministerpräsident Recep Tayyıp Erdoğan heißt es: »Yılmazer hat trotz Warnungen Dink nicht geschützt.« Es wird darin festgestellt, dass Yılmazer die Mordplanung verheimlicht und übergeordnete Stellen nicht benachrichtigt habe. Trotz solcher schwerwiegender Anschuldigungen wird keinerlei Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Ganz im Gegenteil wird er noch mit einem höchsten Posten bei den Ergenekon-/Balyoz-Razzien belohnt.

Yasin Hayal wirft die von Erhan Tuncel erhaltene Bombe auf das McDonald's-Gebäude. Er gibt Ogün Samast die Waffe, mit der Dink ermordet wird. Er wird festgenommen. Während seiner Zeit im Gefängnis helfen ihm ständig Führungsleute der BBP. Denn auch Hayal ist Mitglied von Alperen Ocakları.

Salih Hacısalihoğlu besorgt die Kugeln, die Dink töten. Er steht in Verbindung mit der BBP. Sein Vater war 2004 Bürgermeisterkandidat der BBP.

Dinks Mörder Ogün Samast geht bei den Alperen Ocakları ein und aus.

Die Verbindungen von Yasin Hayal, Erhan Tuncel und Ogün Samast zur Partei der Großen Einheit und zur Fethullah-Gülen-Bewegung werden offiziell niemals untersucht.

Ohne Ausnahme sind die Täter dieser Morde und der Explosion bei McDonald's Militante der BBP und der Alperen Ocakları. Und unter der Kontrolle der Fethullah-Gülen-Bewegung. Auch der Richtermörder im Staatsrat 2006, Alparslan Arslan, ist ein im Işık-Haus von Gülen aufgewachsener BBP-Militanter.

Nach der Ermordung Hrant Dinks äußert sich Muhsin Yazıcıoğlu:

»Wir akzeptieren es nicht, dass mit den Worten ›Wir sind alle Hrant, wir sind alle Armenier‹ Staat und türkisches Volk auf die Anklagebank gesetzt werden. So wie bei Dink müssten die Reaktionen mit derselben Sensibilität auch für die gefallenen Mehmetçiks *[Synonym für einfache türkische Soldaten]*, Polizisten und türkischen Staatsbürger erfolgen. Wollen wir in unserem Land Ruhe und Frieden, dürfen wir keine Doppelmoral gelten lassen. Warum reagieren wir nicht auf die Zustände in Palästina, Tschetschenien und Bergkarabach?«

Priester Santoro, das erste Glied

5. Februar 2006 ... Der katholische Priester Andrea Santoro wird in Trabzon in der Kirche Santa Maria während seines Gebets getötet. Sein Telefon ist vor seiner Ermordung vom Staat mit der Behauptung, er sei »Pontus-Grieche«, abgehört und er selbst überwacht worden. Die Mutter seines Mörders Oğuzhan Akdin ist Mitglied der AKP-Frauengruppe, der Vater MHPler *[Partei der Nationalistischen Bewegung, rechtsextreme Partei in der Türkei]*.

Die Morde an Santoro und Dink, im Zirve-Verlag in Meletî und an den drei Frauen der kurdischen Bewegung in Paris müssen als Ganzes gesehen werden.

Der Journalist Ertuğrul Mavioğlu macht in seinem Artikel vom 14. August 2008 bei »bianet« mit Verweis auf die in den Unterlagen zur Ergenekon-Anklageschrift durch das Auskunftsamt des Ägäischen Heeres aufgelisteten Städte mit missionarischen Aktivitäten darauf aufmerksam, dass sich dort Angriffe auf Christen verstärkten.

Auffällig ist die Gemeinsamkeit bei all diesen Angriffen, da alle Verhafteten entweder minderjährige oder verwirrte Personen sind.

Auch nach dem Mord an Santoro wird der damals 16-jährige Oğuzhan Akdin als einziger Täter festgenommen. Doch es wird nicht weiter auf die Fragen eingegangen, wie ein 16-Jähriger an eine 10 000 Lira teure Glock-Waffe gelangte, wie ein Jugendlicher dieses Alters aus großer Entfernung zwei gezielte Schüsse abgeben konnte, welche Rolle der Polizist Muhittin Zenit bei den Morden an Dink und Santoro spielte, dass der im Dink-Fall Verdächtige Yasin Hayal den Priester Santoro geschlagen hatte und vieles mehr.

Der Jurist und Autor Orhan Kemal Cengiz bewertet den Mord am Priester Santoro mit dem anschließenden Mord an Hrant Dink und das Massaker im Zirve-Verlag in Meletî als Startsignale.

Er betont, dass die Mörder in diesen drei Fällen dasselbe Profil zeigten, und beschreibt die jungen Leute so: »Ihr Alter liegt zwischen 17 und 19 Jahren, sie sind überaus nationalistisch, haben auf irgendeine Weise mit dem staatlichen Geheimdienst



»Wir sind alle Hrant – Wir sind alle Armenier« | Gedenken am 7. Jahrestag der Ermordung von Hrant Dink in Istanbul Foto: DIHA

zu tun und passen genau in das Bild des jungen Gesindels, das in das Ergenekon-Konzept passt und das es zu organisieren gilt.«

Er sagt weiter, dass die Gesellschaft nach dem Mord an Santoro den Fall als »Tötung des christlichen Geistlichen durch einen zornigen Jungen« kommentiert und ihn erst nach dem Massaker im Zirve-Verlag damit in Beziehung gesetzt habe. Die Akte Santoro wird, noch bevor jemand etwas verstanden hat, sehr schnell geschlossen.

Diskussion über Missionare auf der MGK-Versammlung 2001

Das erste Mal wurde 2001 im Nationalen Sicherheitsrat (Milli Güvenlik Kurulu – MGK) darüber diskutiert, missionarische Aktivitäten als Gefahr zu betrachten. Ab 2002 wurde das Thema Missionare erneut auf die Tagesordnung des MGK gesetzt und, um den Nährboden für die später geplanten Morde zu schaffen, auf jeder MGK-Versammlung wieder aufgenommen. In zeitlicher Parallele erstellte die Handelskammer Ankara einen auffälligen Bericht über Missionarstätigkeiten. Darin werden Minderheiten als »Feinde« bezeichnet.

Nach dem Massaker im Zirve-Verlag kommt es in Samsun, Amed (Diyarbakır), Mersin und Izmir zu ähnlichen Mordversuchen. Der wichtigste davon die Vorbereitung eines Anschlags auf den Bürgermeister der Stadt Amed, Osman Baydemir.

Dieselbe Gruppe bei den Pariser Morden?

Es wird jetzt erkennbar, dass dieselbe Gruppe ihre Finger auch in den Pariser Morden hatte. Es gibt Hinweise darauf, dass bei den Morden an Sakine Cansız, Leyla Şaylemez und Fidan Doğan die Gülen-Bewegung und Alperen Ocakları gemeinsam aktiv waren.

Der Tatverdächtige Ömer Güney selbst stammt aus dem Nachbardorf Muhsin Yazıcıoğlus, Polatpaşa. Seine Familie ist nationalistisch eingestellt. Auf der persönlichen Facebook-Seite Güneys verherrlichen Schriften, Fotos und Gedichte Yazıcıoğlu. Kurz nach den Morden lässt sich sein Onkel Zekayi Güney in der Zeitung »Taraf« vernehmen: »Wir sind Patrioten und unterstützen als gesamte Familie Yazıcıoğlu. Wir sind mit seiner Partei auf einer Linie. Wir glauben nicht daran, dass Ömer in solche Sachen verstrickt ist. Falls ja, dann hat ihn jemand benutzt. Eine solche Tat kann nicht allein ausgeführt werden und sie müssen die Organisation dahinter ausfindig machen.«

Bayık verweist auf die Gülen-Gemeinde und die BBP

Der Kovorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Cemil Bayık, wies jüngst in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ANF im Zusammenhang mit der Ermordung der drei Revolutionärinnen in Paris auf die Gülen-Bewegung hin: »Der Parallelstaat, im Zentrum der Fethullah-Anhänger, entwirft Pläne und zeigt eine Politik, unsere Bewegung zu vernichten. Daher besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie auch beim Massaker in Paris eine Rolle spielen.« Bayık machte auch auf die Verbindungen des Tatverdächtigen aufmerksam: »Es gibt Hinweise, dass der Verdächtige in Beziehung zu den Fethullahisten stehen könnte. Es gibt Hinweise, sogar Beweise, dass er eine organische Verbindung mit der Partei der Großen Einheit hat. Die Beziehungen zwischen BBP und Fethullahisten haben sich geändert. Sie sind sehr eng. Während der Staat vor 1980 die MHP benutzte, hat er sich nach dem 12. September des Parallelstaats und der BBP bedient, die sich im Staat eingenistet hatten und ihre Hegemonie aufbauen wollten. Die Fethullahisten sind innerhalb des Staates in der Polizei und der Justiz sehr stark. Sie stehen in enger Beziehung zur BBP. Das zeigt auch die Realität, dass die BBP hinter den schmutzigen Morden der letzten Jahre steckt. Es ist anzunehmen, dass die Alperen Ocakları in den Fällen des Priesters Santoro, Hrant Dinks, Meletîs und vieler anderer ihre Finger im Spiel haben. Die Hinweise und Informationen verdichten sich, dass die Person, die das Massaker in Paris verübt hat, aus diesem Umfeld kommt.«

»Sie haben unser Feld schon vor langer Zeit gepflügt«

Seit Beginn der 2000er Jahre wurden türkeibezogen mehrere Morde verübt. Kein einziger dieser Morde ist aufgeklärt worden. Sie scheinen in den letzten zehn Jahren mit zunehmender Deutlichkeit auf die BBP und die Gülen-Bewegung hinzuweisen.

Die Basis der Jugendlichen im Umfeld der Alperen Ocakları wird offenbar auf außerordentliche Operationen vorbereitet. Denn auf die Frage des Journalisten Şamil Tayyar »Sie haben das Leid dieser Arbeit zu spüren bekommen, warum gewinnen Sie nicht die Kontrolle über Ihre Organisationen?« antwortete Muhsin Yazıcıoğlu: »Ich versuche mein Bestes, um das abzuwehren. Aber sie haben unser Feld schon vor langer Zeit gepflügt … Wir sind in diesem Land umgeben von gepflügten Feldern. Auf einem Feld, auf dem ständig dasselbe angebaut wird, müssen wir für das Klima Fürbitte leisten. Wird die MHP nicht deshalb gelobt, weil sie gut auf ihr Feld achtet?« ♦

Allianzen und Rivalitäten und die islamistische Destabilisierung

Die Sackgasse des Mittleren Ostens und des Iraks

Mustafa Delen, 07.04.2014

Als die »arabischen Aufstände« ausbrachen, ergriff die Herrschenden in den Golfstaaten eine große Furcht. Sie gerieten geradezu in Panik. Allen voran die Herrscher Saudi-Arabiens, gefolgt von denjenigen Kuwaits, der Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrains, Omans und Katars, griffen zu außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen, um ihre Monarchien vor den Aufständen zu schützen. Unter all diesen Ländern, die alle auch Mitgliedsstaaten im »Golfkooperationsrat« sind, verfolgt allein Katar eine abweichende Politik. Denn es hat, trotz der Warnungen der Saudis, im Gegensatz zu den anderen Staaten seine Beziehungen zum politischen Islam nicht abgebrochen, sondern sogar intensiviert.

Katar ist ein Land, das für seinen Reichtum bekannt ist. Es verfügt über eines der weltweit höchsten Pro-Kopf-Bruttoinlandseinkommen. Doch wie kommt es, dass ein solcher Staat ganz offen zugibt, die Muslimbruderschaft (Ihvan-i Müslim) in der Region zu unterstützen? Im Falle von Tunesien und Ägypten freute sich der Emir Katars, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, darüber, dass sie die Macht an sich gerissen hatte. Vermutlich ging er davon aus, dass sie – als Strömung des gemäßigten Islams – sich in der Region etablieren würde, was wiederum zu einer politischen Stärkung des eigenen Landes führen würde. Doch wie der Verlauf des Putsches in Ägypten zeigte, täuschten sich die Machthaber Katars in dieser Einschätzung.

Der Putsch in Ägypten war nicht allein die Folge der gesellschaftlichen Widersprüche im Lande. Auch der Einfluss Saudi-Arabiens und der USA auf diese Entwicklung kann nicht geleugnet werden. Vor allem die Saudis gaben kein grünes Licht für die Muslimbruderschaft. Ohne den Putsch in Ägypten wäre heute der Zustand der Muslimbruderschaft in Syrien und somit auch der Freien Syrischen Armee (FSA) sicherlich erheblich besser.

> So kämpfen zwar selbstverständlich im syrischen Bürgerkrieg die Kräfte des Assad-Regimes gegen oppositionelle Kräfte. Aber es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass hinter ihnen zugleich auch andere Mächte stehen.

Dieser durchaus riskante politische Kurs Katars beruht vor allem auf dem Wunsch, unter den Golfstaaten und insbesondere gegenüber Saudi-Arabien als politische Macht aufzusteigen. Aus diesem Grund unterstützt Katar in der Region oft diejenigen politischen Gruppen, die in Konkurrenz zu den von den Saudis protegierten Gruppen stehen. Haben die Saudis in Ägypten die Salafisten und Mubarak unterstützt, so stand Katar hinter der Muslimbruderschaft. In Palästina unterstützten die Saudis die Fatah, und so steht Katar aufseiten der Hamas. Und im Libanon positionierten sich die Saudis aufseiten der Hariri-Familie, während Katar Beziehungen zur Hizbollah herstellte. Auch wenn in letzter Zeit der politische Druck auf Katar steigt, hat es bislang seinen politischen Kurs nicht bedeutend verändert. Zugleich sei angemerkt, dass es im eigenen Land ebenso wie alle anderen Golfstaaten keiner Gruppierung aus dem Spektrum des politischen Islams auch nur den Ansatz einer politischen Organisierung gestattet. So folgte aus Verhandlungen im Jahr 1999, dass die Muslimbruderschaft ihre Organisierung in Katar auflöste. Im Gegenzug nahm ihre Unterstützung durch Katar in anderen Ländern klare Konturen an. Auch wenn das auf den ersten Blick wie ein Widerspruch erscheint, so gehört diese Politik doch zum Standardrepertoire der Machtkonsolidierung im Mittleren Osten.

Auch Saudi-Arabien verfährt da nicht sonderlich anders. Im eigenen Land gibt es eine »Null-Toleranz-Politik« gegenüber dem politischen Islam. Im Ausland gehört es dennoch zu den Top-Spendengebern der Al-Qaida und weiterer salafistischer Gruppierungen. Dass die Saudis gleichzeitig die Muslimbruderschaft, die Al-Nusra-Front und ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien)

zu Terrororganisationen erklärt haben, dient vor allem Imagezwecken. Denn es ist bekannt, dass die Al-Qaida sowohl im Irak als auch in Syrien mit Geldern aus Saudi-Arabien finanziert wird. Weshalb die Saudis das tun, lässt sich vor allem mit ihrer Gegnerschaft zum Iran und zur sogenannten »schiitischen Achse« erklären.

> Sowohl in Syrien als auch im Irak werden die Fronten täglich klarer. In beiden Staaten wird mehr ein religiöser denn ein ethnischer Krieg ausgetragen. Die Konfliktlinien verlaufen vor allem zwischen der sunnitischen und der schiitischen Bevölkerung.

Jede Analyse des Krieges in Syrien oder der Anschläge im Irak bleibt ohne eine Einbeziehung der Rolle der Golfstaaten ungenügend. So kämpfen zwar selbstverständlich im syrischen Bürgerkrieg die Kräfte des Assad-Regimes gegen oppositionelle Kräfte. Aber es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass hinter ihnen zugleich auch andere Mächte stehen. So unterstützt der Iran das syrische Regime, die Saudis unterstützen die Al-Qaida-Gruppierungen in Syrien, und Länder wie Katar und die Türkei unterstützen die FSA und Gruppierungen, die der Muslimbruderschaft zuzurechnen sind. Und natürlich setzen diese »Unterstützerstaaten« gleichzeitig alles daran, die von ihnen unterstützten Gruppierungen von ihrem eigenen Staatsterritorium fernzuhalten. Dies gelingt vor allem Saudi-Arabien und dem Iran sehr gut.

Ein weiterer Staat, in dem etliche äußere Mächte mitmischen, ist der Irak. Während das Land sich derzeit auf die Parlamentswahlen vorbereitet, finden die täglichen Meldungen über Bombenanschläge kein Ende. Zu den meisten dieser Anschläge hat sich interessanterweise bis heute niemand bekannt. Es gibt aber keinen Zweifel daran, dass die Al-Qaida-Gruppe ISIS dahintersteckt.

Spendenaktion für Rojava in Silêmanî/Südkurdistan Foto: ANF

Meiner Meinung nach wird im Irak die Unterstützung von Al-Qaida durch die Benachteiligung der sunnitischen Bevölkerung verstärkt. Während im Norden des Landes die Kurden einen Teil des Staates kontrollieren, wird der Süden von den Schiiten dominiert. Die Sunniten, die geografisch in der Mitte des Landes leben und etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, werden von Leitungspositionen im Staat systematisch ferngehalten. Das trägt dazu bei, dass sich der Bruch zwischen der sunnitischen Bevölkerung und dem irakischen Staat vertieft und somit auch die Instabilität der Gesamtlage verstärkt. Die Annäherung zwischen der sunnitischen Bevölkerung und Al-Qaida ist also auch teilweise auf die Politik der Herrschenden in Bagdad zurückzuführen. Hätte die Regierung Al-Maliki alle Teile der Bevölkerung an der Politik beteiligt, sähe die Lage im Irak heute anders aus.

Die ISIS-Kräfte haben in den letzten Monaten wichtige Teile der Regionen um Mûsil (Mossul) und des Gouvernements Al-Anbar unter ihre Kontrolle gebracht. Dadurch ist es ihnen gelungen, sowohl die von ihnen kontrollierten Gebiete im Irak und in Syrien miteinander zu verbinden als auch ein Tor zu anderen arabisch-sunnitischen Staaten wie Saudi-Arabien oder Kuwait zu öffnen. ISIS wirft der Regierung von Bagdad konfessionelles Handeln vor. Und damit haben sie einen Großteil der sunnitischen Bevölkerung hinter sich. In Al-Anbar wollen sie nun den Artikel 140 der irakischen Verfassung ins Spiel bringen. *[Artikel 140 sieht ein Referendum vor über die Zugehörigkeit zum kurdischen Autonomiegebiet oder zur irakischen Zentralregierung. Es ist bisher mehrmals verschoben, aber nie durchgeführt worden.]* Diese Provinz Al-Anbar ist wie ein Gürtel, der den kurdischen Norden Iraks vom schiitischen Süden trennt. ISIS hat sich in dieser Region das Machtvakuum zunutze gemacht, denn weder die Zentral- noch die Regionalregierung hat dort etwas zu sagen. Aus diesem Grund wirkt in dieser vernachlässigten Region des Landes jede Unterstützung, welche die Mitglieder von ISIS der Bevölkerung bieten, als effektives Propagandamittel für die Islamisten.

Diese ISIS-Politik ist eigentlich nicht besonders neu. Aus ihrem Namen geht bereits hervor, dass sie Teile des Iraks und Syriens in einem sunnitisch-islamischen Emirat verbinden wollen. Al-Anbar wäre das Herzstück eines solchen Gebildes. Daher konzentriert sich diese Organisation im Irak auf dieses Gebiet.



Auf beiden Seiten der Grenze zwischen Rojava und der Autonomen Region Kurdistan/Nordirak protestiert die Bevölkerung gegen die Befestigung und Schließung der Grenze durch die Regierungspartei PDK. Foto: ANF

Sowohl in Syrien als auch im Irak werden die Fronten täglich klarer. In beiden Staaten wird mehr ein religiöser denn ein ethnischer Krieg ausgetragen. Die Konfliktlinien verlaufen vor allem zwischen der sunnitischen und der schiitischen Bevölkerung. Deshalb spielen bei den Auseinandersetzungen in Syrien sowie bei den Bombenanschlägen im Irak sowohl der Iran als auch Saudi-Arabien eine nicht zu unterschätzende Rolle.

All diese Entwicklungen haben selbstverständlich auch Auswirkungen auf Südkurdistan. ISIS bedroht dort vor allem Kerkûk (Kirkuk) und das von der YNK (Patriotische Union Kurdistans) kontrollierte Silêmanî (Sulemaniye). Was auch damit zusammenhängt, dass ISIS in der YNK eine Verbündete der Al-Maliki-Regierung und des Irans sieht. Ein weiterer Grund ist, dass die YNK im Gegensatz zur PDK (Demokratische Partei Kurdistans) die Revolution in Rojava unterstützt. Beide Gründe verleiten ISIS dazu, ihre Angriffe vor allem auf diejenigen Gebiete Südkurdistans zu konzentrieren, in denen die YNK stark organisiert ist.

Die politische Krise zwischen der Regionalregierung Südkurdistans und der Zentralregierung von Bagdad hält unterdessen weiter an. Grund hierfür sind vor allem die Ölförderverträge, welche die Regionalregierung unabhängig von Bagdad abschließt und mit denen sie Erdöl über die Türkei an europäische Staaten liefern will. Als Gegenmaßnahme setzt die Zentralregierung auf die Aussetzung des Haushaltsbudgets für die südkurdische Regierung. Nach der irakischen Verfassung werden alle Bodenschätze und natürlichen Ressourcen als nationaler Reichtum betrachtet. Insbesondere im Falle des Erdöls ist das explizit niedergelegt. Das Erdöl des gesamten Iraks soll demnach der Kontrolle des staatlichen Unternehmens SOMO unterliegen. Sowohl die Förderung als auch der Verkauf und die Verteilung der Erlöse werden von diesem Unternehmen durchgeführt. Die südkurdische Regierung hält sich allerdings nicht an diese Bestimmung und will die Entscheidungen über das in ihren Gebieten geförderte Erdöl selbst treffen, auch wenn das gegen die Gesetze des Iraks verstößt. Auf der anderen Seite hat die Regierung in Bagdad bis dato der südkurdischen Regierung das ihr zustehende Budget von 17 % des Staatseinkommens weder regelmäßig noch vollständig zukommen lassen.

Zusammengefasst sieht es so aus, dass die konfessionellen Widersprüche und politischen Krisen im Irak zunächst einmal weiter anhalten werden. Das trifft umso mehr zu, wenn man bedenkt, wie sehr das Land derzeit für die Steuerung von außen anfällig ist: Die schiitische Bevölkerung wird von der Regierung in Bagdad beeinflusst und gelenkt, die sunnitische Bevölkerung steht unter starkem saudischem Einfluss, und Südkurdistan ist politisch und wirtschaftlich eng an die Türkei gebunden. Von einer Unabhängigkeit des Iraks zu sprechen, ist also offensichtlich Selbstbetrug.

Begleitet von all diesen Problemen wird die irakische Bevölkerung am 30. April an die Wahlurnen treten und ihre Abgeordneten wählen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die neugewählte Regierung mit den beschriebenen Problemen auseinandersetzen wird. ♦

Humanitäre Hilfe als Waffe

Warum keine humanitäre Hilfe an die Flüchtlinge in Rojava fließt

Devriş Çimen, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Syrien ist längst nicht mehr der Ort, an dem ein Aufstand stattfindet, Syrien entwickelte sich in ein Schlachtfeld eines internationalen Stellvertreterkrieges. Neben mehr als 140 000 Menschen, die seit März 2011 getötet wurden, sind Millionen Flüchtlinge die Opfer dieser grausamen Tragödie.

Auch die Genf-II-Konferenz hat zu keinem vernünftigen Ergebnis geführt. Das Agieren der regionalen und internationalen Konfliktparteien beschränkt sich auch nach Genf II weiterhin im Wesentlichen auf die Unterstützung ihrer Bündnispartner in Syrien. Mit Waffen, Kämpfern, Geld, Infrastruktur etc. werden die Auseinandersetzungen weiter angeheizt, statt mit ernsthaften Gesprächen nachhaltige Lösungen zu suchen und zu fördern.

Radikale Islamisten rekrutieren Kämpfer in allen Teilen der Welt für den Heiligen Krieg (»Dschihad«) auch im Norden und Nordosten von Syrien, in Rojava, wo KurdInnen und andere Ethnien leben. Die dortige Bevölkerung ist ins Zentrum eines schmutzigen Krieges zwischen dem Regime und verschiedenen dschihadistischen Gruppen gerückt worden. Der Krieg und damit die Zerstörung gehen weiter, obwohl in den kurdischen Regionen eine demokratische Selbstverwaltung aufgebaut wurde und in vielen weiteren Regionen Syriens Teile der Freien Syrischen Armee (FSA) ihren bewaffneten Kampf auf Bitten der Bevölkerung eingestellt haben. Auch dort kämpfen hauptsächlich die ausländischen Söldner islamistischer Ausrichtung weiter. Das Sterben geht weiter und die Fluchtbewegungen halten an.

Flucht und Flüchtlinge

Rund 40 Prozent der syrischen Bevölkerung befinden sich auf der Flucht. Das heißt: Neben den rund drei Millionen Menschen, die in die Nachbarländer (allein in die Türkei und in den Libanon jeweils rund eine Million), und etwas mehr als zehntausend, die nach Europa geflohen sind, gibt es mehrere Millionen Binnenflüchtlinge. Laut UN sind insgesamt neun Millionen SyrerInnen auf der Flucht.[1] Viele der Binnenflüchtlinge fliehen in die Region Rojava, die als weitgehend sicher gilt. Rojava konnte bisher vor den schwersten Auswirkungen des Krieges aufgrund des Beharrens auf einer politischen Lösung des Konflikts und der entschlossenen Verteidigung der Region sowohl gegenüber den Regime-Kräften als auch gegenüber islamistischen Banden weitgehend geschützt werden. In Rojava, das aus den Kantonen Cizîre, Efrîn und Kobanê besteht, wurden seit 2012 mehr als 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge aufgenommen.[2] Die nötigen internationalen Hilfslieferungen für die Binnenflüchtlinge können u. a. nicht stattfinden, weil die Verantwortung dafür von einem auf den anderen geschoben wird. Auch die Flüchtlinge in Rojava finden in diesem »diplomatischen und politischen« Wirbel keine entsprechenden Ansprechpartner für eine angemessene Unterstützung. Dort hat man die Flüchtlinge aufgenommen, damit sie nicht zwischen den Mühlsteinen der Dschihadisten und dem Assad-Regime zermalmt werden. Ein solches Vorgehen entspricht den humanistischen Ansprüchen und ist das Mindeste, was getan werden muss. Doch wie weiter, wenn Rojava zwischen Embargo und politischen Sanktionen mit der Verantwortung für die Flüchtlinge alleingelassen wird? Die Türkei und auch die Autonome Region Kurdistan im Nordirak (Südkurdistan) setzen alles daran, die Grenzen noch undurchdringlicher zu machen.

In Rojava wurde das Projekt der demokratischen Selbstverwaltung am 6. Januar 2014 durch einen Gesellschaftsvertrag gefestigt.[3] Zwei Wochen später wurden regionale Übergangsregierungen gebildet, an denen sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen beteiligt wurden. Eine solche demokratische Struktur könnte Vorbild für die Lösung der Konflikte in Syrien

1 Syrien: 3 Jahre Krieg - 9 Millionen Menschen auf der Flucht (http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/aktuelles-details/article/syrien-3-jahre-krieg-9-millionen-menschen-auf-der-flucht.html)

2 Aufruf: Das kurdische Rojava in Syrien braucht Hilfe in der Not (http://www.medico.de/themen/aktion/dokumente/hilfe-fuer-rojava/4605/)

3 Modell für ein föderales und demokratisches Syrien – Der Gesellschaftsvertrag von Rojava (http://civaka-azad.org/pdf/info7.pdf)

sein, um die Gesellschaft mit einer friedlichen Zukunftsperspektive aus dem jetzigen Chaos zu transformieren. Gerade das ist jedoch Regionalmächten und Dschihadisten aus dem Al-Qaida-Netzwerk ein Dorn im Auge. Die Türkei, Saudi-Arabien und Katar unterstützen die dschihadistischen Gruppen mit allem, um eine Stabilisierung der kurdischen Regionen Syriens mit allen Mitteln zu verhindern. Folge davon sind anhaltende Massaker an der Zivilbevölkerung. Auch das Assad-Regime will eine weitere stabile Entwicklung dieser Region, auch für die jetzt dort lebenden Binnenflüchtlinge, verhindern.

Daher hat sich die humanitäre Notlage in Syrien und Rojava mittlerweile zu einer Tragödie entwickelt.

Doch in diesem beschriebenen Trauerspiel geschieht eine weitere Tragödie, deren Ursache in den vermeintlichen Regelungen der Staatengemeinschaft – besser gesagt in der am politischen Kalkül orientierten Auslegung der Regeln – liegt. Laut UN ist Syrien noch ein Staat, dessen »Souveränität« nicht verletzt werden darf. Als Grund dafür, dass keine humanitäre Hilfe nach Rojava möglich sei, wird angegeben, dass Rojava seitens des Zentralstaates unter Assad nicht offiziell anerkannt wurde. Das Assad-Regime lässt eine direkte humanitäre Hilfe an die befreiten Regionen Syriens nicht zu. Dass es sich dabei um einen Vorwand handelt, ist ziemlich offensichtlich. Aus anderen Regionen der Welt wissen wir, dass sich über Hilfsorganisationen und NGOs Hilfslieferungen organisieren lassen – wenn es politisch gewollt ist. Dafür gibt es unzählige Beispiele. Die UN-Nothilfekoordinatorin Valerie Amos sagte am 16.12.2013 in einer Erklärung: »Im vierten Jahr dieser entsetzlichen Krise rechnen wir damit, dass 2014 rund drei Viertel aller Syrer humanitäre Unterstützung benötigen. Die internationale Staatengemeinschaft, die Vereinten Nationen, der Rote Halbmond und NGO-Partner werden weiter lebensnotwendige Hilfe für alle Schutz suchenden Frauen, Kinder und Männer des Konflikts zur Verfügung stellen.«[4]

Die internationale Unterstützung?

Wir alle wissen, dass zu Beginn des Krieges die Solidarität mit den Regierungsgegnern sehr groß gewesen ist. Es ist fraglich, ob – und wenn warum – die finanzielle und logistische Unterstützung der Freien Syrischen Armee (FSA) und der syrischen Opposition nach UN-Verständnis völkerrechtlich nicht angezweifelt wurde, die humanitäre Hilfe an NGOs in Rojava im Gegensatz dazu schon.

Wenn wir davon ausgehen, dass das Assad-Regime seine Legitimität längst verloren hat und politisch Syrien nicht mehr allein vertreten kann (auf dieser Grundlage fand die Genf-II-Konferenz statt), dann sollte dieses Verständnis doch auch für humanitäre Hilfe gelten.

In Rojava wurde das Assad-Regime größtenteils aus den Städten und Kommunen gedrängt. Lediglich in Qamişlo (Qamischli) sind der Grenzübergang zur Türkei und der Flughafen noch unter Kontrolle der Zentralregierung. Dort leben neben den KurdInnen und anderen Bevölkerungsgruppen auch einige regimetreue arabische Stämme und Familien. Das ist ein Grund dafür, dass die KurdInnen sensibel mit der dortigen Situation umgehen. Die Volksverteidigungseinheiten YPG könnten den Flughafen von den Regimekräften befreien, aber das würde mit Sicherheit die Bombardierung der ganzen Region durch das Regime nach sich ziehen und würde tausende Menschenleben kosten.

Doch in der Autonomieregion Cizîre, in deren Hauptstadt Qamişlo, sind ansonsten die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen organisiert und dienen den Interessen und Belangen der Bevölkerung der Region. Es gibt dort z. B. Kommissionen, die sich um die Binnenflüchtlinge aus anderen Städten wie Rakka, Deir a Zor, Homs, Damaskus, Al Hasake usw. kümmern. Darüber hinaus setzen sich diese Kommissionen für humanitäre Hilfe ein und versuchen mit den vorhandenen Mitteln Krankenhäuser oder Institutionen, die das Gesundheitswesen organisieren, zu versorgen.

Doch es fehlen die nötigen Ressourcen. Die autonomen Regionen blieben aufgrund ihrer Stabilität und des Zusammenhalts der Bevölkerung größtenteils vom Krieg verschont. Es scheint fast so, als würden die Türkei, die Autonomieregierung im Nordirak (Südkurdistan) und die internationale Staatengemeinschaft nach dem Motto handeln: »In diesen Regionen wurde nicht genügend Krieg geführt, also werden wir sie durch ein Embargo von Hilfsgütern und das Schließen der Grenzen bestrafen.« Neben den 1,3 Millionen Menschen, die in Cizîre leben, haben dort über 500 000 Binnenflüchtlinge Zuflucht gefunden.[5] Dies sind meist Kinder und Frauen, die in großen Gebäuden, Schulen, Turnhallen oder bei Familien aufgenommen wurden. Die Situation der Binnenflüchtlinge ist aus den genannten Gründen prekär. Es mangelt sowohl an Nahrung, Trinkwasser und medizinischer Versorgung als auch an geeigneten Unterkünften. Auch die nötigen Flüchtlingscamps für Unterkünfte können in der Region nicht aufgebaut werden, weil man keine Ausstattung und keine Erfahrung besitzt – und

4 Syrien-Krise: Größter UN-Spendenaufruf aller Zeiten (http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/aktuelles-details/article/syrien-krise-groesster-un-spendenaufruf-aller-zeiten.html)

5 Für die Ermöglichung hunamitärer Hilfe in den kurdischen Provinzen Syriens – Rojava (http://civaka-azad.org/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/562-fuer-die-ermoeglichung-humanitaerer-hilfe-in-den-kurdischen-provinzen-syriens-rojava.html)

zudem keinerlei Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen, wie des UNHCR, dort ankommt.

Wenn das UNHCR Hilfe für die Region organisiert, dann kommt diese nicht in die Strukturen, die sich um die humanitäre Notlage in der Region kümmern, sondern sie geht an die Hilfsorganisationen des Assad-Regimes – also die Mitverursacher von Flucht und Notlage. Auf diese Weise werden die Menschen dazu genötigt, dass Assad-Regime auf Knien um Hilfe anzubetteln. So wird die humanitäre Hilfe zu einer weiteren Waffe, die den Ausgang der Auseinandersetzung beeinflusst und die Würde der Menschen verletzt.

So sei es auch bei den letzten zwei Hilfslieferungen nach Qamişlo gewesen, sagte der Europasprecher der Partei der Demokratischen Union (PYD) Abdulsalam Mustafa am 16. April 2014 in Strasbourg nach einer Pressekonferenz im Europaparlament. Im Dezember 2013 startete ein Transportflug des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR mit Hilfsgütern für 50 000 Bürgerkriegsflüchtlinge.[6] Zusätzlich kam es zu einer Lieferung des UN-Welternährungsprogramms (WFP) – Nahrungsmittel für 30 000 Menschen wurden über einen Zeitraum von einem Monat nach Qamişlo geflogen. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF hat zudem Medizin, Trinkwasser und Sanitärausrüstung geschickt. Im März 2014 haben 79 Lastwagen der UN, beladen mit Hilfsgütern, das Bürgerkriegsland Syrien über die Türkei erreicht.[7] Das Regime von Baschar al-Assad habe erstmals nach drei Jahren Konflikt Hilfslieferungen über die Grenze mit dem nördlichen Nachbarland erlaubt, erklärte ein Sprecher des UN-Büros zur Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA) am 25. März in Genf.

Laut UNHCR arbeitet die Organisation für die Versorgung der Binnenflüchtlinge in Syrien mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond zusammen. Warum das UNHCR in einem Kriegsland, in dem die offizielle Regierung versagt hat, nicht mit von der Bevölkerung aufgebauten Organisationen arbeitet, die sich um die Binnenflüchtlinge kümmern, bleibt für uns alle eine offene Frage.

Würden die Konfliktparteien des Stellvertreterkrieges in Syrien sich so ernsthaft für die humanitäre Hilfe einsetzen, wie sie Waffen und Kämpfer nach Syrien transportieren, würde die Lage der Binnenflüchtlinge sich sehr schnell verbessern.

Es ist widersprüchlich, wenn man dem Assad-Regime im Ausland jede Legitimität aberkennt, es diplomatisch ausgrenzt und bekämpft, aber im Land selbst dessen Position stärkt. Es ist Realität, dass der basisdemokratische Aufbau in Rojava international nicht unterstützt wird. Stattdessen wird über den letzten Stützpunkt des alten Regimes in der Region, den Flughafen von Qamişlo, das Assad-Regime unterstützt.

Fazit

Zynisch betrachtet könnte man sagen: Offiziell existieren die KurdInnen nicht. Auch die UN haben sie nicht offiziell als völkerrechtliches Subjekt anerkannt. Warum sollte man sie also offiziell unterstützen? Das wäre gegen die gemeinsamen Regelungen, die bei den Staatengründungen in der Region 1919 bis 1932 getroffen wurden, und auch von den UN anerkannt werden. Wer keinen eigenen Staat hat, wird auch nicht als Subjekt gesehen. Anders kann man diese ignorante Haltung der Staatengemeinschaft nicht verstehen.

Der Mittlere Osten wird momentan neu aufgeteilt – im schlimmsten Fall neokolonial, jenseits der Bedürfnisse der Bevölkerung. Die KurdInnen, die »VerliererInnen« der Aufteilung des Mittleren Ostens vor einhundert Jahren, spielen heute eine ganz andere, selbstbewusstere Rolle, die offenbar den internationalen und regionalen Akteuren nicht in ihr Konzept passt.

Die Briten und Franzosen hatten den KurdInnen nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches einen eigenen Staat versprochen. Bei den Staatengründungen 1919 bis 1932 gingen die KurdInnen jedoch »leer« aus. Sie wurden nicht einmal in die Verhandlungen einbezogen. Nach langer Zeit des Leids, der Unterdrückung, geprägt von Assimilationspolitik und Gewalt, sind sie heute selbstbewusst in Syrien, in der Türkei, im Iran und im Irak und verlangen mit Recht Respekt, Anerkennung, Würde und die ihnen zustehenden Rechte.

Aber dies wurde offenbar nicht in die Pläne zur Neuaufteilung der Region einbezogen. Könnte das der Grund dafür sein, dass eine Anerkennung ihrer Selbstverwaltung sowie die humanitäre Unterstützung in ihrer Region nicht erfolgt? ♦

Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe erreichte uns eine Meldung der Nachrichtenagentur ANF, dass die UN Arbeiten im Bereich der humanitären Hilfe in Rojava aufnehmen wolle: Die Kovorsitzende der Volksräte Westkurdistans (MGRK) Sinem Mihemed erklärte, dass sie Gespräche mit einer hochrangigen Delegation der UN geführt habe und dass diese zugesagt habe, Arbeiten im Bereich der humanitären Hilfe aufnehmen zu wollen. (ANF, 23.04.2014)

Weiter Informationen dazu: www.civakaazad.com

---

6 WFP-Luftbrücke erreicht Hungernde im Nord-Osten Syriens (http://de.wfp.org/neuigkeiten/pressemitteilungen/wfp-luftbr%C3%BCcke-erreicht-hungernde-im-nord-osten-syriens)

7 Erste UN-Lastwagen rollen über die türkisch-syrische Grenze (http://www.ippnw.de/presse/presse-2014/artikel/1d497602ce/erste-un-lastwagen-rollen-ueber-die.html)

Sucht man nach friedenspolitischen Ansätzen, muss man sich auf die Ursachen für die Außeneinmischungen in diesen Konflikt konzentrieren

Mittlerer Osten aus friedenspolitischer Sicht und Perspektiven der Friedensbewegung

Prof. Dr. Andreas Buro, 09.04.2014

Die kurdische Frage rückt immer mehr in einen internationalen Zusammenhang des Kampfes um Machtverteilung in einer sich globalisierenden Welt. Das Zentrum dieses Kampfes scheint gegenwärtig in Syrien zu liegen, reicht aber weit darüber hinaus.

Syrien ist heute das Schlachtfeld für Konflikte, die gegenüber den Wünschen der syrischen Bevölkerung nach Frieden, Freiheit, Demokratie und Anerkennung von Minderheiten völlig rücksichtslos sind. Saudi-Arabien und Katar fördern trotz unterschiedlicher Adressaten sunnitische Milizen, die Al-Qaida nahestehen. Sie wollen aus Syrien einen sunnitisch-islamistischen Staat machen. So würde der Rivale Iran als potentielle Regionalmacht geschwächt. Der Iran hält mit der Entsendung von schiitischen Kämpfern und Waffenlieferungen dagegen. Russland setzt seit langer Zeit seine Waffenlieferungen an das Assad-Regime fort. Die libanesische Hisbollah schickt eigene Kämpfer nach Syrien, um das befreundete Regime in Damaskus zu stützen, das für ihr eigenes Überleben wichtig ist. Dabei riskieren sie die Ausweitung des Krieges in den Libanon.

Frankreich liefert Waffen an die FSA und gibt politische, finanzielle und mediale Unterstützung. Die Türkei wiederum finanziert und bewaffnet islamistische Milizen und Teile der Freien Syrischen Armee (FSA), damit sie gegen die Autonomiebestrebungen der syrischen Kurden kämpfen. Die USA haben über lange Zeit in Kooperation mit der Türkei Waffen aus Libyen an Rebellengruppen gesandt und sind geostrategisch involviert. Der Sturz des Assad-Regimes würde dazu beitragen, den Iran zu isolieren, zu schwächen und letztlich einen Regimewechsel zu erreichen. Damit würden sie den ganzen Bereich von Mittel- und Nahost unter ihre Kontrolle bringen. Ihr Zögern, dies in Syrien mit militärischen Mitteln zu erreichen, dürfte einerseits an der Kriegsmüdigkeit der US-Gesellschaft nach den langen Kriegen im Irak und in Afghanistan liegen. Andererseits aber auch daran, dass schwer absehbar ist, wer nach einem Sturz von Assad die Macht übernehmen würde. Selbst US-Generäle warnen vor einer direkten Kriegsbeteiligung

Wer kontrolliert die Region?

Eine amerikanische Kontrolle der Region kann der russischen Regierung, der chinesischen und auch anderen Staaten der Region nicht gefallen. Den Russen geht es nicht nur um den Marinestützpunkt in Tartus in Syrien, sondern vor allem um die Abwehr der US-Dominanz in dieser großen, bis Zentralasien reichenden Region. Sie wollen aber auch keine Stärkung der islamistischen Kräfte aus Befürchtungen, diese könnten sich verstärkt in südrussischen Bereichen einmischen. Ein grundlegendes Problem aller Außenakteure des Stellvertreterkrieges liegt darin, dass ihre Ziele untereinander widersprüchlich sind.

Sucht man nach friedenspolitischen Ansätzen, muss man sich auf die Ursachen für die Außeneinmischungen in diesen Konflikt konzentrieren. Der Stellvertreterkrieg in Syrien soll die Achse Iran, Syrien, Hisbollah im Libanon und Hamas in Gaza zerbrechen, um so eine Schwächung des Iran und letztlich einen Regimewechsel zu erreichen. Dieses eint die Absichten der USA und der EU mit denen aus Saudi-Arabien und Katar, wenn auch die angestrebten Ziele der Umgestaltung sich unterscheiden. Saudi-Arabien und Co. steuern eine sunnitisch-islamistische Herrschaft in Syrien an, während die USA und Co. eine Erstarkung der islamistischen Kräfte verhindern

wollen und eher einen laizistisch orientierten Staat mit verschiedenen Religionsgemeinschaften anvisieren.

Verständigung mit Iran – eine Option?

Während des letzten Jahres des Konflikts deutete sich jedoch an, dass die USA eine zweite Option verfolgen könnten, nämlich ihr ursprüngliches Ziel des »regime change« in Iran zugunsten einer Annäherung an den Iran aufzugeben. Wenn die USA eine friedliche Lösung für den Syrien-Konflikt tatsächlich anstreben wollen, müssen sie eine Verständigung mit Teheran suchen: direkte Kontakte, Vertrauen bildende Maßnahmen durch schrittweise Aufhebung von Sanktionen, Unterstützung der von den Vereinten Nationen beschlossenen Konferenz »für eine nuklearwaffenfreie Zone in Mittel- und Nahost« und so weiter.

Die Chance zur Verständigung zwischen den USA und Iran, die sich nach dem Präsidentenwechsel in Teheran aufgetan hat, ist allerdings bisher in Washington und in Teheran noch stark umstritten. Da zum einen eine Verständigung mit Teheran und ein gemeinsames Bemühen, den Krieg in Syrien zu beenden, gleichzeitig für die USA bedeutet, den militärischen Zugriff auf Mittel- und Nahost aufzugeben. Im Iran wollen zum anderen unterschiedliche Gruppierungen das Feindbild USA aus innenpolitischen Gründen nicht aufgeben.

Gelingt jedoch die Verständigung und sitzt Teheran erst mit am Verhandlungstisch, dann werden auch Russland und China kooperativer sein, da damit die US-Vorherrschaft in Mittel- und Nahost zumindest in Frage steht und neue Konstellationen der multipolaren Koexistenz ins Auge gefasst werden können. Auch die sunnitischen Kriegsakteure wie Saudi-Arabien und Katar und die kurdenfeindliche Türkei werden nicht mehr ihre kriegsfördernden Aktionen durchhalten können. Für eine Nah- und Mittelost-Konferenz, die auf lange Dauer angelegt sein muss und nicht nur die Frage der Atombewaffnung behandelt, bleibt dann die Aufgabe, schrittweise eine Annäherung zwischen den beiden konkurrierenden Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien zu bewirken.

Das Projekt Rojava

Bei einer solchen auf Verhandlungen orientierten Situation können vermutlich die Konflikte im Inneren Syriens eher beigelegt werden. Doch auch dann hat die Zivilbevölkerung in Syrien keine starke Lobby und wäre den Interessen der Mächte von Außen und ihren Verhandlungsfortschritten unterworfen. Daraus ergibt sich die Frage, ob und welche Prozesse im Inneren Syriens friedensfördernd wirken und wie sie gestützt werden könnten.

Rojava, das kurdische Autonomie-Projekt, kann ein möglicher Ansatz für eine Befriedung des Krieges in Syrien von innen her sein. Es begreift sich als ein demokratisch organisierter Modellbaustein eines möglichen zukünftigen föderalen Vielvölkerstaates Syrien. Das ist ein großer, doch vernünftiger Anspruch. Er beinhaltet, die syrische Gesellschaft und ihre zukünftige politische Organisation zum Inhalt einer nationalen Zukunftsdiskussion zu machen und sich nicht als Parteigänger ausländischer Interessen zu zerfleischen. Es ist nicht undenkbar, dass sich andere Regionen Syriens mit gleicher Zielsetzung bilden, dass sie untereinander Friedensverträge schlössen und Zusammenarbeit vereinbaren würden. Koexistenzsituationen sind vorstellbar. Nicht auszuschließen ist, dass Mächte von außen eine solche Situation unterstützen würden. Friedensgewinnung und Kooperationsaufbau von unten, um die von außen betriebene Verfeindung zu überwinden. Das wäre kein leichter Weg. Aber wo ist der bessere? Ein militärischer Sieg einer der Konfliktparteien gebiert nicht Aussöhnung, sondern nur die Voraussetzungen für einen nächsten Krieg.

Das Rojava-Projekt gerät jedoch gegenwärtig in Gefahr. Von der Türkei aus und mit deren Unterstützung kämpfen islamistische Gruppierungen (ISIS und die Al-Nusra-Front) gegen das Autonomiegebiet. Die Türkei hat ihre Grenzen für den wichtigen Transithandel geschlossen. Ankara hat noch immer nicht seinen Frieden mit den Kurden gemacht. Von dem kurdischen Teil des Irak kommt wegen der dortigen inneren Auseinandersetzungen kaum Hilfe oder wurde sogar unterbunden.

Die Haltung Berlins

Die Bundesregierung hat angeblich wegen NATO-Verpflichtungen Flugabwehrraketen in der Türkei stationiert. Welche Funktion diese haben sollen, ist unklar. Ein Angriff Syriens auf die Türkei ist zwar nicht zu erwarten, solange die Türkei Syrien nicht angreift, was nicht auszuschließen ist. Die türkische Regierung hatte offensichtlich geplant, einen Angriffskrieg gegen Syrien zu provozieren. An einem abgehörten Gespräch im türkischen Außenministerium nahmen der türkische Außenminister, sein Staatssekretär, der Geheimdienstchef und der Vize-Generalstabschef teil. Dabei erklärte der Geheimdienstchef, durch einen fingierten Raketenangriff auf das Grabmal eines osmanischen Sultans an der türkisch-syrischen Grenze, der Syrien angelastet würde, könne ein Vorwand für einen Angriff auf Syrien geschaffen werden. In diesem Fall würde Deutschland per NATO zur Kriegspartei. Bislang hat sich Berlin jedoch nicht wie Frankreich, die USA und die Tür-

kei militärisch eingemischt. Seine Hauptsorge bestand darin, möglichst wenige Flüchtlinge aufnehmen zu müssen.

Die Rolle der Friedensbewegung

Viele Gruppen der deutschen Friedensbewegung haben zu Beginn der Auseinandersetzungen in Syrien die Aktion »Adopt a Revolution« (AaR) unterstützt. Gewaltfreiem Widerstand gegen den Terror der Assad-Regierung sollte politisch und materiell der Rücken gestärkt werden. Mit der Militarisierung des Konflikts wurde diesem Bemühen mehr und mehr der Boden entzogen. Die Bemühungen aus der deutschen Friedensbewegung konzentrierten sich deshalb auf die Vermittlung von Analysen über die wirklichen Kriegshintergründe in die deutsche Gesellschaft und auf humanitäre Hilfe, soweit diese möglich war. Sie forderte die Bundesregierung immer wieder auf, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und die deutschen Raketen aus der Türkei abzuziehen. Die Gruppierungen in Deutschland, die sich mit dem türkisch-kurdischen Konflikt befassten, wiesen immer wieder darauf hin, wie wichtig es sei, endlich den türkisch-kurdischen Konflikt durch eine Politik der Aussöhnung und des Dialogs zu beenden. Dieser spiele nämlich auch im Verhalten der Türkei gegenüber den syrischen Kurden eine große Rolle.

Gegenwärtig bemühen sich kurdische und deutsche Gruppierungen gemeinsam um eine Unterstützung des Rojava-Projekts als einem möglichen, wenn auch gefährdeten Ansatz für eine friedliche Lösung des Krieges in Syrien.

Seit langem verfolgt die Friedensbewegung äußerst kritisch auch die Verhandlungen mit Iran, die vordergründig über die Atomfrage geführt werden. Auch hier geht es, wie bei der türkisch-kurdischen Frage, um Aufklärung der deutschen Gesellschaft über die wirklichen Hintergründe und den Kampf gegen bewusst geschürte Feindbilder. ♦

Aufruf: Das kurdische Rojava in Syrien braucht Hilfe in der Not

Unterstützen Sie ein demokratisches Experiment!

Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Rojava in Syrien braucht heute unsere Anerkennung und Solidarität. Unterstützen Sie die humanitäre Nothilfe für die kurdischen Gebiete in Syrien! Ein Aufruf.

Die Ereignisse in Syrien sind eine beschämende menschliche Katastrophe. Nunmehr im vierten Jahr wird versucht, eine unverhofft aufgebrochene Freiheitsbewegung mit exzessiver Gewalt blutig zu ersticken. Aus einem gesellschaftlichen Aufbegehren für Rechte und Gerechtigkeit wurde in Folge ein bewaffneter Aufstand, der in einen innersyrischen Bürgerkrieg mündete, der zugleich auch ein Stellvertreterkrieg regionaler und internationaler Einflussmächte ist. Doch auch wenn sich das ursprüngliche Demokratieversprechen nicht erfüllt hat: die noch bis vor kurzem allgegenwärtige Hegemonie der alten Republik der Angst ist gebrochen. Das öffnet, trotz allem, auch unverhoffte Räume für die, die sich der autoritären Herrschaft im Namen der eigenen wie der Freiheit aller zu widersetzen wagten. Vielleicht ist dies nirgends deutlicher zu spüren als in den kurdischen Gebieten Nordsyriens.

Kurdischer Aufbruch in Gefahr

Die Kurden sind die größte ethnische Minderheit des Landes. Sie nennen den von ihnen bewohnten Teil: Rojava, der kurdische »Westen«. Die Region besitzt eine einzigartige kulturelle und religiöse Vielfalt. Der weitgehende Rückzug der Staatsmacht hat für die 2,5 Millionen Menschen, die diesen Westen bewohnen, das Fenster zur lang ersehnten Autonomie aufgestoßen. Heute erproben sie das Experiment einer direkten kommunalen Demokratie und damit auch die Möglichkeit gesellschaftlicher Konfliktlösungen jenseits der alten von Überwachen und Strafen geprägten Kultur der Gewalt. Ihre politischen Organe legen Wert auf einen hohen Anteil von Frauen. Ein neues Gesundheitswesen wird aufgebaut, ebenso eigene Sicherheitskräfte. In den Schulen lernen die Kinder neben Arabisch neuerdings auch Kurdisch – ein absoluter Tabubruch.

Dieses friedenspolitisch wichtige Vorhaben, für das Rojava steht und in dem mehr als 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge aus den syrischen Bürgerkriegsregionen Schutz gefunden haben, ist bedroht. Jenseits der Grenze blockiert die Regionalmacht Türkei bewusst die Nothilfe für Kurdistan in Syrien. Auch von der irakisch-kurdischen Seite wird der freie Warenverkehr behindert. Innerhalb Syriens legen radikalreligiöse Milizen aus dem Al-Qaida-Netzwerk einen Belagerungsring um die kurdischen Siedlungsgebiete. Die islamistischen Eiferer verzeihen den Kurden weder ihr Experiment einer demokratischen Selbstverwaltung noch die garantierte Gleichberechtigung der Frau.

Der Auswirkungen des Krieges haben längst auch Rojava erreicht. Wichtige Medikamente sind nicht mehr vorhanden. Infektionskrankheiten brechen wieder aus. Es gibt kein Insulin, chronisch Kranke wie Diabetiker, Nierenkranke und Krebspatienten können nicht mehr versorgt werden. Es fehlen Grundnahrungsmittel – wie Zucker, Öl, Reis und Tee – sowie Heizstoffe für Notunterkünfte.

Für ein freies Rojava und ein freies Syrien

Die Geschichte hat bewiesen, dass sich jede neu entstehende Demokratie immer auch aus der Möglichkeit ihrer selbst begründet, aus ihrer besonderen Differenz und Andersartigkeit zu der Gewalt, der sie entgegentritt. Die Kurden Syriens, jahrzehntelang die Ausgeschlossenen unter den Ausgeschlossenen, haben jetzt ihr Recht zu sprechen, zur kulturellen Sichtbarkeit und zu einer selbstbestimmten politischen Existenz erobert. Sie begreifen sich als unverzichtbarer Bestandteil eines künftigen föderalen und freien Gemeinwesen aller Syrer.

Wir treten für den syrischen wie kurdischen Anspruch auf Freiheit und Gleichheit ein. Das demokratische Experiment in Rojava hat der ethnisch-kulturellen, religiösen und demokratiepolitischen Vielfalt in Syrien neues Leben verliehen. Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Rojava in Syrien braucht heute unsere Anerkennung und Solidarität.

Unterstützen Sie die Nothilfe für die kurdischen Gebiete in Syrien!

Das Spendenstichwort der Solidarität lautet: »Rojava«.
Kontoinhaber: medico international e. V.
Spendenkonto: 1800
(IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00)
Stichwort: Rojava
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 (BIC: HELADEF1822)

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner
Dieser Aufruf wird getragen von medico international und Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Prof. Elmar Altvater (Freie Universität Berlin)
Imran Ayata (Autor, Berlin)
Ercan Ayboga (Internationaler Sprecher der Initiative zur Rettung von Hasankeyf, Erfurt)
Jan Ole Arps (Redaktion ak – analyse & kritik)
Edgar Auth (Journalist, Bonn)
Dr. Manuela Bojadzijev (Humboldt-Universität, Berlin)
Christine Buchholz (Mitglied des deutschen Bundestages, DIE LINKE)
Prof. Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Koordinator des Dialog-Kreises: »Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden«, Grävenwiesbach)
Reiner Braun (Geschäftsführer der IALANA, Berlin)
Dr. Mario Candeiras (Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung)
Murat Cakir (Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Forum für Bildung und Analyse e. V.)
Noam Chomsky (Massachusetts Institute of Technology, USA)
Dersim Dagdeviren (Ärztin und Vorsitzende des Netzwerks kurdischer Akademiker und Akademikerinnen – KURD-AKAD e. V.)
Prof. Alex Demirović (Berlin)
Prof. Dr. med. Hans-Ulrich Deppe (Sozialmediziner, Frankfurt)
Krishanti Dharmaraj (Gründer und Vorsitzender von Dignity Index, San Francisco, USA)
Helmut Dietrich (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e. V., Berlin)
Iñaki Irazabalbeitia Fernández (Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion die Grünen/Freie Europäische Allianz, Baskenland, Spanien)
Dr. Gundi Dilberz (Historiker und Dichter, Berlin)
Aref Gabeau (Journalist und Menschenrechtler)
Prof. Dr. med. Gerhard Garweg (Arzt, Hamburg)
Thomas Gebauer (Geschäftsführer medico international, Frankfurt)
Yvonne Gilli (Ärztin und Parlamentarierin, Grüne Partei der Schweiz)
Prof. David Graeber (London School of Economics and Political Science; Großbritannien)
Prof. Andrej Grubacic (California Institute of Integral Studies, San Francisco, USA)
Prof. Michael M. Gunter (Tennessee Tech University, USA)
Dr. Zaradachet Hajo (Sprachwissenschaftler, ehem. Präsident des kurdischen PEN-Zentrums, Bremen)
Tariq Hamo (Journalist, Münster)
Prof. Michael Hardt (Duke University, North Carolina, USA)
Maja Hess (Ärztin und Präsidentin medico international Schweiz)
Prof. Dr. Sabine Hess (Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie, Universität Göttingen)
Srécko Horvat (Philosoph, Zagreb, Kroatien)
Kirsten Huckenbeck (Redaktion express, Dozentin FH Frankfurt)
Ehmed Huseynî (Dichter, London, Großbritannien)
Dr. Serhat Karakayali (Humboldt-Universität, Berlin)
Christos Karagiannidis (Mitglied des Griechischen Parlaments, SYRIZA)
Lucina Kathmann (Vizepräsidentin des Internationalen PEN-Zentrums, Mexico)
Rodi Khalil (Maler und Mosaikkünstler, Bremen)
Vassiliki Katrivanou, (Mitglied des Griechischen Parlaments, SYRIZA)
Angela Klein (Redaktion Sozialistische Zeitung – SoZ, Köln)
Christoph Kleine (Interventionistische Linke)
Jürgen Klute (Mitglied des Europäischen Parlaments, DIE LINKE)
Yüksel Koc (Co-Vorsitzender der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM e. V., Bremen)
Hagen Kopp (kein mensch ist illegal, Hanau)
Prof. Sandro Mezzadra (Universität Bologna, Italien)
Abdulkadir Musa (Dichter, Berlin)
Prof. Dr. Ueli Mäder (Soziologe, Universität Basel, Schweiz)
Prof. Dr. Ronald Mönch (Jurist, Bremen)
Wolf-Dieter Narr (Freie Universität Berlin)
Toni Negri (Philosoph, Paris, Frankreich)
Jürgen Neitzert (Franziskaner, Köln)
Margaret Owen O. B. E (Direktorin Widows for Peace Through Democracy, London, Großbritannien)
Dr. Gisela Penteker (Ärztin, Hemmoor)
Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler, Hamburg)
Elias Perabo (Adopt A Revolution, Berlin)
Ulf Petersen (Kampagne TATORT Kurdistan, Köln)
Dr. Michael Ramminger (Katholischer Theologe, Institut für Theologie und Politik, Münster)
Moustafa Rechid (Schriftsteller, Kaiserslautern)
David Romano (Missouri State University, Springfield, USA)
Clemens Ronnefeldt (Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes, Freising)
Claudia Roth (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, MdB Bündnis 90/Die Grünen)
Werner Rätz (KoKreis Attac Deutschland, Bonn)
Prof. Michael Rubin (American Enterprise Institute, Washington, D. C., USA)
Memo Sahin (Dialogkreis »Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden«, Köln)
Shreen Abdul Saroor (Women›s Action Network Sri Lanka, Colombo)
Norbert Schepers (Leiter des Bremer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung)
Dr. Omar Sharaf (Dozent, Ruprecht Karl Universität, Heidelberg)
Prof. Werner Schiffauer (Sprecher des Rats für Migration/RfM, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)
Bart Staes (Mitglied des Europäischen Parlaments, Die Grünen-Belgien)
Mani Stenner (Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative, Bonn)
Dr. Lokman Turgut (Kurdologe, Erfurt)
Peter Wahl (WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Berlin)
Dr. Florian Wilde (Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE)
Helim Yusiv (Schriftsteller, Wuppertal)
Uta Zapf (Mitglied des deutschen Bundestages a. D., SPD, Offenbach)
Raul Zelik (Autor, Berlin)

Bericht von der ersten europäischen Jineolojî-Konferenz in Köln

Jineolojî – radikales Denken aus Frauensicht

Anja Flach, Ethnologin, Rat der kurdischen Frauen in Hamburg

Jineolojî ist der Versuch einer Wissenschaft, die nicht – losgelöst von der Basis der kämpfenden Frauen – von Theoretikerinnen im Elfenbeinturm der Universitäten erarbeitet wird. Jineolojî wird von den Frauen und mit den Frauen selbst entwickelt, die ihre gesellschaftlichen Probleme lösen wollen, sei es in den Bergen Kurdistans, in den Städten der besetzten kurdischen Gebiete in der Türkei oder im befreiten Nordsyrien – Rojava; Theorie und Praxis sind eins.
Die Konferenz in Köln sollte dazu beitragen, diesen neuen Ansatz mit Vertreterinnen von Frauenbewegungen weltweit und mit Aktivistinnen hier in Europa zu diskutieren.

Das Programm war vollgepackt, für jede Rednerin waren 15 Minuten vorgesehen; eine Vorgabe, an die sich nicht eine einzige Frau, auch keine der Mitorganisatorinnen hielt. Das machte Stress, wir hetzten durch das Programm, Platz für Diskussionen und die so wichtigen Vernetzungsgespräche in den Pausen blieb wenig. Das und die Tatsache, dass die Sitzordnung in einem solchen Universitätssaal: vorn die Rednerinnen, gegenüber das Publikum, nicht zu einer Diskussion auf Augenhöhe führt, sind Kritikpunkte, die sicher bei weiteren Konferenzen Beachtung finden werden.

Wichtiger der Inhalt – und der war bedeutend. Die Teilnehmerinnen kamen überwiegend aus Europa und Kurdistan, außer Grace Pampiri Bothman vom südafrikanischen ANC, die das Publikum mit erhobener Faust und »Amandla« – die Macht (dem Volke) – begrüßte, ein sehr emotionaler Moment.

Aufgrund der Fülle der Beiträge will ich hier nur auf einige eingehen. Auch wenn die Grußbotschaft der Frauenfreiheitspartei Kurdistans (PAJK) nicht zu Beginn verlesen wurde, so will ich sie doch an den Anfang meines Berichtes stellen.

PAJK-Grußbotschaft: »Wir kritisieren an den europäischen Frauenbewegungen die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat«

Die PAJK-Frauen, sozusagen die Begründerinnen der Jineolojî, erklären in ihrer Grußbotschaft, dass das Thema Frauenbefreiung seit 30 Jahren in der kurdischen Bewegung diskutiert werde, es jedoch bisher nicht ausreichend gelungen sei, diese Diskussionen zu verbreitern. Einer der Hauptgründe dafür sei die Isolation der PKK auf internationaler Ebene.

Hauptthema der Bildungsarbeit innerhalb der kurdischen Bewegung, die Tausende junger Menschen erfahren haben, sei der gesellschaftliche Sexismus. Dadurch sei ein Wandel auch innerhalb der Zivilgesellschaft, ein kollektives Bewusstsein, angeschoben worden, der vielleicht noch gar nicht in vollem Umfang erkannt worden sei. »Oft ist dann der Blickwinkel von Frauen, die zu uns kommen, um uns kennenzulernen, hilfreich. Wir haben nicht nur als Frauen, sondern als Gesamtgesellschaft einen radikalen Wandel erfahren. Natürlich ist dieser Prozess nicht abgeschlossen. Noch immer gibt es schwerwiegende Probleme. Aber wir glauben, dass wir auf dem richtigen Weg sind und die richtigen Methoden gefunden haben.«

Die PAJK-Frauen betonen, wie wichtig es sei, dieses Wissen an alle Frauen in der Gesellschaft weiterzuvermitteln. Dafür seien überall in Kurdistan, aber auch in der Diaspora Frauenakademien aufgebaut worden. Dort werde in einer Sprache fern von akademischem Fachchinesisch unterrichtet. Die Diskussionen an den Akademien führten zur Weiterentwicklung der Frauenorganisierung, diese wiederum zu einer Weiterentwicklung der Theorie.

»Die Jineolojî umfasst alle Informationen und Wissenschaftsbereiche, die wir als Frauen brauchen, um das patriarchale Herrschaftssystem zu überwinden. Gleichzeitig stellt sie die gewonnenen Erkenntnisse der Organisierung und dem Kampf zur Verfügung.«

Auch äußern die PAJK-Frauen den Wunsch, sich mit Frauen außerhalb der kurdischen Bewegung zu vernetzen und auszutauschen, und kritisieren die Frauenbewegungen in Europa:

»An der Stelle revolutionärer Zielsetzungen, wie der radikalen Veränderung des Systems, wurden Lösungen innerhalb des Systems gesucht. Wir kritisieren daran nicht den Kampf innerhalb des Systems. Wir selbst setzen auch nicht ausschließlich auf einen bewaffneten Kampf von außen gegen das System. Der Punkt, den wir kritisieren, betrifft die Fokussierung auf staatliche Institutionen beim Kampf innerhalb des Systems, also die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat und rechtlichen Regelungen. Außerdem kritisieren wir, dass das modernistische Leben nicht abgelehnt wird.«

Die PAJK-Frauen sind weiterhin der Ansicht, dass die Queer-Theorie, der Ansatz, die Geschlechterdefinition auszulassen, nicht zu einer Überwindung der patriarchalen Kultur beitrage, sondern vielmehr Lösungen verstelle. Sie kritisieren die feministische Bewegung für ihre Konzentration auf den Westen, die Nichtbeachtung der Kultur des Mittleren Ostens. Die PAJK selbst wolle in nächster Zeit vor allem dort die Diskussion verbreitern.

Sie weisen vor allem auf die große Rolle der Frauen in Rojava, dem befreiten Westkurdistan, hin: »In Rojava spielen Frauen eine maßgebliche Rolle im Aufbau eines demokratischen Systems.«

Die PAJK betont, dass sie Kontakte zu anderen kämpfenden Organisationen weltweit aufbaue und mit ihnen im Austausch stehe, um die Jineolojî weiterzuentwickeln.

Die Beiträge der Konferenz waren in Blöcke unterteilt, der erste befasste sich mit dem herrschenden Geschichtsbild:

I. »Verzerrte Geschichte, verzerrte Identitäten«

Am Beginn der Konferenz standen zwei Beiträge zum Thema Matriarchat bzw. Matrilinearität, der eine von Dr. Camilla Power aus London, der andere von Gunnel Christine Hinrichsen von der Akademie Hagia[1]. Warum führen wir überhaupt eine Diskussion um Matriarchate?

Diese Diskussion zeigt auf, dass es den größten Teil der Menschheitsgeschichte über keine Patriarchate gab. Es hat Gesellschaften gegeben ohne Ausbeutung der Natur, ohne Hierarchien, ohne Gewalt, und es gibt sie bis heute. Besonders beeindruckt hat mich ein Beispiel, das Camilla Power gab. In einer von ihr untersuchten, matrilinearen Gesellschaft in Afrika könne keine Person einer anderen sagen, was sie zu tun habe, noch nicht einmal einem Kind.

Gunnel Christine Hinrichsen beschrieb matriarchale bzw. matrilineare Kulturen des Mittleren Ostens; ganz bekannt Çatal Hüyük, eine Ausgrabungsstätte in der heutigen Türkei bei Konya, im Fruchtbaren Halbmond, der Wiege der neolithischen Revolution. Alle Häuser in Çatal Hüyük sind gleich groß, was als Beweis dafür gesehen wird, dass es keine Stratifizierung der Gesellschaft gab. Weiterhin beschrieb sie die nichtpatriarchale Familie am Beispiel der IrokesInnen, die zur Zeit ihres Erstkontaktes mit den europäischen Konquistadoren in Langhäusern lebten, denen jeweils eine sogenannte Matrone vorstand, eine ältere Frau, die Vertreterin des Clans war. Biologische Vaterschaft hatte keine Bedeutung, vielmehr waren die über die mütterliche Linie verwandten Männer die männlichen Bezugspersonen für die Kinder.

Auch heute noch existierende matrilineare, egalitäre Gesellschaften, die in Rückzugsgebieten wie am Amazonas und in anderen Randgebieten der Zivilisation um ihr Überleben kämpfen, sind von großer Bedeutung für unsere Forschung über eine freie Gesellschaft. Sie leben im Einklang mit der Natur, betreiben Subsistenzwirtschaft, ohne der Natur zu schaden, wirtschaften nachhaltig, kommen ohne Macht und Gewalt aus.

In diesem Zusammenhang kritisiert die kurdische Bewegung auch das lineare Geschichtsbild der MarxistInnen, die vom sogenannten Primitiven zum Komplexen eine quasi zwangsläufige Entwicklung determinieren, was die natürlichen Gesellschaften als rückständig und primitiv festschreibt. In den natürlichen Gesellschaften jedoch sind Wissen und Wissenschaft Teil der ethischen und politischen Gesellschaft.

In einem weiteren Beitrag von Songül Ömürcan wurde Kritik an der patriarchalen Geschichtsschreibung (HISTORY) geübt. Aus dem Blickwinkel der Herrschenden, die im Fokus patriarchaler Geschichtsschreibung stehen, wird die Vergewaltigungskultur, Landraub, das Aufstellen von Armeen, Ausbeutung von Boden und Menschen als quasi natürlich angesehen. Sie forderte stattdessen eine Geschichtsschreibung aus der Sicht der Basis der Bevölkerung – OURSTORY.

II. »Epistemologie der Wissenschaft – Die Konstruktion einer Wissenschaft, die Frauen außerhalb des Lebens lässt«

Im zweiten Teil der Konferenz sprach zunächst Nazan Üstündağ, eine Dozentin aus Istanbul, Mitglied der HDP, der

1 Hagia, Internationale Akademie für Moderne Matriarchatsforschung und Matriarchale Spiritualität; http://www.hagia.de

Demokratischen Partei der Völker. Sie kritisierte die etablierten Sozialwissenschaften: Männer stellten ihre Wissenschaft als objektiv und unparteiisch dar, diejenige von Frauen als subjektiv.

Allen im Gedächtnis geblieben ist sicher vor allen Grace Pampiri Bothman, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Südafrika (SACP). Grace beschrieb den langen Kampf in Südafrika und die Auswüchse des Kapitalismus und der Apartheid. Sie glaubt, Sozialismus und die Basisorganisierung der Frauen seien die Zukunft. Sie wies darauf hin, dass unsere Herangehensweise sehr verschieden ist, wenn wir die Macht ergreifen oder die Mentalität ändern wollen. Wenn wir über Ökonomie reden, müssen wir uns konkret fragen, wie wir leben wollen. Wollen wir die Hausarbeit mit den Männern teilen? »In unserem Land sieht es so aus, dass wir die Hausarbeit machen. Und alle werden bezahlt, nur wir nicht.« Sie fordert ganz konkret eine Rente für Frauen, die Kinder aufgezogen haben.

III. »Feminismus – Die Rebellion der ersten Kolonie«

Im dritten Teil der Konferenz ging es um die Bedeutung des Feminismus für zukünftige Frauenkämpfe.

Muriel Gonzales Athenas, eine feministische Wissenschaftlerin von der Universität Köln, forderte eine neue feministische Epistemologie (Lehre von neuen Wegen zu Wissens- und Erkenntnisgewinn) unter Berücksichtigung der weiblichen Perspektive. Die Kategorie Geschlecht müsse als die Manifestierung einer gesellschaftsordnenden und -normierenden bipolaren Einteilung gespiegelt werden, also als Macht-Ordnungsprinzip. Nur eine derart gelagerte Forschung in Verbindung mit sozialen Bewegungen könne die Gesellschaft in unserem Sinne bewegen. Ihr war leider teilweise schwer zu folgen, da sie es nicht schaffte, ihre akademische Ausdrucksweise abzulegen.

Ayşe Düzkan, Feministin und Autorin aus Istanbul, analysierte die bisherigen Kämpfe von Frauen. Die erste Welle des Feminismus habe das Frauenwahlrecht erkämpft, die zweite Welle sei nicht Kritik an der ersten, sondern Kritik an der 68er-Bewegung gewesen. Die RevolutionärInnen hätten ihre eigene Sozialisation im Patriarchat außen vor gelassen und die Frauenunterdrückung zum Nebenwiderspruch erklärt. So sei die Parole »Das Private ist politisch« aufgekommen. Ayşe erklärte, der Konservatismus sei weltweit wieder erstarkt, z. B. werde vielerorts, wie aktuell in Spanien, das Recht auf Abtreibung wieder infrage gestellt.

Ausgangspunkt der dritten Welle des Feminismus, in der Ayşe auch die Feministinnen der Türkei vertreten sieht, sind die von den Vereinten Nationen seit 1975 veranstalteten Weltfrauenkonferenzen, die eine Plattform für die internationale Vernetzung bildeten. Ayşe erklärte, nach wie vor lägen weltweit nur drei Prozent des Besitzes in der Hand von Frauen.

Die Mitbegründerin der International Free Women´s Foundation und der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V., Ann-Kristin Kowarsch, leistete dann einen wichtigen Beitrag zur Einordnung feministischer Kämpfe.

Sie erklärte, der Feminismus verfüge bis heute über keine einheitliche Theorie, dennoch gäbe es wichtige Errungenschaften mit historischer und globaler Relevanz. Diese bildeten auch bedeutende Grundlagen für den Aufbau der kurdischen Frauenbewegung bzw. ein Fundament der Jineolojî. Ein wichtiger Verdienst des Feminismus sei die Definition von patriarchaler Unterdrückung sowie die Sichtbarmachung der systematischen Unterdrückung von Frauen und ihres Ausschlusses aus dem öffentlichen Leben:

- Frauen wurden sich dessen bewusst, dass sie eine gesellschaftliche Gruppe darstellen, die allein aufgrund ihres Geschlechtes mit Benachteiligung und Unterdrückung konfrontiert ist.
- Frauen erkannten, dass diese Unterdrückung nicht »natürlich« oder »gottgegeben«, sondern gesellschaftlich bzw. politisch konstruiert ist.
- Frauen erlebten, dass sie kämpfen müssen, um diese Situation verändern zu können. Hierzu gehört auch, eigene Ziele, Strategien und Politik zu entwickeln.
- Frauen wurden sich der Notwendigkeit eigenständiger Organisierung und der stärkenden Bedeutung von Solidarität und Zusammenarbeit unter Frauen bewusst.

Im feministischen Diskurs über Zukunftsvisionen und Utopien kristallisierten sich, so Ann-Kristin, vier Ansätze heraus:

1. das liberale Konzept von der »Gleichberechtigung durch Teilhabe an der Macht«, die in der Aktionsplattform der UN-Frauenkonferenz von Peking 1995 als »Gender Mainstreaming« vorgesehen wurde;
2. die Utopie des separatistischen Feminismus, abgekoppelte alternative »Frauenwelten« zu schaffen;

3. das Ziel, herrschaftsfreie Gesellschaften aufzubauen und den Weltfrieden zu sichern, das der libertäre, sozialistische Feminismus verfolgte;

4. die Vision der individuellen und sozialen »Dekonstruktion der Geschlechter«, wie sie z. B. von Judith Butler in der dritten Welle des Feminismus konzipiert wird.

Ann-Kristin führte aus, die kurdische Frauenbewegung sei zu dem Schluss gekommen, dass ohne eine radikale, umfassende Systemkritik das Patriarchat nicht überwunden werden könne. Zur Überwindung der patriarchalen HERRschaft und des herrschenden Monopols patriarchaler Denkmodelle sowie deren Einflusses auf unsere Seele, auf unser Denken und Handeln sei die Infragestellung aller bestehenden Religionen, Wissenschaftsauffassungen, nationalistischer, kapitalistischer und sexistischer Denkweisen notwendig. Der Feminismus und seine Perspektive dürften nicht auf das Erlangen von »Frauenrechten« eingeschränkt werden, sondern müssten zugleich als ein Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus, Imperialismus und jegliche Form von Unterdrückung verstanden und geführt werden.

Der liberale Feminismus habe viele Frauen – insbesondere in den westeuropäischen Ländern – zu dem Trugschluss geführt, »frei« zu sein und »frei entscheiden« zu können.

Ann-Kristin beschrieb einige wichtige Eckpunkte für die Erfolge des Frauenbefreiungskampfes und die gesellschaftlichen Umbrüche in Kurdistan, die auch für eine Wiederbelebung bzw. Weiterentwicklung feministischer Theorie und Praxis in Europa und anderen Teilen der Welt von Bedeutung sein könnten. Hierzu gehören die Themen:

- Geschichtsbewusstsein und Systemanalyse;

- Ideologie – Frauenbefreiungsideologie und Jineolojî (kollektives Bewusstsein);

- Organisierung und Selbstverteidigung (autonome Frauenorganisierung; gesellschaftliche Basisorganisierung).

Dann beschrieb sie die Frauenorganisierung in Kurdistan, die Überwindung der Vereinzelung in der Gesellschaft, die der Kapitalismus durchgesetzt habe, um die Gesellschaft handlungsunfähig zu machen. Diese Entwicklung wurde an anderer Stelle bereits beschrieben und wird daher hier nicht wiederholt.

Kurz erwähnt sei nur, dass die PKK ein System autonomer Frauenorganisierung geschaffen hat, das einen Prototypen für den Aufbau eines alternativen Gesellschaftssystems darstellt und die Grundlage für kollektive Selbstverwaltungsstrukturen bietet, an denen alle Frauen mitwirken können. Welche Wirkungskraft dieses Modell entwickeln konnte, wird wohl am besten an den aktuellen Entwicklungen in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) deutlich, die als eine Frauenrevolution im Mittleren Osten beschrieben werden könnte.

Ann-Kristin zufolge bedeutet der »Aufbau der Zukunft« eigentlich, uns die Frage zu stellen, wie wir das Erbe des Feminismus weitertragen und »die Revolution im Hier und Jetzt«



vorantreiben können. Revolution sei weiblich und beruhe keinesfalls auf Machtübernahme. Eine Revolution könne nicht für die Gesellschaft oder für Frauen realisiert werden, sondern durch die Gesellschaft und durch Frauen.

Entschlossene, radikale Aktionsformen und wissenschaftliche Diskurse seien genauso notwendig wie lokale und internationale Vernetzung.

Am Ende zitierte sie eine Frau aus der PAJK: »Heute Revolutionärin zu sein ist sehr viel schwerer als in den 60er oder 70er Jahren. Denn die Kraft, die uns gegenübersteht, (…) hat sich auf eine sehr vielfältige Weise organisiert und sehr subtile Herrschaftsmechanismen. Es bleibt zu schwach nur zu sagen, ich lehne diese Kraft ab, ich stelle mich dagegen. Deswegen ist es jetzt mehr als notwendig, dass wir wirklich Revolutionärinnen sind.«

IV A. »Jineolojî: Die Re-Konstruktion von Wissenschaft auf dem Weg zu einem kommunalen und freien Leben«

Im vierten Teil der Konferenz befasste sich Gönül Kaya genauer mit dem Jineolojî-Projekt. Der Begriff Jineolojî bedeutet »Frauenwissenschaft«. »Jin« ist Kurdisch und bedeutet »Frau«, »-logie« stammt vom griechischen Begriff für »Wort« oder »Lehre« ab, »Jin« wiederum vom kurdischen »jiyan« – »Leben«. Im indoeuropäischen Sprachgebrauch und im Mittleren Osten sind »jin«, »zin« oder auch »zen«, die alle »Frau« bedeuten, gleichbedeutend mit Leben und Vitalität.

Die etablierten Wissenschaften geben laut Gönül keine Antworten auf die brennenden Fragen dieses Zeitalters. Der Grund dafür sei die Verknüpfung von Wissen und Macht bei gleichzeitiger Ausgrenzung von Ethik.

Jineolojî sei ein direkter Zugang der Frauen und der Gesellschaft zum Bereich des Wissens und der Wissenschaft, der momentan von den Herrschenden kontrolliert wird. Laut Gönül baut die Jineolojî ein Bildungssystem für Frauen und die Gesellschaft sowie Frauenakademien auf, um den Einfluss des bestehenden Systems auf unser Denken und unser Handeln zu hinterfragen.

Zudem sei es wichtig, Wissen und Wissenschaft nicht vom sozialen Bereich loszulösen, nicht zu elitisieren, nicht zur Grundlage von Macht zu machen und die Verbindungen zur Gesellschaft immer stark zu halten.

Als wichtigste Aufgaben im 21. Jahrhundert bezeichnete Gönül:

- das gegenseitige Ergänzen von Feminismus, ökologischen und demokratischen Bewegungen;
- die Erneuerung aller gesellschaftlichen Institutionen (beispielsweise der Familie) entsprechend freiheitlichen Prinzipien;
- die Grundzüge freier Zweisamkeit;



Bilder von der ersten europäischen Jineolojî-Konferenz in Köln — Fotos: ANF

- die Schaffung des Verständnisses einer alternativen Sozialwissenschaft auf der Grundlage von Frauenbefreiung;
- das Feld einer neuen Sozialwissenschaft für alle Kreise zu entwickeln, die nicht Teil von Macht und Staat sind.

Dies sei Aufgabe aller antikolonialistischen, antikapitalistischen Anti-Macht-Bewegungen, Individuen, Frauen. Die kurdische Bewegung bezeichne diese alternativen Sozialwissenschaften als Soziologie der Freiheit.

Zum Abschluss sagte Gönül Kaya: »Als kurdische Frauen sagen wir: Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Revolution der Frauen und Völker sein.«

Der letzte Beitrag dieser Session wurde von Havin Güneşer von der »Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« gehalten. Ihr war es ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass Frauen in allen Revolutionen und gesellschaftlichen Umbrüchen eine große Rolle spielten, es sei jedoch wichtig, für Errungenschaften und Siege nachhaltige und dauerhafte Strukturen zu schaffen, die in der Lage sind, sich ständig selbst zu erneuern.

Sie kritisierte die Methoden der etablierten Sozialwissenschaften, die in der Regel auf Machterhalt der Eliten abzielten. Erneut erklärte sie, wie wichtig es sei, unabhängig von den Einrichtungen staatlicher Herrschaft zu forschen und neue methodische Herangehensweisen zu entwickeln und zu diskutieren, die mit den sozialen, politischen und ökonomischen Zielen nicht nur der Frauenbefreiungsbewegung übereinstimmen, sondern hinsichtlich der Befreiung der gesamten Gesellschaft.

Sie beschrieb einige frühere Ansätze kritischer Forschung, die Frankfurter Schule, action research etc. Sie alle hätten die Frage nicht beantworten können, für wen Wissen produziert wird und wofür. Sie erläuterte die zunehmende Kritik am Positivismus, der von der Selbstverständlichkeit des wissenschaftlichen Fortschritts ausgehe und die komplizierten Probleme der Geschichte und der Gesellschaft verschleiere.

Die marxistische Sichtweise trug laut Havin dazu bei, Geschichte und Gesellschaft hinsichtlich ihrer Ökonomie und Klassenstruktur zu erklären. Aber diese Annäherung enthalte auch mehrere grundlegende Mängel insbesondere in ihrer Definition von Arbeit.

Die kurdische Frauenbewegung und Abdullah Öcalan dagegen gründeten ihre Analyse auf einer »moralischen und politischen Gesellschaft«. Moral werde als kollektives Bewusstsein der Gesellschaft und Politik als kollektive Weisheit definiert.

Die drei Hauptaufgaben seien für sie 1. intellektueller, 2. moralischer und 3. politischer Natur.

Um in der Lage zu sein, die Beibehaltung von Kapital- und Machtakkumulation zu stoppen als auch die Reproduktion von Hierarchie, sei es notwendig, Strukturen für eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft zu schaffen.

Um dies zu erreichen, braucht es laut Havin:

A) Intellektuelle Aufgaben und Bildung

Um das Wissensmonopol der Herrschenden zu brechen, brauche es Frauenakademien wie auch Akademien für demokratische Politik und Kultur. Intellektuelle und wissenschaftliche Unterstützung, die für eine Re-Konstruktion sozialer Institutionen notwendig sei, könne an solchen Akademien entwickelt werden. Hier sollten LehrerInnen und SchülerInnen freiwillig und ohne Weiteres den Übergang zwischen diesen beiden Positionen schaffen. Alle sollten zur Teilnahme an solchen Akademien ermutigt werden, unabhängig von ihrem Bildungsstand. Wissensmonopole sollten ausgemerzt werden. Um dem Motto gerecht zu werden, Praxis sei die wichtigste Kraft für Veränderung, sollten alle ermuntert werden, an der Umsetzung teilzuhaben. Solche Akademien sollten aufgebaut werden, wo immer und wann immer sie gebraucht werden, unabhängig von praktischen Anforderungen und Voraussetzungen.

B) Männerbildung

Abdullah Öcalan hat in seinen Büchern viel darüber geschrieben, den dominanten Mann zu überwinden. Eines seiner Bücher trägt sogar den Titel »Den Mann in sich töten«. Während es auf der einen Seite für Frauen wichtig sei, einen Kampf gegen die hierarchische und dominante Denkart zu führen, die sie verinnerlicht haben, sei es genauso notwendig, diese Geisteshaltung bei Männern zu bekämpfen, indem sie an Frauenakademien ausgebildet werden. An dieser Stelle halte ich selbst es für wichtig zu betonen, wie dringend wir EuropäerInnen die EuropäerInnen in uns töten sollten, denn es sind hier wohl hauptsächlich Eurozentrismus und Rassismus, die eine gemeinsame Organisierung verhindern.

C) Ökonomie, Industrialisierung und Ökologie

Die Ökonomie sei nach Ideologie und Gewalt die dritte Größe, von der Frauen und in der Folge auch die gesamte Gesellschaft betroffen sind und die sie auch zwinge, Abhängigkeit zu akzeptieren. Aber in Bezug auf Frauen sei die Akkumulation weder für den Handel noch für Märkte bestimmt gewesen,

sondern für die Familie. Doch für kapitalistische Ökonomien sei nur das wichtig, was produktiv ist und in Geld gemessen werden kann. Daher sei die Verbindung zwischen unsichtbarer Frauenarbeit und kapitalistischer Akkumulation entdeckt worden, als die Rolle der Hausarbeit im Kapitalismus ins Blickfeld geriet. Diejenigen, die Hausarbeit als ein Arbeitsverhältnis ohne Lohn durchsetzen wollen, müssten dies mit struktureller und direkter Gewalt erzwingen.

Diese strukturelle und direkte Gewalt charakterisiere alle ausbeuterischen subsistenziellen Beziehungen: zwischen Menschen und Natur, LandarbeiterInnen und Industrie, Metropolen und Kolonien. Dies sei einer der Gründe, warum Maria Mies und Abdullah Öcalan beide die Beziehung zwischen Mann und Frau für zutiefst kolonialistisch halten – und daher die Frauen für die erste Kolonie.

Rosa Luxemburg hatte bereits in »Die Akkumulation des Kapitals« (1913) nachgewiesen, dass es, um die Akkumulation von Kapitel auszuweiten, nicht reiche, das klassische Proletariat auszubeuten, sondern mehr und mehr auch die »nicht kapitalistischen Milieus« ausgeplündert werden müssten. Sie argumentierte, dass dies LandarbeiterInnen, mittelständische HandwerkerInnen, TagelöhnerInnen und auch ArbeiterInnen in den Kolonien seien, wozu natürlich auch Hausarbeit gehört.

Hier müssten wir zunächst eine andere Vision eines guten Lebens entwickeln als die uns vom Kapitalismus vorgegebene. Wir sollten nicht länger dem Verlangen nach unbegrenzt vielen Waren und der Vermehrung von Geld anhängen und alles am Geldwert messen. Stattdessen sollten wir ein Leben mit unmittelbarer Produktion im Zentrum aller sozialen und ökonomischen Aktivitäten leben.

Subsistenz als ökonomische Perspektive bedeute die Verbannung all dieser kolonialisierten Beziehungen. Diese Annäherung bedürfe eines anderen Verständnisses von Natur als des dominanzbasierten Modus, den wir kennen.

Daher Kooperativen, Kollektive und das Produzieren für deine eigenen Bedürfnisse, wie auch das Entscheiden darüber, welches die Bedürfnisse sind, denen auf lokaler Ebene begegnet werden sollte.

D) Familie, Beziehungen zwischen Männern und Frauen

Kritik an der Familie sei zentral. Überbleibsel aus vergangenen patriarchalen und staatlichen Gesellschaften und Mustern moderner westlicher Zivilisationen hätten keine Synthese gebildet, sondern seien in einer Sackgasse gelandet. Das wichtigste Problem für Freiheit im sozialen Kontext stellten daher Familie und Heirat dar. Absoluter Besitz von Frauen bedeute, sie von allen politischen, intellektuellen, sozialen und ökonomischen Bereichen abzuschirmen. Es sei daher notwendig, Familie und Heirat von Grund auf zu hinterfragen und neue Leitlinien mit dem Ziel von Demokratie, Freiheit und Geschlechtergleichheit zu entwickeln. Eine dementsprechende Diskussion werde von der kurdischen Frauenbewegung über freie Beziehungen zwischen Männern und Frauen geführt. Hier sollten Frauen die Leitlinien für solche Beziehungen festlegen. Für freiheitliche Beziehungen zwischen Frauen und Männern bestehe genauso, wie es ein Bedürfnis sei, freie Frauen zu werden, ein Bedürfnis, zu freien Männern zu werden. Daher bedeute dies eine radikale Transformation von Familie und dieser Art von Beziehung. Die Familie sollte nicht länger die Einheit sein, auf der Patriarchat und kapitalistisches Patriarchat basieren. Hier sollten die Leitlinien weit darüber hinausgehen und alle von Frauen selbst bestimmt werden.

E) Selbstverteidigung

Die Selbstverteidigung sollte nicht ausschließlich in physischem Sinne verstanden werden, sei aber auch enthalten. Der Staat habe das Macht- und Gewaltmonopol über alle Männer und Frauen. Feminizide, Gewalt und Vergewaltigung gegen Frauen passierten weiterhin unter verschiedenen Deckmänteln in der Welt, sogar in als weit entwickelt geltenden Ländern. Daher sollten sich Frauen intellektuell, psychisch und physisch organisieren, um sich selbst und ihre Strukturen zu verteidigen.

Jede Kraft sollte auf der Basis von Selbstverteidigung und auch gegen Angriffe von außen aufgestellt werden, und Frauen sollten daher auch über ihre eigenen Frauenselbstverteidigungseinheiten verfügen. Dies sei zurzeit in Rojava der Fall und innerhalb der kurdischen Frauenbewegung im Allgemeinen. Dieses Verständnis von Selbstverteidigung beinhalte auch, dass Gerichte mit Frauen besetzt werden, um Ungerechtigkeiten aufzudecken und zu beseitigen.

F) Kultur, Ästhetik und Schönheit

Dies werde in Übereinstimmung mit dem Konstrukt von Frauen als Sexualobjekt und als das schwächere Geschlecht definiert. Daher sei es eine weitere Aufgabe der Akademien, Kultur, Ästhetik und Schönheit für Frauen zu re-konstruieren und neu zu definieren. Darauf sollte ein Schwerpunkt gelegt werden, weil es heute keinen Bereich des Körpers mehr gebe, der verschont bleibt und nicht zum Objekt wird.

Letztlich seien auch der Neuaufbau von Medien, der Filmkunst und des Festhaltens an bestimmten Frauenbildern auf diesem Gebiet wichtige Aspekte. Dieser Bereich sei auch in-

sofern von Belang, als Frauen dort überlegen müssten, wie sie sich selbst definieren wollen.

G) Demontage von Macht und Hierarchie

Der Demokratische Konföderalismus und die Demokratische Autonomie verkörperten das Gesellschaftssystem der demokratischen Moderne; dieses System stelle keine alternative Staatsformation dar, aber eine Alternative zum Staat. Unsere heutigen Demokratien hätten sich entsprechend der römischen Demokratie repräsentativ statt partizipativ entwickelt. Daher herrsche eine Mehrheit oder werde beherrscht und eine Elite entscheide in unserem Namen über essenzielle Themen. Demokratische Autonomie auf der anderen Seite sei eine radikale Demokratie mit einer über allem stehenden organisierten Teilhabe von Frauen an Entscheidungen. Doch auch alle anderen Bereiche der Gesellschaft seien so organisiert, dass die Teilhabe an der Entscheidungsfindung bei unmittelbar und mittelbar betreffenden Themen direkt stattfinde.

Dies werde bereits innerhalb der kurdischen Frauenbewegung praktiziert. Frauen seien in allen Strukturen der Entscheidungsbildung organisiert. Sie träfen alle in eigener Sache anstehenden Entscheidungen selbst und seien auf allen Ebenen vertreten, von der lokalen bis hin zu Beschlüssen, welche die ganze Gesellschaft betreffen.

Diese erste Jineolojî-Konferenz in Europa hat aufgezeigt, dass es eine überaus radikale Abkehr vom Fortschrittsglauben, von der kapitalistischen Moderne geben muss, um das kapitalistische Patriarchat zu überwinden, um die Erde, die Zukunft unserer Nachfahren zu retten, einen ökologischen Kollaps zu verhindern.

IV B. »Erfahrungen von Frauenbewegungen« – Internationalismus

Im letzten Teil der Konferenz ging es um Erfahrungen von Frauenbewegungen. So sprach Zarife Karasungur von der Bewegung Demokratischer und Freier Frauen (DÖKH) aus Nordkurdistan, die gerade als BDP-Abgeordnete in den Stadtrat von Çewlik (Bingöl) gewählt worden ist, über die Basisorganisierung von Frauen. Die 81-jährige britische Menschenrechtsanwältin Margaret Owen schilderte mit leuchtenden Augen die Revolution in Rojava, die sie als Revolution der Frauen beschrieb. Im Winter hatte sie Rojava besucht.[2] Sie sagte, Mandela oder auch Gandhi sei weit davon entfernt gewesen, für eine geschlechterbefreite Gesellschaft zu kämpfen. Niemand habe die Rolle von Frauen und Mädchen so radikal in den Mittelpunkt gestellt wie Abdullah Öcalan. Consie Lozano, Aktivistin der militanten philippinischen Frauenorganisation GABRIELA[3] aus den Niederlanden, stellte diese Grassroots-Bewegung vor, die mit mehr als 200 Mitgliedsorganisationen Frauenrechtskampagnen durchführt und für eine freie, unabhängige Gesellschaft kämpft, in der Frauen ihr eigenes Land besitzen und an gesellschaftlichen Entscheidungen partizipieren. Ihr Ziel sei es, in jedem Haushalt ein Mitglied bei den GABRIELA-Frauen zu organisieren. Marta Jorba und Maria Rodó de Zárate von der katalanischen Frauenorganisation Gatamaula[4] sprachen über ihre Kampagnen zum Aufbau feministischer Kooperativen und zur Verteidigung des Rechtes auf Abtreibung.

Fazit

Diese erste Jineolojî-Konferenz in Europa hat aufgezeigt, dass es eine überaus radikale Abkehr vom Fortschrittsglauben, von der kapitalistischen Moderne geben muss, um das kapitalistische Patriarchat zu überwinden, um die Erde, die Zukunft unserer Nachfahren zu retten, einen ökologischen Kollaps zu verhindern. Dafür braucht es äußerst radikale Einschnitte, es reicht nicht aus, individuelle Lösungen zu suchen, sondern Organisierungskraft und eine gemeinsame ideologische Basis sind unvermeidbare Prämissen. Auch wenn die Übermacht des Systems unüberwindbar scheint, hat die kurdische Bewegung nie davor zurückgeschreckt, sich sehr weite Ziele zu stecken und diese dann ohne zu zögern in die Tat umzusetzen. So scheute sich die kurdische Frauenbewegung auch nicht, eine neue Frauenwissenschaft auf die Beine zu stellen, die dem etablierten System den Kampf ansagt und für sich in Anspruch nimmt, eine wirkliche Alternative darzustellen. Ermutigend auch die auf der Konferenz vertretenen Frauenbefreiungsbewegungen aus Europa und Afrika sowie die Ansage der PAJK, sie organisiere sich mit den kämpfenden Frauen weltweit, um sich zu vernetzen und auszutauschen.

Die Zentren der Revolution liegen heute weit entfernt von Europa, in Kurdistan, in Lateinamerika, in Indien, aber der Erfolg dieser Kämpfe ist unsere Hoffnung. ♦

2 http://peaceinkurdistancampaign.wordpress.com/resources/pik-campaign-statements/margaret-owen-returns-from-solidarity-visit-to-rojava/

3 www.gabrielaph.com

4 www.gatamaulafeminista.blogspot.com

Die International Free Women's Foundation und der weltweite Frauenkampf

Der Unterdrückung von Frauen ein Ende setzen

Canan Polat, International Free Women's Foundation

Bei jeder Forschung fällt zum Thema Gewalt als Erstes das Wort »Frau«. Der Grund ist, dass die Hälfte der Frauen auf der Welt von Gewalt betroffen ist. In China werden jährlich eine Million Mädchen schon bei der Geburt umgebracht. Die Internationale Organisation für Migration hat bewiesen, dass jährlich zwei Millionen Frauen im grenzüberschreitenden Frauenhandel ausgenutzt werden. In den USA wird statistisch alle sechs Minuten eine Frau vergewaltigt, in England alle sieben Minuten eine Frau von ihrem Partner vergewaltigt und in Frankreich sterben monatlich sechs Frauen durch Gewalt in der eigenen Familie. Nach UNICEF-Angaben wurden in den vergangenen zwanzig Jahren in 29 Staaten in Nahost, Afrika und Asien insgesamt 125 Millionen Mädchen genitalverstümmelt und für 30 Millionen Mädchen besteht noch das Risiko der Beschneidung. Gewalt ist das Hauptproblem der Frauen auf der Welt. Allein nach offiziellen Angaben waren im Jahr 2013 in der Türkei 28 000 Frauen von Gewalt betroffen; 95 von diesen wurden ermordet, inoffiziell jedoch 192 nur in den ersten zehn Monaten des Jahres. Statistiken belegen, dass das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen unter der AKP-Regierung um das 1400-Fache gestiegen ist. Um diese Zahlen anders zu interpretieren: Jede zweite Frau in der Türkei ist von Gewalt betroffen.

Allerdings sind auch die kurdischen Frauen hier in Europa von Gewalt betroffen. Laut kurdischen Medien wurden 2013 und 2014 mehrere Frauen getötet. Yüsra Sukaya wurde am 8. März 2013, dem Internationalen Frauentag, von ihrem Ehemann in Düsseldorf ermordet. Fatma Kızıltepe Işık nahm sich am 28. Juni 2013 in Basel das Leben. Am 15. August 2013 schoss Cemil G. in Essen auf seine Ehefrau und die 19-jährige Tochter Hatice. Die Ehefrau überlebte schwer verletzt, die Tochter starb jedoch. Fatma Xalit, ursprünglich aus Rojava, wurde von ihrem Ehemann am 20. Januar 2014 in Luzern ermordet. Wo stehen wir bei dieser Problematik als Frauenorganisationen, die Teil des Aufbaus der Demokratischen Nation sind, um die Gewalt gegen Frauen an die Öffentlichkeit zu bringen, zu beenden und den Freiheitskampf der Frauen weltweit bekannt zu machen? Wie können wir mit diesen schrecklichen Zahlen der Gewalt zurechtkommen? Inwieweit können wir die gesellschaftlichen Frauenprobleme lösen?

Doch für all diese Fragen können wir nur eine Lösung finden, wenn wir uns von den Einflüssen der kapitalistischen Moderne komplett freimachen und uns bei jeglicher Arbeit den Aufbau der Demokratie zum Ziel setzen. Als kurdische Frauenorganisation haben wir dieses Ziel immer vor Augen und sind uns bewusst, dass wir das Erbe des Freiheitskampfes der Frauen weiter hochhalten.

Die Internationale Freie Frauenstiftung (International Free Women's Foundation, IFWF) wurde am 9. März 2001 in Amsterdam von Frauen aus Kurdistan und Europa gegründet. Ihr Ziel ist es, Lösungswege zu finden für ein Leben, das frei von patriarchalischen Zwängen ist. Uns ist bekannt, dass die Problematik für Frauen weltweit besteht, und wir wollen für eine demokratische Gleichstellung der Männer und Frauen in allen Lebensbereichen sorgen.

Ein wichtiges Ziel ist es, dass Frauen in allen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft und Kunst erfolgreich werden, und das geschieht nur, wenn die physische und die psychische Gewalt beseitigt werden. Um in der Gesellschaft auf diese Probleme aufmerksam zu machen, haben wir verschiedene Veranstaltungen organisiert. Unsere erste Konferenz fand in Amsterdam zum Thema »Krieg, Frieden und Gewalt« statt. Um auf das soziale Problem zu reagieren und rechtliche Fragen zu beantworten, organisierten wir mit der Unterstützung von ExpertInnen und PsychologInnen Sommercamps für Frauen und Kinder. Mit unseren gesammelten Erfahrungen mit Frauenthemen haben wir im Jahre 2006 in Kasbach/Deutschland ein Frauenzentrum eröffnet. Es trägt den Namen Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V., gewidmet zwei Freundinnen, einer deutschen und einer türkischen Revolutionärin. 2007 veröffentlichten wir mit Unterstützung des EU-Programms DAPHNE II eine Studie über die traumatischen Erfahrungen kurdischer Frauen in Europa und die psychischen Folgen *[auf Englisch und Kurdisch, deutsch 2009]*.

Mit der Arbeit der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA haben wir einen Beitrag zur Veränderung der Mentalität von Frauen geleistet. Bereits im letzten Jahr organisierten wir dort zwanzig verschiedene Seminare. Aus den Lebenserfahrungen der Frauen entstand eine Veranstaltung unter dem Namen »Jede Frau hat eine Geschichte«. Oft werden Frauen gegen Entgelt verheiratet; um dieses Thema nicht zu verschleiern, sondern an die Öffentlichkeit zu bringen, haben wir eine Kampagne gegen Brautgeld *[s. Kurdistan Report 172]* initiiert.

Unsere Stiftung hat zahlreiche Kampagnen der kurdischen Frauenbewegung zum Gewaltproblem unterstützt. 2007 realisierten wir erfolgreich die Kampagne »Frau ist Leben, töte das Leben nicht«. Zur Vertiefung starteten wir zusammen mit der kurdischen Frauenbewegung eine zweite Kampagne zum Thema Ehrenmorde »Wir sind niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit«. 2010 gab es zum Internationalen Frauentag am 8. März eine Kampagne »Identität der Frauen, Freiheit der Frauen« und eine weitere gegen Frauendiskriminierung folgte zum 8. März 2011.

Sinn dieser Aktivitäten ist es, für Frauenorganisationen und -vereine aus verschiedenen Ländern eine Plattform zu schaffen, um gemeinsam Kampagnen zur Abschaffung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu entwickeln. Eine soziopolitische Absicht dieser Kampagnen ist es, Frauen gegen repressive Gewalt zu sensibilisieren und den Kampf dagegen zu stärken. Als weiteres Ziel sollen Wille und Identität der Frauen gestärkt und alle gegen sie gerichteten Aktivitäten unterbunden werden, weiterhin Zwangsheirat, Frauenhandel, Krieg, Assimilationspolitik verhindert und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im sozialen Umfeld gestärkt werden. Außerdem ist beabsichtigt, auf rechtlicher Ebene strategisch Diskriminierung, Ungerechtigkeit und das nationalistische Rechtssystem zu beseitigen. Auf diesem Wege wird die Öffentlichkeit mit einbezogen, um diese Mechanismen zu verändern. Bis jetzt hat kein Gesetz, kein Gericht dazu geführt, dass die Diskriminierung von Frauen, Selbstmorde, Gewalt gegen Frauen ein Ende haben. Männer, Polizisten, Soldaten, Beamte, Geschäftsmänner, Ehemänner und Väter setzen diese Gewalt fort und leider werden immer noch Frauen als potentielle Schuldige hingestellt.



Kundgebung am 8. März, dem Internationalen Frauentag, in Êlih (Batman) Foto: DIHA

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen 2011 organisierten wir zusammen mit der Abgeordneten der französischen Nationalversammlung Marie-George Buffet eine Konferenz zum Thema »Schluss mit den Hinrichtungen und den Steinigungen«, die der im Iran hingerichteten Şirin Elemhuli und zwei weiteren kurdischen Persönlichkeiten, die eine große Rolle für Frauenrechte gespielt hatten, gewidmet war. Parallel dazu organisierten wir 2012 in London, Stockholm und Rotterdam Konferenzen zur Thematik der Hinrichtungen und Steinigungen, einige davon zusammen mit Femmes solidaires und der Europäischen Fraueninitiative.

Als IFWF haben wir Arbeiten durchgeführt, um die kurdischen Frauen als Thema auf die internationale Bühne zu bringen und unseren Kampf noch breiter zu führen. Im Januar 2013 haben wir das Weltfrauennetzwerk mitbegründet. Auf der UN-Weltfrauenkonferenz im März 2014 brachten wir den erstmals in Lateinamerika benutzten Begriff »Femi(ni)zid« wieder auf die Tagesordnung. Wir sind Mitglied bei Femmes solidaires, einer der größten europäischen Frauenorganisationen. Und wir machten als Vertreterinnen der kurdischen Frauenbewegung auf einer unter der Schirmherrschaft der Anwältin und Vorsitzenden des Netzwerks »Stop Feminicidio« Barbara Spinelli veranstalteten UN-Frauenkonferenz im Juni 2013 auf die Pflicht aufmerksam, Gewalt an Frauen zu verhindern.

Am 7. Januar hielten wir zusammen mit dem französischen Senat und Vertreterinnen der kurdischen Frauenbewegung eine Konferenz ab mit der Botschaft »Das Massaker in Paris ist ein Massaker an Frauen«. Außerdem haben wir im vergangenen Jahr zusammen mit der Migrationsstiftung Göç Vakfı *[Nordkurdistan]* ein Projekt »Yeşert Yaşat Okut ki Umudun Olayım« (Lass mich blühen, lass mich leben, damit ich zur Hoffnung werde) begonnen und setzen es auch in diesem Jahr fort. Weiterhin arbeiten wir mit der Stiftung CIBO zusammen, die gesammelte Spenden nach Rojava übermittelt hat. Am 25. Januar widmeten wir als Frauenorganisation unseren drei in Paris getöteten Freundinnen noch einmal eine Veranstaltung mit Musik, Gedichten und Sprache der Frauen.

Es ist von besonderer Bedeutung, dass wir als Frauenorganisation gegen Massaker, Hinrichtungen, Steinigungen und aus dem patriarchalischen System erwachsene Gebräuche und Kulturen kämpfen und ihnen widerstehen.

Über hundert Jahre hinweg haben Frauenorganisationen reiche Erfahrungen gesammelt und wichtige Fortschritte gemacht. Wichtig ist auch, dass Frauen ihr Bewusstsein stärken, um gegen die Diskriminierung, das patriarchalische System und die Massenmorde anzukämpfen.

Das neoliberale kapitalistische System versucht die Frauenrechte und die Demokratie zu beschneiden. Um Frauenrechte zu unterdrücken, sind in der Vergangenheit zahlreiche Massaker verübt worden. Als Kriegstaktik wird weiterhin die systematische Vergewaltigung von Frauen angewandt, was bereits in Darfur und im früheren Jugoslawien festgestellt wurde. Während des Krieges und der Zeit der Militarisierung sind Vergewaltigung, Massaker und Gewalt an Frauen normalisiert und die Täter dafür nicht bestraft worden. Es handelt sich daher um einen Kampf gegen Sklaverei, Massaker, Hinrichtungen, Steinigungen und wiederum um einen weltweiten Kampf gegen Militarismus.

Zuletzt sollen noch einmal unsere drei kurdischen Freundinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez erwähnt werden. Sie wurden am 9. Januar 2013 im Informationszentrum Kurdistan auf abscheuliche Art und Weise professionell ermordet. Mitten im Zentrum von Paris. Nur wenige Schritte entfernt von der Gare du Nord in der Rue la Fayette. All diese Aspekte belasten die französische Regierung, da sie Sakine Cansız unter Beobachtung hatte. Sakine war in der Türkei zehn Jahre lang zur schlimmsten Zeit inhaftiert gewesen und hatte schwerste Folterungen erlitten. Sie war nach Frankreich geflohen und migriert. Fidan Doğan erledigte in Frankreich und in Europa wichtige diplomatische Aufgaben für die Rechte der KurdInnen und war zuständig für das Informationszentrum Kurdistan. Dieser brutale Mord bedeutet für die KurdInnen, dass er darauf abzielte, sie zum Schweigen zu bringen und ihre Identität zu zerstören.

Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez haben eine besondere Rolle für die Frauenbewegung gespielt, und sie sind ein Symbol für die Freiheit der KurdInnen und den demokratischen Kampf und sie werden es auch immer sein. Femmes solidaires kannte Fidan mit ihrem feministischen Charakter und insbesondere dieser Charakter führte sie zum Erfolg in der kurdischen Frauenbewegung. Ihre diplomatisch elegante Art und ihr Lachen konnten selbst in der Männergesellschaft einen Sturm in einen Regenbogen verwandeln.

Unsere drei Freundinnen waren mit ihren Vorstellungen, ihrer Lebensweise, ihrer Überzeugung und ihrem Kampf nicht nur in Kurdistan und im Mittleren Osten, sondern weltweit ein Vorbild für alle Frauen. Wir denken an unsere drei Genossinnen, bedanken uns bei ihnen und vermissen sie. Wir denken mit Hass an die Täter dieses Massakers. Unsere Botschaft zum Abschluss ist, dass wir zu Massakern an Frauen nicht schweigen und uns wehren werden. Der Kampf der Bewegung der freien Frauen ist ein weltweiter Kampf und wir als Frauen müssen uns aus diesem Grund gegenseitig unterstützen und zusammenhalten. ♦

Atomkraftwerke in der Türkei

Kommt der nukleare Wahnsinn nun auch in die Türkei?

Ercan Ayboğa, April 2014

Die nächsten Wochen und Monate entscheiden darüber, ob der Bau des ersten Atomkraftwerks (AKW) des türkischen Staates in der Provinz Mersin offiziell beginnen wird. Anfang April 2014 hat das Konsortium des Akkuyu-AKWs – angeführt vom russischen Staatsunternehmen ROSATOM – die zweimal überarbeitete Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beim türkischen Ministerium für Umwelt und Stadtplanung eingereicht. Die Proteste und Kampagnen gegen den Bau laufen zurzeit auf Hochtouren und es ist spannend, ob die zivilgesellschaftlichen Organisationen dieses für Mensch und Natur extrem gefährliche Projekt stoppen können.

Grundlagen zum Akkuyu-AKW

Das Akkuyu-AKW ist das erste der drei bisher geplanten Atomkraftwerke in der Republik Türkei und liegt 140 Kilometer westlich der Großstadt Mersin am Mittelmeer. Mehrere Versuche, eine Ausschreibung erfolgreich zu Ende zu führen, waren seit den 1970er Jahren gescheitert. Doch im Jahre 2005 wurde ein Investitionsprogramm beschlossen; die notwendige Gesetzesgrundlage wurde Anfang 2007 geschaffen. Drei Jahre später schloss die türkische Regierung ein Abkommen mit der russischen Regierung, wonach das russische Unternehmen Atomstroyexport JSC – ein Tochterunternehmen der staatlichen ROSATOM – das Kraftwerk nach dem Betreibermodell BOT (Build Operate Transfer) fertigstellen soll. Sogleich gründete die russische Firma im Dezember 2010 die türkische Aktiengesellschaft »Akkuyu NGS Elektrik Üretim A. Ş.«, die für den Bau, den Betrieb, die Stilllegung und den späteren Abbau des AKWs zuständig und verantwortlich sein soll. Dass jetzt der Bau so weit fortgeschritten ist, hängt mit den gestiegenen finanziellen Möglichkeiten des türkischen Staates zusammen.

Der Bau sollte ursprünglich 20 Mrd. US-Dollar kosten, inzwischen wird von 25 Mrd. ausgegangen. Diese hohen Kosten kommen unter anderem daher, dass die grundlegende Infrastruktur für AKWs mit aufgebaut werden muss und besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen sind.

Diese Kosten werden allein vom Unternehmen Akkuyu NGS E. Ü. A.Ş. getragen, ebenso die zu erwartenden satten Gewinne. Nach einem zugesicherten hohen Stromabnahmepreis (12,35 Eurocent/kWh) über 15 Jahre soll das Akkuyu-AKW an die türkische Regierung übergeben werden.

Vier Reaktoren (des Typs WWER-1200/AES-2006) mit einer Leistung von je 1200 MW sollen nach etwa sieben Jahren Bauzeit errichtet werden. 4 800 MW würden einer jährlichen Stromproduktion von 35 000 GWh und damit etwa 5 % des Staatsbedarfs entsprechen. Und das über 49 Jahre.

Risiken und Folgen des Akkuyu-AKWs

Es gibt genug Gründe gegen AKWs. Die Anti-Atom-Bewegung in der BRD hat genau 100 Gründe[1] zusammengetragen, die hier nicht genannt werden, doch grundlegend für alle AKWs in der Türkei zutreffen. Stattdessen sollen die in der Türkei viel diskutierten Gefahren aufgeführt werden.

- Das von der türkischen Regierung bei Wasserkraftwerken verwendete Argument der Reduzierung der Energieabhängigkeit vom Ausland wird bei den AKWs außer Acht gelassen und es wird vielmehr auf die angebliche Diversifizierung der Energiequellen verwiesen. Die Türkei hat keine eigenen Uranvorkommen, und so wird die Abhängigkeit von Russland, das auch schon einen Großteil des benötigten Erdgases liefert, um ein Weiteres erhöht.
- Es ist allseits bekannt, dass es in vielen Gebieten der Türkei starke Erdbeben mit vielen Menschenopfern gegeben hat. Gerade auch das AKW Akkuyu liegt in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet, denn nicht weit entfernt verläuft eine tektonische Verwerfung. Diese war bereits in

1 https://www.100-gute-gruende.de/lesen.xhtml

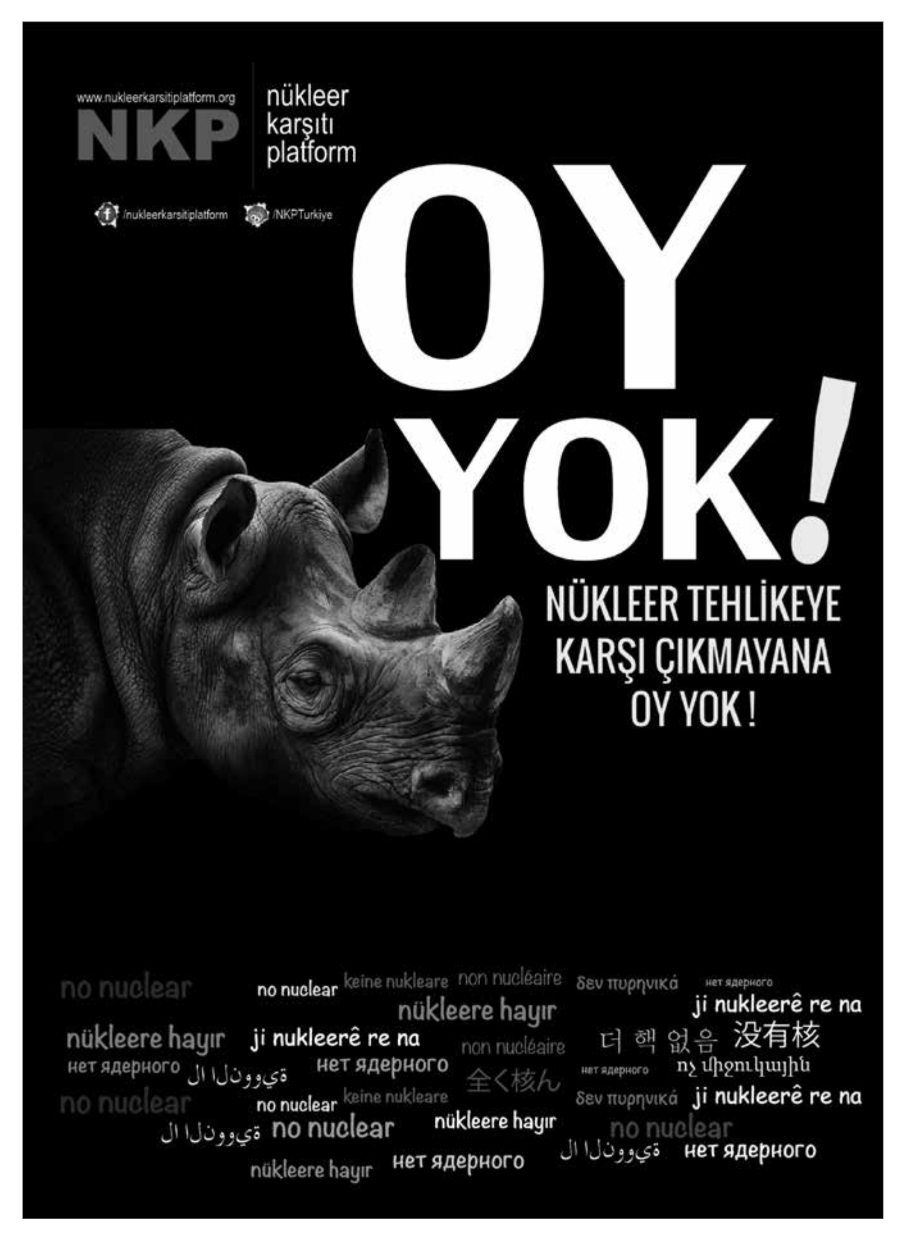
der Vergangenheit Ursache für mehrere starke Erdbeben. Auch deshalb wird die Auslegung des AKWs für ein Erdbeben der Stärke 6,5 auf der Richterskala heftig kritisiert. Unglaublich und lächerlich ist die dabei ausgeschriebene Katastrophenzone in einem Umkreis von fünf Kilometern. Im Falle eines Super-GAUs wären die Provinzen Mersin, Antalya und Adana mit ihren vielen Millionen EinwohnerInnen direkt betroffen, die Türkei und das östliche Mittelmeer im weiteren Sinne.

- Die Kosten von 25 Mrd. US-Dollar sind enorm. Das ohnehin abzulehnende Projekt wird damit noch problematischer. Mit dieser Summe könnte ein Vielfaches an Strom mittels anderer Erzeuger erzielt werden. Vor allem könnte mit etwas mehr als der Hälfte dieses Geldes das veraltete Stromnetz und -system (jährlicher Verlust zwischen 20 und 23 % des gesamterzeugten Stroms) komplett erneuert und so mehr Strom eingespart werden, als das AKW produzieren soll. Wenn 15 Jahre lang Strom von diesem Kraftwerk bezogen werden muss, kann das aufgrund eventueller Stromüberschüsse andere Stromproduzenten negativ treffen.

- Genauso problematisch wie die Baukosten sind die Kosten für den Rückbau des AKWs nach einer Betriebszeit von 49 Jahren, für die ROSATOM nicht in die Pflicht genommen wird. Das bedeutet, dass der Staat bzw. die Gesellschaft dafür aufkommen muss. Wenn wir bedenken, dass es sich um weitere Milliarden handelt, wird das Projekt noch unattraktiver. Im Falle eines GAUs können die Rückbaukosten noch weiter in die Höhe schießen.

- Der nukleare Abfall wird wahrscheinlich teilweise an Russland geliefert werden, wo ROSATOM für die (End-)Lagerung sorgen soll. Der Atommüll würde mit Schiffen durch den Bosporus transportiert, womit die 15-Millionen-Stadt Istanbul bei einem Unfall einer ernsthaften Gefahr ausgesetzt würde.

- In Izmir wurde die unterirdische Lagerung (nur unter einer dünnen Erdschicht) nuklearer Stoffe (Europium 152 und 154) bekannt und das ganz in der Nähe einer bewohnten Siedlung. Das wird seit Jahren illegal durchgeführt und kam ans Tageslicht, weil die radioaktive Strahlung in der betroffenen Region um das 140-Fache höher als normal gemessen worden war. Die Regierung hat sich bis heute nicht dazu erklärt. Ein weiteres Beispiel, wie der türkische Staat eigene Gesetze übergeht. Der Fall von Izmir zeigt auch, dass die Türkei absolut unfähig ist, nukle-



Plakat der NKP Mersin vor den Kommunalwahlen: Keine Stimmen für AKW-Parteien!

are Abfälle – selbst vorübergehend – zu lagern. Angesichts der Tatsache, dass im türkisch-russischen Abkommen die Frage der nuklearen Abfälle nicht abschließend behandelt wurde, besteht die Gefahr, dass viele Regionen radioaktiv verseucht werden könnten.

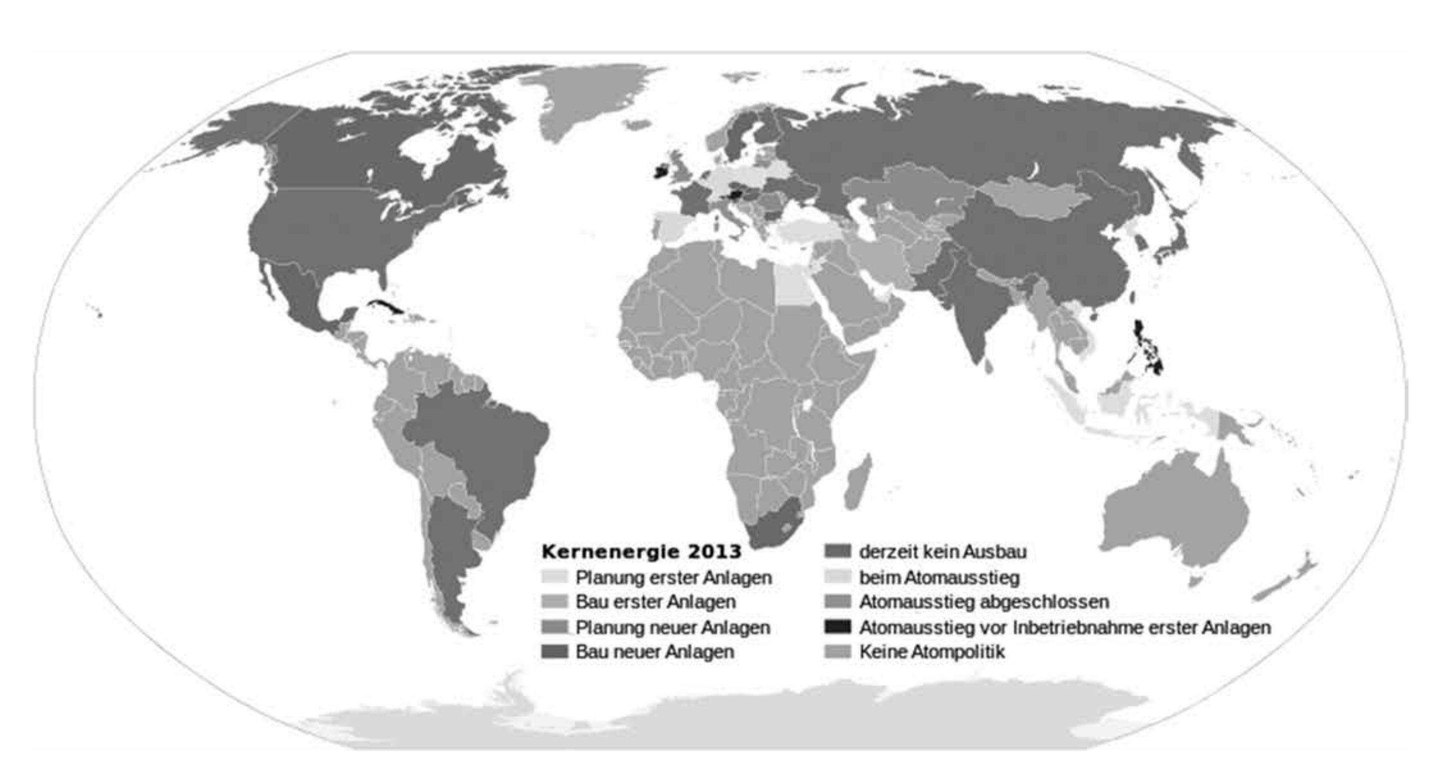
- Da das Kraftwerk mit Meerwasser gekühlt werden soll, wird sich das Meerwasser in der Küstenregion deutlich erwärmen und Fauna und Flora erheblich beeinflussen. Zum Beispiel wären die zahlreichen Vogel- und Schildkrötenkolonien bedroht.

Widerstand

Bereits mit dem Auftauchen von Plänen für ein AKW im Westen von Mersin in den 1970er Jahren gab es Kritik, allerdings in sehr kleinem Rahmen. Das wiederholte sich in den 1990ern, diesmal war die Kritik schon stärker. Erst mit dem Investitionsprogramm für AKWs im Jahre 2005 kam die eigentliche und bis heute andauernde Protestbewegung in Bewegung. Nach einigem Hin und Her gründete sich 2006 schließlich die wichtigste Bewegung gegen Kernkraftwerke in der Republik Türkei: die Anti-Nuklear-Plattform (NKP – Nükleer Karşıtı Platform). Während 2005 und 2006 die Anti-AKW-Bewegung auch in den bürgerlichen Medien Widerhall fand, konnte bis 2010 nicht mehr viel von ihr wahrgenommen werden. Erst mit dem türkisch-russischen Staatsvertrag von 2010 bekam sie wieder Auftrieb. Wie viele soziale Bewegungen kann sie dann Akzente setzen, wenn die Gefahr als real empfunden wird.

Die NKP ist unter der folgenden türkischsprachigen Internetpräsenz zu finden: http://portal.nukleerkarsitiplatform.org/. Sie ist türkeiweit organisiert und besteht aus lokalen Plattformen. Sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen können Mitglied werden. Somit ist sie offen für verschiedenstes Engagement. Berufsgruppen sind stark involviert, vor allem Elektroingenieure. Diese Form einer sozialen Bewegung ist für die Republik Türkei ungewöhnlich, da auf vielen anderen Gebieten, wie bei den staudammkritischen bzw. Wasserbewegungen, untereinander eine starke Konkurrenz herrscht.

In Mersin wie auch in Sinop am Schwarzen Meer ist die NKP die treibende Kraft gegen den Bau von AKWs und kann zu Demonstrationen viele tausend Menschen in ihren Provinzhauptstädten erreichen. Sie zeigt seit Jahren ununterbrochen wahrnehmbare Aktivitäten. In Izmir besteht auch eine aktive NKP-Gruppe, die vor allem gegen die Lagerung von Atommüll agiert.



Staaten, die sich von der Kernkraft verabschieden, oder die daran festhalten und sie sogar ausbauen wollen — Grafik: NKP

Ein ähnliches Problem dieser Bewegung ist der Umstand, dass die in erster Linie betroffenen Personen – also diejenigen, die in der Nähe des AKWs leben – kaum aktiv in der NKP organisiert sind. Die Plattform wird hauptsächlich von Menschen aus den Provinzhauptstädten getragen. Allerdings muss im Falle von AKWs festgehalten werden, dass bei einem GAU die Menschen in den etwas entfernteren Städten deutlich mehr betroffen sind als bei einem Staudammbau oder anderen Großprojekten. Insofern sind sie ebenso Betroffene. Wie auch in anderen Ländern zeigt sich in der Türkei der Kontrast zwischen Land und Stadt deutlich. Die Menschen auf dem Land leben oft in ärmlicheren Verhältnissen, erhoffen sich vielleicht hohe Entschädigungszahlungen oder Arbeitsplätze und sind im Durchschnitt weniger kritisch.

Das Gegenmittel ist eindeutig: Die AktivistInnen aus den Städten müssen so lange auf dem Land mit den Menschen arbeiten, bis die Mehrheit vom Kampf gegen ökologische und soziale Zerstörung überzeugt werden kann.

Wenn der Bau tatsächlich beginnen sollte, wird die Anti-Atom-Bewegung zusammen mit den Bewegungen gegen zerstörerische Großprojekte wie Staudämme und Wasserkraftwerke das Potenzial entwickeln, zu einer der bedeutendsten Bewegungen in der Republik zu werden. Durch die von AKWs ausgehende riesige Gefahr kann ein wichtiger Teil der Gesellschaft zum Protest auf die Straße gebracht werden.

Hinkende Vergleiche

Ein wichtiges Problem sind unpassende Vergleiche mit – im Besonderen – westlichen Staaten in Bezug auf die Kernkraft. Öfters schon wurde behauptet, mehr und mehr Staaten würden sich von der Kernkraft verabschieden und nur wenige – wie die Republik Türkei – weiter daran festhalten. Das wird vor allem deswegen behauptet, um die eigene Gesellschaft davon zu überzeugen, dass die Kernkraft im eigenen Land abgelehnt werden müsse. Doch entspricht dies leider nicht der Realität.

Insgesamt zehn Staaten haben die Kernkraft, trotz Baubeginn, nicht in Angriff genommen, sind bereits ausgestiegen oder haben es beschlossen. Darunter fällt auch die BRD ab 2011. Allerdings gibt es mehr als 30 Staaten, die weiterhin AKWs betreiben, sogar neue planen, oder die ersten Anlagen bauen bzw. AKW-Programme beschlossen haben.

Zwar nimmt weltweit die Zahl der AKWs insgesamt seit über zehn Jahren nicht mehr zu, was auch an den seit den 1980er Jahren existierenden Anti-AKW-Bewegungen liegt. Doch ist die Anzahl der AKWs mit über 430[2] relativ stabil. Eine AKW-Renaissance erfolgte in kleinem Ansatz mit der Diskussion über die Klimaveränderung ab 2007. Mehrere Lobbyverbände und Staaten forderten mehr AKWs, da sie angeblich zu den »erneuerbaren Energiequellen« gehörten. So haben einige Staaten erneut beschlossen, wieder auf AKWs zu setzen. So auch die USA. Im selben Jahr, 2009, kippte die bundesdeutsche Regierung den sogenannten »Atomausstieg«.

In dieser Phase des »Aufschwungs« der Kernkraft passierte etwas, das eigentlich nicht passieren dürfte: die Atomkatastrophe von Fukushima im Jahre 2011 mit dem zweiten großen Super-GAU der Menschheitsgeschichte. Und das im Technologieland Japan, das als eines der sichersten und zuverlässigsten angesehen worden war. Dies beeinflusste einige andere Staaten, wieder mehr Abstand zur Kernkraft zu gewinnen; u. a. die BRD, in der seit über 30 Jahren eine starke Anti-Atom-Bewegung aktiv ist.

Doch auch diese Entwicklung gerät ins Stocken. Jetzt versuchen beispielsweise die AKW-Betreiber und deren Lobbyisten in der BRD, den deutschen Atomausstieg, der bis 2022 terminiert worden war, zu kippen. Auch haben die Konzerne gerade erreicht, dass ihnen von der Bundesregierung Milliarden für den Ausstieg gezahlt werden. Dieser Beschluss des Verfassungsgerichtes spielt denen in die Hände, die den Atomausstieg gern auf Jahrzehnte hinausschieben wollen.

Und auch Japan hat dieses Jahr angekündigt – trotz des Super-GAUs –, viele der 2011 stillgelegten AKWs wieder in Betrieb zu nehmen.

Türkische und kurdische Organisationen sowie Einzelpersonen verkennen diese Entwicklungen und die laufenden internationalen Diskussionen. Sie übernehmen nur den Teil der Entwicklungen und Nachrichten, die ihnen in ihre Kampagne passen. Es sollte aber eine realistische Auseinandersetzung geführt werden. Eine umfangreiche Diskussion könnte eine tiefergehende Auseinandersetzung mit sich bringen, die langfristig von großem Nutzen wäre. Ziel einer erfolgreichen Kampagne muss auch sein, Personen und Initiativen, die weniger politisch aktiv und vom Staat beeinflussbar sind, zu erreichen. Denn das Problem – angesichts der bestehenden politischen Verhältnisse in der Türkei – wird Mensch und Natur noch Jahrzehnte begleiten. ♦

2 Im Dezember 2013 waren in 31 Ländern 437 Kernkraftwerke mit einer installierten elektrischen Bruttoleistung von 393 GWe in Betrieb und in 15 Ländern 70 Kernkraftwerke mit einer elektrischen Bruttoleistung von knapp 74 GWe im Bau. (http://www.kernenergie.de/kernenergie/themen/kernkraftwerke/kernkraftwerke-weltweit.php)



Vor 20 Jahren wurde Halim Dener von einem deutschen Polizisten in Hannover erschossen.

Wir erinnern an die Ereignisse der Jahre 1993/94 und stellen sie in einen Kontext mit der heutigen Situation in Kurdistan und der BRD.

Kommt zur bundesweiten Demonstration
21.06.2014, 14.00 Uhr, Hannover, Steintor

gefoltert.

Der 16-jährige Kurde Halim Dener musste 1994 vor der Verfolgung durch den Staat Türkei aus seiner Heimat fliehen. Damals zerstörte das türkische Militär 4 000 Dörfer – so auch Halims Dorf in der Nähe von Çewlik (türk.: Bingöl). 17 000 »Tote unbekannter Täter«, Verschwundene und Folter waren die gängige Praxis von Polizei, Geheimdienst und Paramilitärs. Halim selbst wurde nach einer Festnahme von der türkischen Polizei eine Woche lang verhört und gefoltert.

Aktuell wird über einen Friedensprozess debattiert, doch hat sich die Situation kurdischer Jugendlicher in türkischen Gefängnissen nicht grundlegend geändert: Gewalt, Folter und sexuelle Übergriffe stehen nach wie vor auf der Tagesordnung. Und auch auf der Straße werden weiterhin Jugendliche in Auseinandersetzungen mit der Polizei getötet.

In den deutschen Medien wird der Kurdistan-Konflikt weitgehend verschwiegen. Die BRD ist jedoch durch die Bekämpfung der kurdischen Bewegung sowie Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Partnerschaft selbst aktiver Teil des Kurdistan-Konflikts.

geflüchtet.

Halim flüchtete vor Krieg und Verfolgung unter falschem Namen, um seine Familie in der Heimat nicht zu gefährden. Als minderjähriger, unbegleiteter Flüchtling kam er in die BRD. Hier war nach öffentlicher rassistischer Hetze und Pogromen an Flüchtlingen und Migrant*innen 1993 das Grundrecht auf Asyl durch Änderung des Grundgesetzes faktisch abgeschafft worden. Infolgedessen sank die Quote der Anerkennung auf Asyl von damals bereits geringen 4,3 % auf 0,8 % im Jahr 2006.

Heute fliehen Menschen aus den Konfliktzonen, wie z. B. Syrien oder Libyen, um in Europa ihr Leben in Sicherheit weiterführen zu können. Darunter sind viele Minderjährige, die teilweise ohne Familienanschluss die gefährliche Flucht auf sich nehmen. Flüchtlingen und Migrant*innen schlägt immer wieder, auch von Seiten der Behörden, blanker Rassismus entgegen.

verboten.

Im November 1993 wurde nach einer beispiellosen Hetzkampagne gegen die kurdische Bevölkerung in der BRD die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und alle ihr nahestehenden Organisationen als »Terrororganisation« verboten. Es folgte eine Welle von Durchsuchungen und Verhaftungen. Durch öffentliche Hetze gegen Kurd*innen wurde ein Klima von Hass und Angst geschaffen, das von einer simplen Gleichung bestimmt war: »Kurd*innen = PKK = Terrorist*innen«

Das Verbot hat nach wie vor Bestand und findet rege Anwendung. So trifft die Repression kurdische Kulturvereine und öffentliche Strukturen der kurdischen Bewegung, insbesondere aber kurdische Jugendliche und Aktivist*innen, die sie sich mit der Bewegung identifizieren und politisch engagieren.

erschossen.

Auch in der BRD setzte sich Halim für die kurdische Bewegung ein. So plakatierte er wenige Wochen nach seiner Flucht in Hannover Plakate mit dem Emblem der ERNK, des (damaligen) politischen Arms der PKK. Dabei wurde Halim in der Nacht vom 30.06.1994 von SEK-Polizisten in Zivil überrascht und bei der Festnahme aus kürzester Entfernung in den Rücken geschossen. An dieser Schussverletzung starb Halim wenig später. Der Polizist wurde von seinen Kolleg*innen gedeckt, sodass die Tat nie angemessen aufgeklärt werden konnte. In einem drei Jahre dauernden, zweifelhaften Prozess wurde er schließlich freigesprochen.

Diese Tötung durch Polizist*innen ist kein Einzelfall; Christy Schwundeck, Oury Jalloh oder Achidi John sind weitere bekannte Opfer. Auch Polizeigewalt, die gedeckt und vertuscht wird, sowie Kontrollen nach dem racial profiling sind an der Tagesordnung.

Halim Dener repräsentiert in seiner Person viele verschiedene Kämpfe, die hier in der BRD und auf der Welt geführt werden – der Kurdistan-Konflikt, die Frage von Krieg und Flucht, Repression linker Ideen und Organisationen sowie (rassistische) Polizeigewalt.

Halims Geschichte und Tod sind kein Einzelfall!

Deshalb fordern wir ...
Schluss der militärischen Zusammenarbeit der BRD mit der Türkei!
Ende des Exports deutscher Waffen!
Bleiberecht für Alle!
Weg mit dem PKK-Verbot!
Lückenlose Aufklärung rassistischer Polizeigewalt!

Kampagne Halim Dener
Blog: http://halimdener.blogsport.eu
Kontakt: halim.dener@riseup.net

»Halim hat die gleichen Symbole plakatiert, die wir heute auf unseren Pullis oder als Halskette tragen. Müssen wir nun Angst haben, dass uns deutsche Bullen erschießen?«

Kampagne Halim Dener: gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.

Für den Kurdistan Report führte die Zeitschrift Ronahî ein Interview mit den AktivistInnen Medya (Ciwanên Azad) und Thomas (YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan).

Ronahî: Was war für Euch der Anlass, eine Kampagne Halim Dener ins Leben zu rufen? Was unterscheidet die Kampagne von den Aktionen zum Tod Halims der letzten Jahre?

Medya: In den letzten Jahren gab es hier in Hannover immer eine kleine Demo oder Kundgebung am Jahrestag der Ermordung von Halim. Diese wurden auch immer von Gruppen aus der deutschen Linken in der Stadt getragen. Für sie hat Halims Tod eine gewisse Bedeutung, sodass sie auch dieses Jahr wieder etwas dazu machen wollten. Das hatten sie sich schon vorgenommen, bevor wir mit dem Vorschlag, eine gemeinsame Kampagne zu machen, zu ihnen gegangen sind.

Von unserer, kurdischer Seite wurden diese Aktionen leider immer weniger ernst genommen. Das wollen wir dieses Jahr, zum zwanzigsten Jahrestag des Mordes, ändern. In Hannover ist die Zusammenarbeit bereits besser geworden. Wir konzentrieren uns jetzt auf die gemeinsame Podiumsdiskussion.

Thomas: Die Idee, eine gemeinsame Kampagne deutscher und kurdischer linker Gruppen zu Halim Dener zu initiieren, entstand Ende letzten Jahres aus den Arbeiten der Kampagne TATORT Kurdistan. TATORT Kurdistan bringt beide Spektren zusammen, um ihre jeweiligen Kämpfe an gemeinsamen Schnittpunkten zu verbinden. Letzten November fand die große Demo mit vielen deutschen UnterstützerInnen gegen das PKK-Verbot in Berlin statt. Danach stellte sich für uns die Frage, wie wir Gruppen der radikalen Linken und der kurdischen (Jugend-)Bewegung weiter zusammenbringen können. Eine gemeinsame Kampagne zu einem gemeinsamen Thema ist eine gute Gelegenheit, um sich gegenseitig kennenzulernen, sich auszutauschen und voneinander zu lernen und vor allem gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen.

Die Kampagne an sich ist thematisch und für interessierte Gruppen und Personen sehr offen. Der Untertitel »gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.« bezieht sich auf die verschiedenen Kämpfe, die sich in Halims Geschichte vereinen. Diese Kämpfe sichtbar zu machen und zu vernetzten ist unser Ziel. Daher richtet sich die Kampagne mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten über die kurdische Bewegung und die mit ihr bereits solidarische radikale Linke hinaus an Gruppen, die sich mit Krieg und Militarismus, Flucht und Vertreibung, Repression und (rassistischer) Polizeigewalt beschäftigen.

Ein Schwerpunkt der Kampagne ist das PKK-Verbot. Obwohl letzten November zahlreiche Personen und Organisationen dagegen protestiert haben, findet es in der deutschen Linken oft keine Beachtung. Warum ist das so und warum ist Euch das PKK-Verbot so wichtig?

Thomas: Ein großes Missverständnis in Bezug auf das PKK-Verbot ist die Auffassung, es handele sich dabei um ein »kurdisches« Problem. Natürlich führt das Verbot zu einigen Hindernissen für die kurdische Bewegung, aber die PKK setzt ihren politischen Kampf unbeirrt fort und überzeugt immer mehr Menschen von der Richtigkeit dieses Kampfes – nicht nur in Kurdistan, sondern gerade auch hier in Europa.

Das PKK-Verbot zielt vielmehr darauf ab, dass sich kurdische BasisaktivistInnen hier vor Ort nicht länger betätigen. Es handelt sich um Jugendliche oder Familienmütter und -väter, die sich in Jugendgruppen, Kulturvereinen, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen engagieren und dafür mit Repression überzogen werden: Aberkennung des Aufenthaltsstatus, Verurteilung wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz, Anquatschversuche vom Verfassungsschutz, Stress in der Schule oder bei der Arbeit u. Ä. sind Alltag kurdischer BasisaktivistInnen. Und dann bekommen regelmäßig Einzelne die Keule des bundesrepublikanischen politischen Strafrechts, die §§ 129 ff. StGB zu spüren, um Verunsicherung zu verbreiten und der staatlichen Macht Ausdruck zu verleihen. Diese Repression wird mit dem PKK-Verbot gerechtfertigt, hat aber das Ziel, eine linke Bewegung hier in der BRD zu drangsalieren. Gemeinsam mit der deutschen Linken zu arbeiten, gemeinsame gesellschaftliche und politische Kämpfe zu führen, soll verhindert werden.

Von daher ist das Verbot mindestens genauso ein Problem der deutschen Linken, denn die gleiche Staatsmentalität von Verbot und gesellschaftlicher Ausgrenzung trifft auch sie; erinnert euch nur an das KPD-Verbot. Auch die BRD hat ein eklatantes Demokratiedefizit, das PKK-Verbot ist nur ein Ausdruck davon.

Medya: Wir kurdischen Jugendlichen spüren das PKK-Verbot und die ganze Denkweise, die damit einhergeht, sehr deutlich. Es gibt ein gesellschaftliches Klima, das uns als politisch interessierte und engagierte Jugendliche grundsätzlich feindlich gesinnt ist. Überall wo wir uns bewegen, selbst im Alltag in der Schule oder auf Facebook, werden wir nicht als KurdInnen akzeptiert. Wir werden immer als TerroristInnen und Kriminelle abgestempelt, bloß weil wir »kesk û sor û zêr« (die »kurdischen Farben« grün, rot, gelb; Anm. d. Red.) oder ein Bild von Serok Apo tragen. FreundInnen von uns, die sich organisieren und wirklich etwas für uns Jugendliche machen wollen, werden als TerroristInnen angeklagt und zu langen Haftstrafen verurteilt wie Metin Aydin in Stuttgart oder sogar ermordet wie Leyla Şaylemez in Paris.

Halim Dener wurde genauso als Terrorist gesehen. Darum hat der Bulle geschossen und darum ist er auch gedeckt worden und sogar davongekommen, obwohl er einen 16-Jährigen in den Rücken geschossen hat. Halim hat die gleichen Symbole plakatiert, die wir heute auf unseren Pullis oder als Halskette tragen. Müssen wir nun Angst haben, dass uns deutsche Bullen erschießen?

Was versprecht Ihr Euch von der Arbeit in der Kampagne? Was sind Eure Wünsche?

Medya: Wir als kurdische Jugendliche und radikale Linke müssen wieder mehr aufeinander zugehen und voneinander lernen. Vor allem wir selbst tun uns sehr schwer damit. Politisch steht bei uns der Kurdistan-Konflikt im Vordergrund, damit erreichen wir oft niemanden. Wenn doch Interesse besteht, ist es schwierig, mit uns in Kontakt zu treten und zu bleiben. Wir selbst erkennen diese Probleme und wollen mit einer neuen Organisierung als Ciwanên Azad strukturierter und erreichbarer werden.

Ich hoffe, dass dann auch unser Kampf mehr beachtet wird und auch mehr deutsche GenossInnen auf uns zukommen. Wir haben gemeinsame Bedürfnisse und Kämpfe. Das dürfen wir uns nicht nur sagen, sondern müssen auch dementsprechend handeln. Ich wünsche mir, dass die Kampagne Halim Dener ein kleiner Schritt in diese Richtung sein wird.

Thomas: Ich sehe das genauso. Wir müssen als Linke und DemokratInnen die Gräben überwinden, die der Staat zwischen uns gezogen hat. Die Kämpfe, welche die Kampagne Halim Dener miteinander verbinden möchte, können wir einfach nicht allein gewinnen. Es geht uns um die gleichen Anliegen und die verschiedenen Kämpfe gehören – auch inhaltlich – zusammen.

Ich wünsche mir auch, dass die Arbeiten zu dieser Kampagne verschiedenste Gruppen zusammenbringen und vernetzen. Daher möchte ich nochmal alle Interessierten aufrufen, sich in die praktischen Arbeiten der Kampagne einzubringen, und linke Gruppen aufrufen, den Aufruf zur Demo am 21.06.14 in Hannover zu unterstützen. ♦

Blog der Kampagne: http://halimdener.blogsport.eu/
Kontakt zur Kampagne: halim.dener@riseup.net



Mahnwache an der Stelle, an der Halim Dener 1994 erschossen wurde Foto: Archiv

4. Konferenz der Kampagne TATORT Kurdistan



Ulf Petersen, Köln

Vom 11. bis 13. April fand in Köln die seit 2011 jährlich stattfindende Konferenz der Kampagne TATORT Kurdistan statt. Die aktiv an der Kampagne beteiligten Gruppen und Einzelpersonen sowie einige interessierte Gäste haben teilgenommen, insgesamt ca. 40 Personen.

Am Freitag wurde die Situation in der Türkei und Nordkurdistan nach den Kommunalwahlen vom 30. März diskutiert. Ich war am Wahltag als Wahlbeobachter in der Kleinstadt Xinûs (Hınıs), Provinz Erzirom (Erzurum), tätig gewesen. Ich betonte, dass die Regierungspartei AKP trotz ihrer weiterhin soliden Unterstützung zwei Millionen Stimmen im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2011 verloren hatte und BDP/HDP sowie die altfaschistische MHP stark gewonnen hatten. Songül Karabulut, Mitglied im Kurdischen Nationalkongress (KNK), analysierte die Aussichten für den Friedensprozess und die Demokratische Autonomie in den vorwiegend kurdisch bewohnten Gebieten. Sie erwartet, dass der Friedensprozess bzw. der Versuch, einen solchen wirklich zu beginnen, weiterhin zäh laufen wird, unter anderem weil Erdoğan sich auf die Machtsicherung bei den Parlamentswahlen 2015 orientiert. Ein Ergebnis der Diskussion war, dass die kurdische Freiheitsbewegung und die Parteien BDP/HDP die Möglichkeit und auch die Dringlichkeit hätten, die Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten voranzutreiben und die antikapitalistischen, feministischen, ökologischen und basisdemokratischen Ideen der Bewegung zu konkretisieren und praktische Umsetzungen zu entwickeln.

Der Samstag war komplett für die Lage in Rojava bzw. in Syrien eingeplant. Michael Knapp aus Berlin berichtete in einem ausführlichen Foto- und Filmvortrag von seiner Delegationsreise im Herbst 2013. Die Realität der Selbstverwaltung und des Krieges und die starke Umsetzung der Geschlechtergleichheit wurden sehr deutlich. Abdulsalam Mustafa, Europavertreter der PYD (Partei der Demokratischen Union), erläuterte Taktik und Strategie seiner Partei. Er betonte, dass seitens der KDP-Barzanî-nahen Kräfte eine »Schmutzkampagne« organisiert wird und dass die PYD sich deshalb eine kritische Befragung zu den erhoben Vorwürfen, undemokratisch vorzugehen, wünsche. Auch seien journalistische Reisen wie die von Michael Knapp sehr wertvoll.

Auf der Grundlage der Vorträge wurde eingehend über die Situation in Syrien diskutiert. Die als Besucherin anwesende Journalistin Karin Leukefeld fragte nach, ob und wie verhindert werden könne, dass die Selbstregierung in Rojava im Rest Syriens als eigennütziges Vorpreschen der KurdInnen gesehen wird. Dieses Dilemma kann nicht so einfach gelöst werden, da das defensive Agieren der KurdInnen und der PYD im Kontext des syrischen Krieges von allen Seiten bedroht wird.

Am Nachmittag wurde diskutiert, wie Solidarität für die Selbstverwaltung in Rojava organisiert werden kann. Die anwesenden Gruppen aus Duisburg, Hamburg und München hatten bereits Aktivitäten gestartet. Ein Ergebnis der Konferenz war, dass der Aufruf der Kurdistan-Hilfe aus Hamburg für den Wiederaufbau der zerstörten Krankenstation der Heyva-Sor-Zentrale in Kobanê bundesweit unterstützt werden soll. Dazu soll ein in Entwicklung befindliches Hilfsprojekt der Frauenbewegung in Qamişlo kommen.

Zu dem in Deutschland und international recht breit unterstützten Aufruf »Das kurdische Rojava in Syrien braucht Hilfe in der Not. Unterstützen Sie ein demokratisches Experiment!« von Medico international und Civaka Azad gab es Kritik an der Arbeitsweise von NGOs, die sich auf staatliche Gelder stützen und immer auch als langer Arm der staatlichen Außenpolitik fungieren. Einigkeit bestand darin, dass der Aufruf verbreitet wird und der breite Unterstützerkreis angesichts der unfairen Kampagne gegen die PYD und der Zurückhaltung in der linken und demokratischen Öffentlichkeit einen Erfolg darstelle.

Weitere Vorhaben sind: öffentliche Veranstaltungen nach einer erneuten Delegationsreise im Mai; Nutzung und Verbreitung des baskischen Dokumentarfilms »Silent Revolution« über Rojava; Druck eines Plakates zur Solidarität mit Rojava, das für alle Aktivitäten genutzt werden kann.

Neben den Aktivitäten zu Rojava befasste die Konferenz sich noch mit der Vorbereitung der Halim-Dener-Kampagne und -Demonstration am 21. Juni in Hannover sowie weiteren Aktivitäten gegen die Repression kurdischer Politik in Deutschland. ♦

Die Care Revolution:

Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!

Interview mit Gabriele Winker

Vom 14. bis 16.3.2014 fand in Berlin mit mehr als 500 Teilnehmenden eine Aktionskonferenz zur Care Revolution statt. Im Folgenden ein Interview mit Gabriele Winker, Mitbegründerin des Feministischen Instituts Hamburg, das u. a. zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Konferenz politisch vorbereitet und organisatorisch durchgeführt hat. Sie ist Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg.
Das Interview führte Ellen Jaedicke.

Was verbirgt sich hinter dem Namen Care Revolution und warum ist sie für feministische Debatten wichtig?

Unter Care Revolution verstehen wir ein politisches Konzept, das die grundlegende Bedeutung der sorgenden und pflegenden Tätigkeiten, Care Work, für alle Menschen hervorhebt. Es knüpft an die Erkenntnisse feministischer Ökonomie an, wonach die lebensnotwendigen Arbeiten der Sorge für sich und andere im hegemonialen Diskurs kaum Bedeutung erlangen. Care Work bleibt als typische Frauenarbeit, unbezahlt in Familien oder schlecht bezahlt in sozialen Dienstleistungsberufen, weitgehend unsichtbar. So sind viele Menschen, vor allem Frauen mit Sorgeverpflichtungen für Kinder oder Pflegebedürftige, gezwungen, diese Tätigkeiten ohne gesellschaftliche Unterstützung oft am Rande der vollständigen Überbeanspruchung neben der eigenen Berufstätigkeit auszuführen. Das kapitalistische System beschränkt mit entgrenzter und prekärer Lohnarbeit die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für diese wichtige Reproduktionsarbeit. Gleichzeitig reduziert der Staat Aufwendungen in der Daseinsvorsorge, verschlechtert die Bedingungen von Care-Beschäftigten und verlagert diese Aufgaben zurück in die Familien. Wir sprechen deswegen von einer Krise sozialer Reproduktion.

Mit der Care Revolution plädieren wir für einen grundlegenden Perspektivenwechsel. Dabei geht es um die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen im Zentrum politischen Handelns stehen sollte.

Wir unterscheiden bei der Care Revolution zwischen individueller Absicherung und kollektiver Realisierung von Care-Dienstleistungen. Zunächst muss jeder Mensch individuell das Recht haben, sich ohne Existenzsorgen um sich und andere, Freund_innen, Angehörige, Nachbar_innen kümmern zu können. Auch muss jede Person selbstbestimmt entscheiden können, wer sie versorgt und ihr behilflich ist. Dafür bedarf es für jedes Individuum ausreichend finanzieller und zeitlicher Ressourcen. Mit einer solchen Zielrichtung lässt sich dann beispielsweise anknüpfen an Reformvorhaben wie Arbeitszeitverkürzung mit Personal- und Lohnausgleich und auch an Auseinandersetzungen um das Bedingungslose Grundeinkommen.

Darüber hinaus gibt es aber auch viele Aufgaben, die wir auch heute schon kollektiv, in Gemeinschaft regeln. Und diese Aufgaben werden in einer an Care orientierten Gesellschaft noch weiter zunehmen. Für uns stehen diese grundlegenden kollektiven Formen der Daseinsvorsorge im Zentrum einer Ökonomie. Deswegen ist der Ausbau von Care-Dienstleistungen in der Bildung und Erziehung, in der Gesundheit und Pflege wichtig. Selbstverständlich müssen gleichzeitig die Arbeitsbedingungen und die Verdienstmöglichkeiten der Care-Beschäftigten deutlich verbessert werden.

Diese Ziele sind allerdings nur über Umverteilung von oben nach unten realisierbar. Dazu bedarf es einer starken Care-Bewegung.

Wer hat an dieser Konferenz teilgenommen und worum drehten sich die Diskussionen?

Teilnehmende der Aktionskonferenz Care Revolution waren politisch engagierte Menschen, die tagtäglich unbezahlte Care-Arbeit oder Sorgearbeit für sich und für andere leisten

und denen dafür die finanziellen und/oder zeitlichen Ressourcen fehlen. Viele Menschen sind mit der Sorge für sich, mit der Selbstsorge sehr gefordert. Sie müssen sich auf einem prekarisierten Arbeitsmarkt immer wieder neu um ihre finanzielle Lebensgrundlage kümmern, den jeweils richtigen Ausbildungsweg wählen, bezahlbaren Wohnraum finden, oder sie müssen überlange Erwerbsarbeitszeiten durchstehen und sich gleichzeitig fit und gesund halten, auch wenn Krankenkassen notwendige Versorgungsleistungen eingestellt haben. Dann gibt es unter uns Sorgearbeitende, die neben der Erwerbsarbeit sehr viel Verantwortung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige übernommen haben, die erschöpft sind, auch wenn sie diese Aufgaben für ihre Lieben gerne machen. Und es gibt Menschen unter uns, die im Beruf als Care-Arbeitende in Erziehung und Bildung, in Gesundheit und Pflege unter schwierigsten Bedingungen versuchen, ihren ethischen Ansprüchen an eine gute Care-Arbeit gerecht zu werden. In Zeiten der Einsparung und Rationalisierung führt das schnell zur Überforderung. […]



So stand auf der dreitägigen Aktionskonferenz Care Revolution Mitte März in Berlin das Ziel im Zentrum, aus unseren jeweiligen Erfahrungen in lokalen und regionalen Initiativen, Netzwerken und Organisationen zu lernen und zu debattieren, wie eine Care-Bewegung, die derzeit noch im Werden begriffen ist, deutlich an politischer Kraft gewinnen kann. 500 Aktivist_innen diskutierten darüber hinaus drei Tage lang, wie eine Gesellschaft gestaltet werden müsste, in der grundlegende Lebensbedürfnisse verwirklicht werden können. Im Zentrum stand dabei das Recht, selbstbestimmt für sich und andere zu sorgen und selbstbestimmt zu entscheiden, von wem wir versorgt werden wollen. Unterstützt wurde diese Aktionskonferenz von einem breiten Spektrum von 60 lokalen Gruppen bzw. kleineren bundesweiten Verbänden, die in Care-Bereichen aktiv sind. […]

Die kurdische Befreiungsbewegung versucht seit Jahren, ökonomische Alternativen in die Praxis umzusetzen. Insbesondere die Frauenbewegung gründete in diesem Zusammenhang z. B. Kooperativen als Alternative zum Bestehenden. In Rojava (Nordsyrien) wird im Zuge des Aufbaus der demokratischen Selbstverwaltung der letzten Jahre flächendeckend versucht, eine alternative Ökonomie aufzubauen, u. a. mit kollektivierter Lebensmittelproduktion, der

Verteilung des in dieser Region produzierten Öls an die Bevölkerung usw. Was wäre für Leser_innen und Aktivist_innen der kurdischen Bewegung in diesem Zusammenhang spannend über die Konferenz oder die Idee der Care Revolution zu wissen?

An der Aktionskonferenz Care Revolution nahmen auch Menschen aus der Kommune Niederkaufungen teil, die in der von der Kommune organisierten Tagespflege Lossetal tätig sind. Zielgruppe der Tagespflege Lossetal sind pflegebedürftige, insbesondere demente Menschen. Die Angehörigen sollen durch die Tagespflege entlastet werden. Den Gepflegten soll durch mehr Kontakte und Erlebnisse als beim Leben ausschließlich zu Hause ein besseres Leben ermöglicht werden, gleichzeitig soll eine Unterbringung im Heim hinausgeschoben oder vermieden werden. Die auf der Care-Revolution-Aktionskonferenz anwesenden Vertreter_innen der Tagespflege betonten, dass das Funktionieren ihres Konzepts die Mitgliedschaft in der Kommune, insbesondere die Teilnahme an deren gemeinsamer Ökonomie, voraussetzt. Deswegen hier einige Worte zur Kommune Niederkaufungen.

Die Kommune Niederkaufungen besteht seit Dezember 1986, als ein Gebäudekomplex im Ort (Nordhessen, nahe Kassel) gekauft werden konnte. Gegenwärtig leben in der Kommune 63 Erwachsene und 19 Kinder und Jugendliche. Grundsätze der Kommune sind unter anderem: Entscheidungen im Konsens, kollektives Arbeiten, als »vielfältig aufeinander bezogenes Arbeiten« definiert, und der Abbau von kleinfamiliären, patriarchalen und kapitalistischen Strukturen. Ebenso zu den Grundsätzen der Kommune gehört die gemeinsame Ökonomie. Damit ist Folgendes gemeint: Das persönliche Vermögen wird bei Eintritt in die Kommune voll eingebracht. Die Summe dieser eingebrachten Vermögen bildet mit Krediten und den laufenden Einnahmen aus Arbeitsbereichen, Erwerbsarbeit außerhalb der Kommune und Transfers (z. B. Kindergeld) den Topf, aus dem alle Ausgaben bestritten werden. Alle Mitglieder können aus dem Topf ihrem Bedarf entsprechend Geld entnehmen. Die Kommune sieht sich als ökonomisch funktionierendes und politisch ausstrahlendes Modell, das belegt, dass eine Entkopplung von Arbeitsleistung und Bedürfnisbefriedigung auch auf einer solidarischen Grundlage möglich ist. Mehrere Kommunen sind im näheren Umkreis entstanden, die sich aufeinander beziehen, was diese These der politischen Ausstrahlung unterstützt.

Ihr schreibt in Eurer Abschlussresolution: »Ein gutes Leben steht im Widerspruch zur Konkurrenz und Profitlogik des Kapitalismus.« Die kurdische Bewegung begreift Kapitalismus weniger als Ökonomieform, sondern vor allem als alle Lebensbereiche durchdringendes Herrschaftsmodell. Entsprechend breit und vielfältig sind auch ihre Ansätze hinsichtlich des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft. Ihr legt Euren Fokus auf die Revolutionierung des Care-Bereiches, wie könntet Ihr darüber gesamtgesellschaftsverändernd wirken? Welche Art gesamtgesellschaftlicher Perspektiven wurden in den Workshops oder Vollversammlungen entwickelt bzw. welche Konzepte bietet eine Care Revolution?

Innerhalb der Care-Bewegung gibt es sicherlich unterschiedliche Kapitalismusanalysen. Wir verstehen uns als soziale Bewegung und nicht als Organisation. Sicherheitshalber spreche ich in dieser Passage in der Ich-Form, auch wenn ich davon ausgehe, dass meine Position von vielen geteilt wird. Ich sehe das kapitalistische System nicht nur als eine Ökonomie, die auf Profitmaximierung beruht, sondern gehe davon aus, dass die damit einhergehende Strategie des Wachstums und der Kostensenkung in unprofitablen Bereichen die Gesellschaft als Ganzes prägt. Ich gehe ferner davon aus, dass es in diesem System strukturelle Herrschaftsverhältnisse gibt, die sowohl im Bereich der Lohnarbeit als auch im Bereich der Reproduktionsarbeit dominant sind, nämlich Klassismen (Unterdrückung entlang von Herkunft, Bildung und Beruf), Heteronormativismen (Unterdrückung entlang von Geschlecht und sexueller Orientierung), Rassismen (Unterdrückung entlang von Ethnie, Nationalität, Religion etc.) und Bodyismen (Unterdrückung entlang von körperlicher Leistungsfähigkeit, sprich Gesundheit, Alter etc.). Diese sind miteinander verwoben.

Entsprechend gilt es feministische Perspektiven ausgehend von gemeinsamen Lebensbedürfnissen in all ihrer Differenz zu entwickeln und dabei von der für alle Menschen notwendigen Care Arbeit auszugehen. Dafür ist es notwendig, geschlechterpolitische mit anti-klassistischen, anti-rassistischen und anti-körpernormierenden Initiativen zu verknüpfen. Gerade die Wahrnehmung von unterschiedlichen sozialen Positionierungen und der inhaltliche Austausch darüber können zu neuen Widerstandsformen führen. In diesem Sinne plädieren wir für eine Care Revolution. Darunter verstehen wir ein politisches Handeln, das einen radikalen Wechsel des Ausgangspunkts politischer Argumentation vornimmt. Es geht um ein politisches Eingreifen, das Politik und Wirtschaft nicht von Wachstumsraten, Profitsicherung und Gewinnmaximierung aus denkt, sondern konsequent die Verwirklichung menschlicher Lebensbedürfnisse ins Zentrum stellt. Es geht darum, alle gesellschaftlich für die Daseinsvorsorge notwendigen Arbeiten von der Warenproduktion und damit vom Verwertungsprimat auszuschließen.

Zur Realisierung auch der kleinsten der genannten Maßnahmen bedarf es einer gesellschaftlichen Mobilisierung. Je mehr

Mitstreiter_innen es dafür gelingt zu finden, desto mehr Menschen wird in den sozialen Auseinandersetzungen, die direkt an den jeweiligen Lebensalltag anknüpfen, auch klar werden, dass nicht weiter Profitsicherung im Zentrum der Ökonomie stehen kann.

Und es gibt ja bereits vielfältige Proteste – von Erzieher_innenstreiks bis zu Streiks von Pflegekräften, von einer Commons-Bewegung, die auch im Bereich der Daseinsvorsorge alternative Lebensformen erprobt, bis zu kommunalen Auseinandersetzungen um Angebote für Kinderbetreuung und Ganztagsschulen. Verbindend könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität. Am Horizont könnte sich dann eine andere Gesellschaft abzeichnen, eine neue, ob sie nun libertär, umfassend demokratisch oder kommunistisch heißen mag. Wichtig für uns ist jetzt, dass es eine menschenfreundliche Gesellschaft sein wird.

Welche Art von Nahzielen, die hier und heute auf die Agenda gehören, verfolgt Ihr?

Die einzelnen Care-Initiativen setzen sich weiterhin mit den unterschiedlichsten Aktionsformen – Demonstrationen, Petitionen, Diskussionsveranstaltungen u. v. m. – für ihre Ziele ein. Diese Ziele betreffen einerseits die Auseinandersetzung um eine Existenzsicherung. Die Teilnehmenden waren sich auf der Konferenz nicht einig, ob das mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen zu realisieren ist oder nicht. Einig sind wir uns, dass es darum geht, die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit bei Lohn- und Personalausgleich deutlich zu verkürzen. Wir setzen uns weiter für einen Ausbau der Care-Dienstleistungen in Erziehung und Bildung, Gesundheit und Pflege ein. Einzelne Gruppen kämpfen für Mindestbesetzungen im Pflegebereich der Krankenhäuser, andere um mehr Personal in Kitas. Andere Gruppen treten dafür ein, dass pflegende Angehörige, Eltern mit behinderten Kindern, aber auch Studierende und Auszubildende oder Eltern mit kleinen Kindern deutlich besser unterstützt werden.

Einen ersten Erfolg der Aktionskonferenz Care Revolution sehen wir darin, dass das Bündnis, das die Aktionskonferenz Care Revolution getragen hat, weiterarbeiten wird. Noch in diesem Jahr soll ein Verein Netzwerk Care Revolution gegründet werden, der ein Kampagnenbüro unterhält. Dieses Büro soll vor allem lokale, regionale und bundesweite Care-Aktivitäten vernetzen. Schon in den nächsten Wochen wird es eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen Care-Initiativen geben. So werden Initiativen bei den Blockupy-Aktivitäten, wie bereits im letzten Jahr, und am 1. Mai die unsichtbare Arbeit sichtbar machen und damit die Care Revolution auf die Straße tragen.

Welche Rolle spielen in der Care Revolution kollektive Bildungsprozesse und wie könnten diese aussehen?

Wir haben uns über konkrete Bildungsinhalte nicht auseinandergesetzt. Wichtig ist uns vielmehr, dass sich im Kita-Bereich Erzieher_innen und Eltern an einen Tisch setzen, ihre Vorstellung einer guten Kindererziehung diskutieren und solidarisch für ihre Forderungen auf die Straße gehen, anstatt sich von einer neoliberalen Sparpolitik gegenseitig ausspielen zu lassen. Auch im Schulbereich sind es Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern, die in Diskussionsprozessen inhaltlich bestimmen sollten, wie sie sich gemeinsames Lehren und Lernen vorstellen. Dabei ist uns klar, das hat bspw. auch ein Workshop zum Leben mit Kindern auf der Aktionskonferenz gezeigt, dass es dazu durchaus unterschiedliche Vorstellungen gibt. Wir würden also auch immer dafür plädieren, unterschiedliche Konzepte auszuprobieren. Voraussetzung dabei ist allerdings, dass zu diesen Konzepten auch alle Beteiligten Zugang haben. Kitas und Schulen für einige Privilegierte lehnen wir ab.

Ihr schreibt in Eurer Abschlussresolution auch von demokratischen Verfahren, in denen der gesellschaftliche Reichtum so eingesetzt werden kann, dass die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen und Individuen berücksichtigt sind. Wie könnten solche Verfahren aussehen und wo würdet Ihr zunächst ansetzen, um diese aufzubauen?

Es gibt bereits viele Care-Aufgaben in den Bereichen Erziehung und Bildung, Gesundheit und Pflege, die heute bereits gemeinschaftlich geregelt werden, allerdings meist ohne Kontrolle der Betroffenen über den Staat. Wie diese kollektiven Projekte in Zukunft konkret inhaltlich und auch organisatorisch arbeiten, ob es also genossenschaftliche Gesundheitszentren in Stadtteilen und/oder überregional staatlich organisierte Spezialkliniken geben wird, dies können nur die Menschen, die es betrifft, selbst entscheiden. Klar ist nur, dass konkrete Formen der Demokratisierung und Gestaltung dieser gemeinschaftlichen Bereiche der Daseinsvorsorge notwendig sind. Zu denken ist dabei an gewählte Care-Räte im Dorf, im Stadtteil, regional, landesweit. ♦

Blog: http://care-revolution.site36.net/

Aufruf der Kurdistan Hilfe:

Für eine demokratische Alternative in Syrien!
Die autonomen Kantone in Rojava (Westkurdistan) brauchen unsere Unterstützung!
Die Revolution in Rojava (Westkurdistan/ Nordost-Syrien) ist von vielen Seiten bedroht:

Die kurdische Bevölkerung setzt sich in Syrien seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 intensiv für Frieden sowie den Aufbau einer demokratischen und gleichberechtigten Gesellschaft ein. Sowohl das syrische Regime selbst, als auch Dschihadisten aus aller Welt, verhindern, dass humanitäre Hilfsmittel und lebenswichtige Ressourcen (Lebensmittel, Öl, Gas, Wasser, Medikamente) ungehindert diese Region erreichen können.

Neben einem Embargo gegen die kurdische Bevölkerung von den Anrainer-Staaten kommt es vielfach zu direkten militärischen Angriffen. Hierbei wird auch vor humanitären Hilfseinrichtungen wie dem Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurd) in Kobanê (Ain al-Arab) nicht halt gemacht.

Deshalb ist es notwendig, direkt vor Ort Projekte zu unterstützen!

Am 11. November 2013 wurde die Krankenstation der Heyva-Sor-Zentrale in Kobanê durch einen Anschlag mit einer Autobombe zerstört. Bei dem Angriff kamen 14 Menschen, darunter auch fünf Kinder, ums Leben. Heute steht dort nur noch eine Ruine.

Wir, die Kurdistan Hilfe e. V., wollen durch Spenden direkte Hilfe leisten, damit die Station von Heyva Sor a Kurd wieder ihre Arbeit aufnehmen kann. Dafür brauchen wir Eure Unterstützung!

Das Zentrum soll wieder in Selbstverwaltung aufgebaut und geführt werden. Es soll ein großes Gebäude mit sieben Räumen (Behandlungs-, Arzt-, Büro-, Depoträume) und einem großen Versammlungssaal aufgebaut und mit medizinischen und anderen technischen Geräten, sowie Fahrzeugen ausgestattet werden. Dort werden etwa zwanzig kurdische Frauen und Männer gemeinsam arbeiten und die Bevölkerung wieder sozial und medizinisch versorgen können.

Hierfür brauchen wir dringend Eure finanzielle Unterstützung!

Mit Eurer direkten Unterstützung leisten wir unseren Beitrag für ein Erstarken der demokratischen Strukturen in einem mörderischen Krieg.

- Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen in Rojava und fordern die Beendigung des Embargos, den freien Zugang humanitärer Hilfen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.
- Wir fordern die Beendigung sämtlicher Waffenlieferungen aus der Türkei und anderer Länder, um die Massaker und Menschenrechtsverstöße der Al-Qaida-Gruppen und der Regimekräfte zu beenden.

Für den Wiederaufbau der Heyva-Sor-Zentrale in Kobanê
Spendet an:
Kurdistan Hilfe e. V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40200505501049222704, BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: Rojava
Infos: www.kurdistanhilfe.de | http://rojavasolidaritaet.blogsport.de

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
ceni-kurdistan.com



Nûçe
isku.org



AZADÎ infodienst
nadir.org/azadi/

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Wahlkampf in
Depê (Karakoçan),
Foto: DIHA

Rückseite:
Plakat zum 10.
Zilan-Frauenfestival
in Dortmund

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.


Bi jina azad ber bi netewa demokratîk
Mit freien Frauen zu einer demokratischen Gesellschaft
10. ZILAN
FESTIVALA JINAN
FRAUENFESTIVAL
BERNAME/PROGRAMM
İlkay Akkaya
Rojda
Mizgin Tahir
Dengê Xwezayê
Pınar Yıldız
Govend/ Folklore
Panel/Podiumdiskussion
Jinén dengbéj û çalakiyén di ber re
AXAFTVAN/REDNERİNNEN
Pervin Buldan (BDP)
Selma Irmak (HDP)
Peyam û Axaftin
14.06.2014
12 Seet/Uhr
Revierpark
Wischlingen
44149 DORTMUND
CENÎ
Kurdisches Frauenbüro
für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05
D - 40009 Düsseldorf
Cenî
ISSN 0935–5375